

BIBLIOTEKA  
Instytutu  
Bałtyckiego  
w Bydgoszczy

~~S 3009 II~~

Emmerich Falk

---

Das Burgenland  
im Blickfeld tschechischer  
Großherrschaftspläne

# Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen

Herausgegeben

in Verbindung mit dem Deutschen Auslands-Institut von  
Hans Joachim Beyer

---

Heft 1: **Robert Beck**: Schwebendes Volkstum im Geminnungswandel.  
Eine sozialpsychologische Studie. 1938. 76 Seiten. RM. 3.60.

Heft 2: **Heinrich Geißler**: Zweisprachigkeit deutscher Kinder im Aus-  
land. 1938. X u. 199 Seiten. RM. 5.—.

Heft 3: **Jakob Stach**: Das Deutschtum in Sibirien, Mittelasien und  
dem Fernen Osten von seinen Anfängen bis in die Gegenwart.  
1938.

Heft 4: **Maja Depner**: Das Fürstentum Siebenbürgen im Kampf  
gegen Habsburg. Untersuchungen über die Politik Sieben-  
bürgens während des Dreißigjährigen Krieges.

Heft 5: **Emmerich Falk**: Das Burgenland im Blickfeld tschechischer  
Großherrschaftspläne.

---

**Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart**



Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen  
herausgegeben in Verbindung mit dem Deutschen Ausland-Institut  
von Hans Joachim Beyer

5

Das Burgenland im Blickfeld tschechischer  
Großherrschaftspläne

von

Emmerich Falt



---

Verlag von W. Kohlhammer, Stuttgart

1938

587355 1105666

mit  
Belt.

Das Burgenland im Blickfeld  
tschechischer Großherrschaftspläne

von

Emmerich Falk



---

Verlag von W. Kohlhammer, Stuttgart

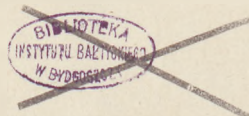
1938



Nie wypożycza się do domu



—  
|| 410459  
—



**Biblioteka Główna**  
Uniwersytetu Gdańskiego



1100519190

D2006/6/05

20-

## V o r w o r t

Der Plan zu dieser Arbeit entstand im Jahre 1935. Zwei Gründe führten mich dazu. Erstens hatte ich am eigenen Leibe die Segnungen des klerikalen Systems des damaligen Österreich erfahren und war 1934 nach dem Mißlingen der Julierhebung aus Österreich geflohen. Konnte ich nun nicht mehr tätigen Anteil an der Befreiung der Heimat nehmen, so wollte ich ihr dienen, indem ich mich der Aufgabe unterzog, über ein gefährdetes Grenzgebiet der Ostmark zu arbeiten. Zweitens führte mich die Hege des Auslandes im Jahre 1935, als der Führer dem deutschen Volke die Wehrfreiheit wiedergab, dazu, dem angeblichen Herrschaftsstreben Deutschlands die tatsächlichen Herrschergelüste der anderen gegenüberzustellen. Ein vortreffliches Beispiel dafür bot das Machtstreben der Tschechen. Die Haltlosigkeit ihrer Ansprüche war von deutscher Seite größtenteils wissenschaftlich bereits erwiesen, ihr Anspruch auf den Korridor über das Burgenland jedoch fast unbeachtet geblieben. Diese Frage wollte ich klären.

Ich trat an den Direktor des kriegsgeschichtlichen Seminars der Universität Heidelberg, Herrn Minister Professor Dr. Schmitthener, mit der Bitte heran, mir im Rahmen seines Seminars die Arbeit in Form einer Dissertation zu übertragen. Minister Schmitthener kam mir bereitwilligst entgegen und ich danke ihm und seinem Assistenten, Herrn Dr. W. Ganser, für ihre Anregungen und ihren Zuspruch.

Das Material für die Arbeit erhielt ich größtenteils von Politikern des In- und Auslandes. Dabei muß ich zwei Herren besonders danken: Herrn Dr. Runnert von der Landesbibliothek in Eisenstadt, der mir viele Hinweise gab, und Studienrat Dr. Luß in Graz, der für mich die Suche nach Karten besorgte und nach Kroatien fuhr. Weiters danke ich den Herren: Dr. Beer, Klausenburg; Dr. Verka, Wien; Professor Dr. Brunner, Wien;

Maurice Hankey, London; Dr. Heinz, Rom; Staatssekretär a. D. Gian-  
nini, Rom; Professor Dr. Klement, Wien; Hauptstellenleiter und Gau-  
leiter Hans Krebs, Berlin; Gesandter Laroche, Brüssel; Dr. von Loesch,  
Berlin; Lloyd George, London; Professor Dr. Lukas, Graz; Professor  
Ralph Lutz, Stanford; Hunter Miller, Washington; Harold Nicolson,  
London; Dr. Renner, Wien; J. Kiedl, Budapest; Professor Dr. Seymour,  
New Haven; weil. Professor Dr. Sieger, Graz; Minister a. D. Dr. Trum-  
bic, Agram; Ungarisches Statistisches Zentralamt, Budapest; K. Wol-  
finger, Heiligenkreuz; Dr. Wutte Klagenfurt.



## Inhaltsverzeichnis

Einleitung . . . . .	1
Wehrpolitische Betrachtung des Korridors . . . . .	5
Panslawismus und Korridorpropaganda vor dem Kriege . . . . .	15
Weltkrieg und tschechische Werbearbeit bei den Westmächten . . . . .	30
Das Ringen um den Korridor . . . . .	48
a) Vom Waffenstillstand bis zum Beginn der Friedensver-	
handlungen . . . . .	48
b) Während der Friedenskonferenz . . . . .	64
Der Entscheidung entgegen . . . . .	80
Literaturverzeichnis . . . . .	98
Statistik . . . . .	103
Karten . . . . .	104



## Einleitung

Vier Jahre lang stand das deutsche Heer im erbitterten Abwehrkampf in Flandern und bei Verdun, auf den vereisten Tiroler Bergen und auf den verschneiten Höhen der Karpathen, um des deutschen Volkes Lebensraum und seine Ströme Rhein, Donau und Weichsel vor dem Zugriff der Feinde zu schützen. Im Ost und West und Süd ward in hartem Opfergang ein Wall von Toten aufgetürmt, um den Feinden den Weg ins Innere des Reiches zu wehren und das Grauen des Krieges von der Heimat fernzuhalten. Und trotz dieser Opfer kam die Zeit, die alles Leid und alles Opfern sinnlos erscheinen ließ, weil Verräter und Volksfremde den Feinden den Weg zu Deutschlands Lebensadern freigaben und mithalfen, dem deutschen Volke die Ketten der Knechtschaft anzulegen. Mit ihrer Hilfe rückten schwarze Truppen bis zum Rhein vor und drohten Frankreichs Streben nach dem Besitz des Rheines und seiner Brückenköpfe Wirklichkeit werden zu lassen; ihnen war es zu danken, daß Italiens Ringen um die Alpenübergänge zum Teil seine Erfüllung fand und daß im Osten dem Ansturm der Slawen, der das deutsche Volk hinter die Ausgangsstellungen der Ostsiedlung zurückdrängen sollte, kein Widerstand geleistet wurde. Unerfättlich stieß hier im Osten das erstarrte Slawentum vor, um alles das rückgängig zu machen, was eine tausendjährige Geschichte geformt und deutscher Fleiß und Tüchtigkeit geschaffen hatten.

Zwei Wellen vergleichbar, verschieden an Wucht und Weite, doch gleich im Wollen, brandete das slawische Begehren vor. Die eine, in sich schließend die Panslawisten der slawischen Völker, fand ihr klarstes Abbild in der Schrift von Hanus Kuffner „Unser Staat und der Weltfriede“. Die andere Welle war getragen vom Wollen der an verantwortlichen Stellen stehenden Politiker, und sie unterschied sich von der ersten nur in der Art des Vorgehens und in der Weite des Zieles. Kuffners <sup>1)</sup> Schrift,

1) Hanus Kuffner, ehemaliger Offizier der österreichisch-ungarischen Armee und nach seiner Pensionierung Redakteur des „Narod“, verfertigte im Mai 1914, von Kiofac beauftragt, eine Karte der Zerreißung Osterreich-Ungarns, die dem russischen Botschafter in Wien, Schebeko, und eine Kopie davon Sazanow übergeben wurde. Während des Krieges erweiterte Kuffner seine Karte zur genannten Schrift, die Benesch 1917 den Falk, Das Burgenland 1

deren wesentliche Gedankengänge schon 1914 festgelegt wurden, ging vom Grundgedanken aus, daß Deutschland dauernd geschwächt und alle Slawen zu einer einzigen Nation vereinigt werden müßten. Ihr einziges politisches Vaterland, das vom Böhmerwald bis zum Baikalsee bzw. Stillen Ozean reichen müßte, bedinge eine Teilung Europas in drei Zonen: Die ozeanisch-angelsächsische, die romanische Mittelmeerzone und die slawische Festlandzone. Die Westgrenze dieser slawischen Festlandzone müßte in der Linie Wesermündung—Böhmen—Triest—Adria—Kreta verlaufen, um die Häfen des freien Meeres, die Elbelinie und die direkte Verbindung nach Triest in die Hände zu bekommen. „Der Südosten Europas, östlich vom Inn, von der Westgrenze Salzburgs (den Königssee eingeschlossen) bis zur Westgrenze Kärntens gehöre in diese Festlandzone. Innerhalb dieser Zone sollte sich der tschechische Staat bis an die Donau und stellenweise darüber hinaus vorschieben, Kärnten und Steiermark zum südslawischen Reich geschlagen werden. Salzburg, Ober- und Niederösterreich, soweit sie nicht tschechisch oder serbisch wurden, sollten zusammen mit der westlichen Zone Ungarns (südlich von Wieselburg und westlich von der Linie Raab—Stuhlweissenburg—Südufer des Plattensees und Komitat Somogy) die Mittelmark bilden; ein Verbindungsland zwischen Tschechen und Slawen, die neutrale Zone der wirtschaftlichen Beziehungen, ein rein wirtschaftliches Bindeglied mit tschechischer und slowenischer Verwaltung: Kumpfsösterreich war als natürlicher Korridor gedacht“<sup>2)</sup>.

Diese Denkschrift, die die tschechische Außenvertretung (Masaryk-Benesch) 1917 den Regierungen der Entente überreichte und später dem Hohen Rat in Paris vorlegte<sup>2)</sup>, reiht sich in ihrem maßlosen Deutschenhaß, mit ihren Fälschungen und Übertretungen würdig an alle Pläne, die die Vernichtung Deutschlands zum Ziele hatten. Die verantwortlichen tschechischen Politiker konnten aber mit diesem Plan, den man als einen

---

Regierungen der Entente und 1919 in 150 Exemplaren der Friedenskonferenz vorlegte. Als Benesch die Gegenseite in Kenntnis der Denkschrift wußte, bezeichnete er Kuffner als „obskuren“ Schreiber und rückte von ihm ab. Diese offensichtliche Kränkung Kuffners benützte der Wiener Prof. Dr. Klement, um sich Kuffner zu nähern und nähere Auskunft über diese Denkschrift zu erhalten. Aus Haß gegen Benesch gestattete Kuffner nicht nur die Ausgabe der Schrift in deutscher Sprache, sondern besorgte auch noch kostenlos die deutsche Korrektur. Prof. Klement legte die Übersetzung „Unser Staat und der Weltfriede“ Kuffner anlässlich einer Zusammenkunft in Prag vor. Erschienen Warnsdorf 1922 (Böhmen).

2) Aus einer mündlichen Unterredung Dr. Klement-Kuffner.



Plan der äußeren Linie bezeichnen kann, nicht vor die Öffentlichkeit treten, da sie selbst dessen Ungeheuerlichkeit erkannten und an seiner Verwirklichung zweifelten. Sie hatten daher einen anderen Plan, den wir als den Plan der inneren Linie bezeichnen wollen, für die Öffentlichkeit vorbereitet, der, obwohl er die Westgrenze der slawischen Staaten nicht so weit nach Westen vorschob, noch immer große Teile deutschen Volksbodens der slawischen Herrschaft unterwerfen sollte. Von der Ostsee bis tief in die Alpen, von Danzig bis Marburg a. d. Drau und weiter zur Adria sollte sich eine slawische Sperre vor Deutschland legen, um ihm seine Aufgabe — Mittler zwischen Ost und West zu sein — zu nehmen. Böhmen sollte der Mittelpunkt dieser slawischen Front sein, flankiert und gestützt auf der einen Seite von Polen mit dem Weichselkorridor, auf der anderen vom burgenländischen Korridor und Südslawien.

Nicht immer und überall wurde die Gefahr dieser tschechischen Westpolitik in ihrer ganzen Größe erfaßt. Denn es ist damit nicht abgetan, daß das deutsche Volk die Gefahren erkennt, die seinem Lebensraum zwischen Ostsee und Böhmen drohten und drohen, daß es sieht, daß ihm die Weichsel, Sudetendeutschland und im Südosten die Südsteiermark verloren gingen, sondern daß es weiß, daß ihm auch der Verlust des Raumes zwischen Ostalpen und pannonischer Ebene bevorstand. Hier im Osten Deutschösterreichs sollte die Brücke geschlagen werden zwischen Nord- und Südslawien; Deutsche und Magyaren, denen das Schicksal im Verlaufe der Geschichte oft gemeinsame Wege gewiesen hatte, sollten durch den burgenländischen Korridor getrennt und das deutsche Volk für immer vom Osten abgeschlossen werden. Um das zu erkennen, genügt es nicht, einzelne Frontabschnitte zu betrachten und den dort lauenden Gefahren entgegenzutreten, sondern es muß der Blick über die Grenzen des Reiches gehen, er muß Deutschland umfassen, um aus der Erkenntnis der Größe des Ganzen zur Betrachtung der Einzelheit zurückzukehren. Erst im Rahmen des Ganzen wird den einzelnen Abschnitten die richtige Wertung zuteil und ihr Verhältnis zueinander bestimmt. Denn erst diese Art der Wertung führt zur Erkenntnis, daß kein Abschnitt des deutschen Ostens von der Ostsee bis hinunter zur Südsteiermark für das deutsche Volk von minderer Bedeutung ist, sondern daß sie sich gegenseitig bedingen und ergänzen.

In dieser Arbeit wird der Versuch gemacht, die Gefahren aufzuzeigen,

die dem südlichsten Abschnitt der deutschen Ostfront, dem Burgenland, drohten; es sollte Verbindungsland zwischen der Tschechoslowakei und Südflawien werden und damit den deutsch-magyarischen Keil zum Schwinden bringen und die geschlossene Front von der Ostsee zur Adria herstellen. Es kann sich nur um den Versuch handeln, aus den bisher veröffentlichten Dokumenten und Berichten und durch Vergleich mit analogen Fällen zu einem richtigen Bild der Ereignisse zu kommen. Denn daß es keine lückenlose Darstellung sein kann, ergibt sich aus der Kürze der Zeit, die uns vom Kriege und den Friedensdiktaten trennt, und aus dem Fehlen der zu einer lückenlosen Darstellung nötigen Quellen. Die Bemühungen, für diese Arbeit durch Anfragen bei altreichsdeutschen, deutschösterreichischen, englischen, amerikanischen, französischen und italienischen Persönlichkeiten und amtlichen Stellen Klarheit über die Vorgänge bei der Friedenskonferenz und der Jahre nach dem Kriege zu erhalten, waren nur zum Teil erfolgreich. Sie scheiterten entweder an dem Bestreben der Einzelnen, jedes Eintreten für den burgenländischen Korridor für die eigene Person herabzumindern oder gar abzuleugnen, oder an der Tatsache, daß manchen die Ereignisse selbst nicht bekannt waren. Wenn demnach das Ergebnis dieser Nachfragen äußerst gering war, so ergab sich daraus dennoch das eine Bezeichnende, daß mit auffallender Ähnlichkeit von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß es sich nicht lohne, näher auf diese Frage, die völlig belanglos gewesen sei, einzugehen. Und gerade von solchen Persönlichkeiten wie Masaryk, Benesch, La Roche usw., von denen man weiß, daß sie sich für den Korridor einsetzten oder sich damit beschäftigten. Diese Art des Ablenkens und Ableugnens bewirkt aber das Gegenteil von dem, was es erreichen soll, und trägt zur Überzeugung bei, daß der Plan des Korridors nicht so harmlos war, wie es die Tschechen und ihre Fürsprecher darzustellen versuchten. Leider trat man auf deutscher Seite diesen Ablenkungsversuchen nicht mit der nötigen Kraft und Überzeugung entgegen, um klar die Gefahrenlage herauszustellen, in der sich das Burgenland befand. Schuld daran ist die Leichtgläubigkeit des Deutschen, der das, was er als töricht und jedem Recht zuwiderlaufend empfindet, auch bei anderen voraussetzt und nicht eher von diesem Glauben läßt, bis er durch die harte Wirklichkeit überzeugt wird, daß dem nicht so ist. Daß es der Verwirklichung des Korridors nicht bedurfte, um erst dadurch von der Echtheit des Planes und der Zielstrebigkeit der Slawen, ihn durchzuführen, überzeugt zu werden, wird durch die Belege, die in dieser Arbeit angeführt werden können, bewiesen.

## Wehrpolitische Betrachtung des Korridors

Bevor nun auf die Werbearbeit für den Korridor eingegangen wird, soll eine kurze Betrachtung der Wehrlage des Korridors gegeben werden. Denn immer wurde, besonders von tschechischer Seite, die strategische Bedeutung in den Vordergrund gestellt. Masaryk hatte in der im April 1915 Sir Eduard Grey überreichten Denkschrift die „große militärische Bedeutung“ des Korridors hervorgehoben, Benesch hingegen hatte im Memoire II den Korridor als „militärisch unhaltbar“ bezeichnet. An anderer Stelle (S. 63) werden diese beiden Urteile in ihrer scheinbaren Gegenfährlichkeit als zwei von der jeweiligen politischen Lage aus bestimmte Feststellungen bezeichnet. In diesem Abschnitt soll nun der Versuch gemacht werden, den Einfluß des Korridors auf die Wehrlage jener Staaten, die er verbinden und die er trennen sollte, sowie seine Einwirkung auf die Beziehungen der Staaten und Bündnisgruppen im Donauraum darzustellen. Diese Betrachtung hat also von der damaligen Lage (1918—1920) auszugehen und den Korridor als gegeben anzusehen und aus der damit geschaffenen „Wirklichkeit“ jene Züge herauszuschälen, die für das Wesen, den militärischen Wert und die Bestimmung des Korridorraumes entscheidend wären. Denn erst daraus erklären sich die Anstrengungen, die die Tschechen machten, um zum Ziel zu gelangen.

Die wehrpolitische Betrachtung eines Raumes setzt vor allem die Kenntnis der geographischen Gegebenheiten, ihre Beziehungen zu anderen Räumen und die dadurch bedingten geschichtlichen Ereignisse voraus. Deshalb sollen zunächst neben der Darstellung der Größe und der Ausdehnung, der Bodengestalt und Gliederung des Korridorgebietes die entscheidenden Ereignisse dargestellt werden, die sich auf diesem Gebiet abgespielt haben. Daraus kann dann die Nutzenanwendung auf die Gegenwart gezogen werden. Dies deshalb, weil zwischen dem Verlauf der Geschichte, die das Ergebnis des Ringens zwischen den Kräften der Natur und des Menschen ist, und den Naturgegebenheiten ein enger Zusammenhang besteht. Zivilisation und Technik haben zwar eine Lockerung dieses Verhältnisses herbeigeführt, an seinem Wesen konnten sie jedoch nichts ändern.

Die Größe und die Gestalt des Korridors muß aus den einzelnen Dar-



stellungen erschlossen werden. Die Entwürfe von Masaryk, Benesch, Kramarsch und Chervin sind kartographisch festgelegt und aus ihnen läßt sich durch Vergleich eine Durchschnittslösung finden, die allen Entwürfen gerecht wird. Die Festlegung der Süd-, West- und Nordgrenze bietet keine Schwierigkeit, denn sie verlaufen längs der Mur, der alten österreich-ungarischen Grenze und der Kleinen bzw. Großen Donau. Die Grenzführung im Osten ist in allen Entwürfen verschieden dargestellt; Benesch läßt sie östlich von Wieselburg an der Kleinen Donau beginnen, in südlicher Richtung auf die Rabnitz stoßen, ihr folgen und bei Bled auf die Raab und längs ihr verlaufend auf das Zala-Knie überspringen, um nach Süden zur Drau zu verlaufen. Kramarsch und Chervin nehmen eine Grenzlinie an, die von der Stadt Raab längs der Raab, der Marczal und der Zala zum Zusammenfluß von Mur und Drau verläuft. Masaryks Entwurf zeigt eine westlichere Linie: von der Stadt Raab nach Esorna, von dort nach Süden zur Raab, ihr entlang bis Eisenburg und östlich von Unter-Limbach (Alsó-Lendva) zur Mur. Aus dieser Verschiedenheit muß eine mittlere Linie gewählt werden. Sie verlief von der Stadt Raab längs der Raab und Zala nach Süden zum Mur-Drau-Zusammenfluß. Somit hätte der Korridor den burgenländisch-westungarischen Grenzraum umfaßt, einen schmalen Vierkant zwischen Innerösterreich und Innerungarn, zwischen Donau und Mur; auf deutscher Seite das ganze heutige Burgenland, auf ungarischer Seite das Tiefland bis zur Linie Preßburg—Raab und längs der Raab und Zala nach Süden zur Mur.

Dieser Raum war immer ein Teil eines größeren Ganzen, aber trotz dieser Gebundenheit sind im Lauf der geschichtlichen Entwicklung Bewegungen über ihn hinweggezogen und Entscheidungen auf ihm gefallen, die ihm eine Besonderheit verliehen und ihm den Charakter eines Übergangslandes gaben. In seiner Geschichte tritt die Versflochtenheit von Natur und Mensch sinnfällig vor Augen.

Schon die Bodengestalt weist darauf hin. Von Westen schieben sich die Ausläufer der Ostalpen, das bewaldete Rosaliengebirge mit dem Dödenburger Sporn und das Bernsteiner Bergland mit dem Günsfer Gebirgssporn, auf etwa 500—600 m nach Osten abfallend, gegen das ungarische Flachland vor. Der Günsfer Sporn (Geschriebenstein 883 m) fällt steil gegen Norden, Osten und Südosten ab, ein natürliches Hindernis auf dem Wege nach dem Westen. Der Dödenburger Sporn (Drennberg 517 m) schiebt seine Ausläufer bis etwa 8 km an den Neustedlersee heran. Nördlich des Rosaliengebirges schließt sich, durch die 13 km breite Dödenburger



Pforte unterbrochen, das in südwest-nordöstlicher Richtung verlaufende Leithagebirge an. Östlich davon legt sich der Neustedler See mit einer Länge von 35 km in breiter Front vor die Döbner Pforte und das Leithagebirge. Mit seiner geringen Tiefe, den schlammigen Ufern, dem Schilfgürtel und dem versumpften Gelände im Südosten bildet der See noch heute ein bedeutendes Hindernis, das zur Umgehung durch die beiden Pforten zwingt. Das Leithagebirge setzt sich im Nordwesten, durch die 16 km breite Brucker Pforte unterbrochen, in den Hainburger Bergen fort, die bis an die Donau reichen und am linken Ufer des Stromes in den kleinen Karpathen ihre Fortsetzung finden. Im Norden würde die Donau mit ihrem Auengürtel, Überschwemmungs- und Sumpfgebiet den Korridor begrenzen. Der Schütt-Insel, einst mit Sümpfen bedeckt, kommt auch heute mit dem 6 km breiten Auengürtel an der Donau eine hemmende Wirkung zu. Die Ostgrenze verlief längs der Raab bzw. Rabnitz und Zala. Abgesehen von dem von Natur aus gegebenen Hindernis, das einem Fluß eigen ist, bieten diese drei Flüsse einer Überquerung keine Schwierigkeiten, ausgenommen vielleicht das breite, leicht versumpfte Flussbett der Raab von Körmend bis Sarvar. Im Süden bildet die Mur, die in einer breiten Talsohle, die bei Luttenberg schon 18 km erreicht und von breiten Auenwäldern umsäumt ist, den Abschluß des Korridors. Die Westgrenze dieses Gebietes, das im Norden und Süden durch Donau und Mur abgeschlossen, im Westen und Osten aber offen ist, liegt auf einer Höhe von etwa 500 m, die Ostgrenze auf einer durchschnittlichen Meereshöhe von 100 m. Diesem Gefälle von West nach Ost entsprechen auch die Flüsse (Raab, Pinta, Güns, Rabnitz usw.), die in östlicher Richtung aus dem Hüggelland hervortreten und dann nach Südwest-Nordost umbiegen. Sie schneiden aus dem Hüggelland nach Osten verlaufende Täler heraus, die die Westostverbindung begünstigen, der Nord-südverbindung aber hinderlich sind. Der Blick der Landschaft ist nach Osten gewendet.

Dieser landschaftlichen Gliederung entsprechen auch die geschichtlichen Bewegungen, die für das Geschick des Landes maßgebend waren. Mit Ausnahme des Vorstoßes der Römer, der aus dem Süden erfolgte und dem Lande durch einige Jahrhunderte den Charakter eines Nord-süd-Verbindungslandes gab, gingen alle Bewegungen aus dem Osten, Südosten, Westen und Nordwesten vor sich.

Der erste Ansturm kam aus dem Westen. Die Kelten waren längs der Flußtäler, die nach Osten verlaufen, an den Rand der Ostalpen vorgerückt, konnten sich aber gegen die illyrische Bevölkerung nicht durchsetzen. Der

zweite Vorstoß kam aus dem Süden. Über Save und Drau schoben die Römer ihre Herrschaft an die Donau vor. Die Hauptzugangsstraße zur mittleren Donau bildete die allmählich ausgebaute große Bernsteinstraße, die von Italien über Pettau, Steinamanger durch die Döbner Pforte, Carnuntum zur Ostsee führte. Diese Straße war aber nicht nur Handelsstraße, sondern sie stellte einen Teil des strategischen Straßennetzes dar, das dem Aufmarsch der Legionen diente und die militärische Sicherung der Ostalpen gewährleistete. Somit war dieser Teil Pannoniens, den wir betrachten, nicht nur Nord-Süd-Verbindungsland, sondern Teil eines nach allen Seiten wirksamen militärischen Kraftfeldes, von dem aus der Angriff nach Norden wie nach Westen zur Verteidigung geführt werden konnte. Am Ende des 4. Jahrhunderts traten die Hunnen die Herrschaft über dieses Gebiet an. Aus dem Osten kommend, hatten sie sich zwischen Donau und Theiß niedergelassen und unternahmen von hier aus ihre Raubzüge nach dem Westen. Deutlich tritt von nun an in der Geschichte die Aufgabe des burgenländisch-westungarischen Grenzraumes hervor: die ausgedehnten Waldungen der Ausläufer der Ostalpen dienten der vor den Feinden fliehenden Bevölkerung als Auffangstellung, gleichzeitig aber auch als Brecher gegen die anstürmenden feindlichen Truppen. Sie lenkten den feindlichen Ansturm durch die Pforten (Bruck, Döbner) nach Westen oder nach Südwesten (Pettau) ab. Döbner und Brucker Pforte erwiesen sich als „Räume mit regionaler Bedeutung“<sup>1)</sup>, die die geschichtliche Funktion dieses Raumes: Übergangsland von West nach Ost und umgekehrt zu sein, bestimmten.

Nach dem Untergang des Hunnenreiches (453 n. Chr.) zogen germanische Stämme aus dem Osten und Südosten heran und ließen sich für kurze Zeit auf pannonischem Boden nieder, um dann nach Italien wegzuziehen. Ihnen folgten aus Osten und Südosten die Slawen, die bald nach ihrer Einwanderung von den aus Südosten nachstoßenden Awaren unterjocht wurden. Für die Awarenzüge gilt das gleiche wie für die Hunnenzüge: von der Ebene im Osten stießen sie durch die Pforten und Flußtäler nach dem Westen in die Ostalpen und nach Krain vor. Und auf dem gleichen Wege, auf dem sie vorgedrungen waren, zogen auch ihre Bestieger heran: Karl der Große, sein Sohn Pippin und Erich von Friaul vernichteten das Awarenreich und brachten deutsche Siedler in die durch ausgedehnte Waldungen geschützten Räume. Der von uns betrachtete Grenz-

1) Pfister, J., Pannonien in politisch-geographischer Betrachtung, in: Ungar. Jahrbücher Bd. 8, S. 356.

raum wurde zum östlichen Vorfeld der Ostmark, bis ihn die aus dem Osten einfallenden Magyaren in ihren Besitz nahmen. In der Schlacht bei Pressburg (907 n. Chr.) besiegten die fernkämpferischen Reiterscharen der Magyaren den bayrischen Heerbann und rissen damit die Tore auf, durch die sie brandschatzend nach Westen vordringen konnten. Heinrich I. und Otto der Große machten diesen Raubzügen ein Ende; das Deutschtum drang wieder kolonisierend durch die Pforten vor. Das Ringen um den Raum zwischen Ostalpen und Steppe begann: ein beständiges Gegeneinanderstemmen und Ineinandergreifen deutschen und magyarischen Volkstums, ein wechselndes Hin und Her durch die Jahrhunderte. Dieser Kampf fand im 13. Jahrhundert sein Ende: die deutsche Besiedlung war im wesentlichen abgeschlossen. Der Türkeneinfall sah dann Deutsche und Magyaren in einer Front gegen den Feind aus dem Südosten. Wiederum erwies sich der Grenzraum bis zur Raab als ein Bollwerk, über das die Türken wohl hinwegzogen, das sie aber auf die Dauer nicht in Besitz nehmen konnten; wieder zeigten sich die Pforten als Durchzugsräume. 1529 zogen die Türken durch die Brucker Pforte gegen Wien; 1532 über Körmend, Güns (das ihnen standhielt: Gebirgssporn), Ebnburger Pforte gegen Wiener Neustadt. In der Folgezeit schoben sie die Grenze bis zur Linie Raab—Zala, Mur—Drauzusammenfluß vor. 1683 stieß das Türkenheer durch die Brucker Pforte gegen Wien vor. Unter diesen dauernden Streifzügen war an den wichtigen Durchzugsstellen die Zahl der Bevölkerung stark gesunken. Zur Auffüllung dieser Lücken wurden Kroaten angesiedelt, deren Nachkommen noch heute in fünf geschlossenen Siedlungsgruppen leben. Es sind dies die Kroaten:

1. zwischen Leithagebirge und Hainburg (Brucker Pforte),
2. um die Ebnburger Pforte,
3. um Pullendorf (Auffangstellung zwischen Ebnburger und Günsers Sporn, Zugang zur Buckligen Welt),
4. südlich Güns (Günsers Sporn),
5. nördlich des Strembaches (Nähe des Raabüberganges bei Körmend).

Venesch versuchte im Memoire II den Anspruch auf den Korridor mit dem Hinweis auf diese Kroaten zu begründen und den Anschein zu erwecken, als seien diese in nord-südlicher Richtung siedelnden Volksgruppen der lebendige Beweis des Nord-südcharakters des Landes. Wie steht es nun in Wirklichkeit damit? Geben diese Siedlungen irgendwelchen Anhaltspunkt, von dem aus auf die geschichtliche Aufgabe dieses Raumes geschlossen werden könnte? Eine einfache Erwägung gibt Klarheit darüber.



Wir wissen, daß die Kroaten an wichtigen Durchbruchsstellen zur Auffüllung der Bevölkerung angestiedelt wurden. Die Lage dieser Siedlungen von Nord nach Süd beweist nun, daß die Türken in breiter Front aus dem Osten anrückten und in dieser Nord-südlinie auf Widerstand stießen und hier ihr Zerstörungswerk vollbrachten. Wäre der Angriff aus dem Norden oder Süden erfolgt, wären also die geschichtsformenden Bewegungen aus dieser Richtung gekommen, so hätte das eine westöstliche Verteidigungszone und somit auch eine westöstliche Zerstörungszone bedingt. Dann müßten aber auch die Neusiedlungen in dieser Richtung verlaufen. Deshalb ergibt sich daraus die Folgerung: die Kroatensiedlungen sind der beste Beweis für die westöstliche Aufgabe dieses Grenzraumes, denn sie liegen in der Verteidigungszone und sind die Wunden, die dem Lande in der Erfüllung dieser Aufgabe geschlagen wurden. Wesen und Bestimmung dieses Landes ergeben sich aus allen geschichtlichen Ereignissen, die sich seit dem Magyareneinfall zutragen: Es ist Übergangsland, Verbindungsland zwischen Ost und West, niemals aber zwischen Nord und Süd. Dies gilt auch für die Gegenwart, denn die politisch-geographische Struktur hat sich nicht verändert.

Damit ist nicht gesagt, daß es dem Menschen nicht möglich wäre, dem Raum gegen seine Struktur eine andere Bestimmung zu geben. Die Naturgegebenheiten sind keine starren Werte, die den Menschen zu einem bestimmten Handeln zwingen, sondern sie leiten und führen ihn nur. Die Frage ist nur, ob ein solches Gebilde, das gegen die Gegebenheiten der Natur geschaffen würde, der Wirklichkeit, dem Kampf standhalten könnte. Diese Frage wirft sich auf, wenn wir den burgenländischen Korridor betrachten: Würde er seiner Bestimmung gerecht und ließe er sich im Ernstfalle halten? Auf diese Frage läßt sich nur eines sagen: der Korridor hätte so lange seiner Bestimmung entsprochen und wäre so lange gesichert gewesen, als den Versailler Mächten die Unterdrückung des deutschen und magyarischen Volkes möglich gewesen wäre; weiter solange keine Verschiebung des französischen und italienischen Machtverhältnisses im Donauraum eingetreten wäre.

Politiker wie Clemenceau, Poincaré, Kramarsch usw. waren allerdings der Überzeugung, daß sich dieser Zustand der Ungleichheit, die Scheidung in Sieger und Besiegte für immer oder wenigstens für lange Zeit halten können. Ihr machtpolitisches Denken sah und ließ nur die Gewalt gelten, übersah jedoch die Kräfte, die auch in einem geschlagenen Volke lebendig sind. Sie dachten nicht daran, daß gerade in Notzeiten immer



wieder Kräfte aus der Tiefe des Volkstums aufsteigen, die zu neuem Leben drängen; daß aus dem Volk immer wieder einer aufsteht, der diese Kräfte zusammenballt und mit ihnen sein Volk zur Freiheit führt.

Die Machtverteilung von 1919 schien diesen Männern ja tatsächlich recht zu geben. Frankreich hatte zum größten Teil sein Ziel erreicht: Schwarze Truppen standen am Rhein, Österreich war „selbständig“, Polen im Besitz des Weichselkorridors. Südslawiens Streben nach der Isonzogrenze konnte Frankreich nicht unterstützen, weil es durch den Londoner Vertrag gebunden war; dafür lenkte es aber die südslawischen Ansprüche auf österreichisches Gebiet und verhalf ihm zur Mur als Grenze. Der tschechoslowakische Staat war zu einem Bollwerk gegen das Deutschtum ausgebaut worden, denn dies lag „nicht allein in seinem, sondern im Interesse der Ententemächte, deren Repräsentant im Donauraum er werden sollte“<sup>2)</sup>. Tief ragte der böhmische Bierkant in deutsches Volksgebiet hinein. Italiens Ansprüche waren auf der Friedenskonferenz nur zum Teil erfüllt worden; die Ostküste der Adria war nach langwierigen Verhandlungen in slawischen Händen geblieben. Die Vorherrschaft im Donauraum war nicht ihm, sondern Frankreich zugefallen. Wollte es den Versuch machen, Frankreichs Einfluß im Donauraum zu schwächen, so mußte es sich gegen dessen Trabanten wenden. Somit wurde das Ringen Frankreich-Italien um die Vorherrschaft im Donauraum das Primäre des dortigen geschichtlichen Geschehens. Dieser Tatsache muß bei jedem Urteil, das über ein bestimmtes Gebiet dieses Raumes gefällt wird, Rechnung getragen werden; durch sie wird das Verhältnis des Einzelnen zum Ganzen bestimmt.

Wenn nun der Versuch gemacht wird, die Einwirkung des Korridors auf die Wehrlage der Anrainerstaaten festzustellen, so kann dies nur aus dem Rahmen dieses Gegensatzes heraus geschehen. Benesch selbst hat im Memoire II diesen Gegensatz angedeutet und auf die wehrpolitische Bedeutung des Korridors hingewiesen, indem er schrieb: „Diese Lösung dient im Gegenteil dem Frieden, der auf gerechtem Wege ... neue Bündnisse zwischen den verbündeten Staaten schaffen muß“<sup>3)</sup>. Meinte Benesch damit wirklich den Frieden, oder sollte es nicht die gleiche „Friedenslösung“, wie sie der Weichselkorridor darstellt, werden? Karl Haushofer hat das Wesen des Weichselkorridors klar herausgestellt, als er schrieb: „Man spricht von

2) Tibal, A., Histoire diplomatique contemporaine, in: Volk und Reich, 10. Jahrg. 1933, S. 599.

3) Siehe S. 61, Memoire II.

den Bedürfnissen eines gegenwärtigen Friedens und meint die Erfordernisse eines künftigen Krieges<sup>4)</sup>." Das gleiche gilt vom burgenländischen Korridor. Wie hätte nun der Korridor den Erfordernissen eines künftigen Krieges entsprochen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es am besten, mit der Betrachtung der Konfliktmöglichkeiten, die durch die Lage im Donauraum gegeben war, zu beginnen.

Gleich nach Kriegsende zeigte sich die Aufspaltung in zwei Lager. Frankreich und Italien suchten sich in Mitteleuropa den Rang streitig zu machen (s. S. 55 ff.). Dieser Gegensatz nahm zeitweilig scharfe Formen an, so daß ein Krieg zwar nicht zwischen Frankreich und Italien, wohl aber zwischen Italien und Frankreichs damaligem Wächter im Südosten, Südslowenien, durchaus im Bereich der Möglichkeit lag. Andererseits drohte es zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslowenien — die von Ungarn mehr nehmen wollten als überhaupt da war und als sie vertragen — und Ungarn zur kriegerischen Auseinandersetzung zu kommen. Es ließen sich noch andere Spannungen aufzeigen, doch diese zwei genügen, um sich daraus ein Urteil über den Korridor zu bilden.

Wenden wir uns dem ersten Fall zu: Kampf zwischen Jugoslawien und Italien. Beide Staaten sind nicht nur ihrer Größe nach verschieden, sondern auch in ihrer Wirtschaft und somit in ihrer wehrwirtschaftlichen Kriegsbereitschaft. Jugoslawien ist nicht in der Lage, seinen Bedarf an Heeresmaterial durch eigene Erzeugung zu decken. Es fehlen dazu nicht nur die Kriegsindustrie, sondern auch die Rohstoffe wie Eisen, Kohle usw. Es ist daher auf die Einfuhr aus Frankreich und der Tschechoslowakei angewiesen. Im Kriegsfalle ist nun die Zufuhr aus Frankreich, die hauptsächlich auf dem Seewege geschieht, durch die italienische Flotte unterbunden; die Bahnverbindung mit der Tschechoslowakei, die über die Slowakei, Karpatho-Rußland und Rumänien führt, könnte wegen ihrer Länge und der Gefährdung im slowakisch-stiebenbürgischen Teil die Zufuhr kaum bewältigen. Es käme also einer unmittelbaren Verbindung mit der Tschechoslowakei über den Korridor größte Bedeutung zu. Die Wichtigkeit des Korridors für Jugoslawien bestünde aber nicht nur in der beschleunigten Waffenzufuhr, sondern auch für die Heeresführung. Die militärische Kriegführung Italiens würde — ganz abgesehen davon, wer politisch der Angreifer ist, — wohl im Angriff bestehen. Der Angriff Italiens auf die zerklüftete Adriaküste Jugoslawiens mit ihren parallel zur See laufenden

4) K. Haushofer, in: „Was ist ein Korridor?“ S. 218, in: „Deutschland und der Korridor“, Wolf u. Reich-Verlag.

Gebirgsschwellen sowie der Ansturm vom Isonzo und vom Karst her würde kaum bessere Ergebnisse zeitigen, als es im Weltkrieg der Fall war. Die italienische Heerführung müßte also ihre zahlenmäßige Überlegenheit zur Geltung bringen. Sie würde den Kampf gegen Jugoslawien auch auf österreichisches Gebiet verlegen müssen, und zwar aus der italienischen Ausfallstellung im Kanaltal über Villach, St. Veit a. d. Gl., Bruck a. d. M. bzw. Pachtstraße Truppen in die Nordflanke der Südslawen zu führen versuchen (vgl. die 1933/34 mit ausländischem Geld ausgebauten Straßen in Kärnten und Steiermark). Die Südslawen müßten als Gegenmaßnahme — wenn sie es nicht vorzögen, hinter der Drau oder Sau eine feste Stellung zu beziehen — ihre Truppen in die Linie Koralpe—Stubalpe—Bruck a. d. Mur vorverlegen, um den Italienern wirksam entgegenzutreten zu können. Es käme also darauf an, möglichst rasch steirisches Gebiet zu besetzen. Dazu stünde ihnen dann neben der Bahnlinie Marburg—Graz der Anschluß aus Barasdin über den Korridor an die Linie Steinamanger—Graz zur Truppenbeförderung zur Verfügung.

In einem Krieg der Kleinen Entente gegen Ungarn würde ein slawischer Korridor eine vollständige Abschließung Ungarns bedeuten. Ungarn wäre auch vom Westen abgeschlossen, was gleichbedeutend wäre mit kriegswirtschaftlicher Aushungerung. Die vollständige Niederlage Ungarns wäre nur eine Frage der Zeit.

Die Betrachtung dieses zweiten Falles hat nur beschränkten Wert, denn Ungarn wäre niemals in der Lage, unter solchen Umständen an eine kriegerische Auseinandersetzung zu denken. Diese Einschränkung gilt aber auch für den ersten Fall. Die politischen Verhältnisse und Bindungen im Donauraum ließen es doch zweifelhaft erscheinen, ob ein Krieg zwischen Jugoslawien und Italien, der österreichisches Gebiet berühren würde, auf diese beiden Staaten beschränkt bleiben könnte. Es wäre anzunehmen und die Ereignisse der letzten Jahre haben dies gezeigt, daß ein Streit, der Österreich oder Ungarn irgendwie in Mitleidenschaft zöge, einen allgemeinen Brand in Mitteleuropa zur Folge hätte. Ein Sineinandergreifen beider Kriege aber oder das Hinzutreten einer anderen Macht würde ganz andere Voraussetzungen schaffen und die Bewertung des Korridors müßte von anderen Gesichtspunkten aus erfolgen. Ein italienisch-ungarisches Zusammengehen gegen die Südoststaaten z. B. würde unbedingt zu einem Durchbruch durch den Korridor führen, dessen Abwehr den Tschechen und Südslawen mehr Kräfte entziehen als Nutzen brächte.

Es läßt sich allerdings die Frage aufwerfen, ob der Korridor sich nicht



technisch so ausbauen ließe, daß er gegen einen Durchbruch gesichert werden könnte. Aber auch dies muß verneint werden. Denn wenn auch mit der Anlage von Grenzbefestigungen und dem Bau von Festungen dem Korridor eine gewisse Widerstandskraft gegeben würde, so wäre er dennoch nicht zu halten. Die Natur des Kampfgebietes käme trotz neuzeitlicher Waffen voll zur Geltung. Die aus dem Westen gegen den Korridor marschierende Truppe träfe auf keine natürliche Sperre, denn die von West nach Ost verlaufenden und abfallenden Höhenzüge und Täler gestatten ein Vorrücken in breiter Front. Ebenso stünde dem Anmarsch aus dem Osten kein bedeutendes Hindernis entgegen. Die Raab hat nicht mehr jene sperrende Wirkung, wenn ihr Flußbett auch stellenweise von einem Sumpfgürtel umgeben ist. Die aus Ost und West vorstoßenden Truppen würden sich viel früher vereinigen, als es den Tschechen und Südslawen gelänge, ihre über Donau und Mur vorrückenden Truppen voll einzusetzen.

Wenn so auch bei einem allgemeinen kriegerischen Zusammenstoß der Korridor für die zwei slawischen Staaten an Bedeutung verlor, so besäße er doch in Hinsicht auf Italien allein und in Hinsicht auf Ungarn einen nicht unbeträchtlichen Wert, der die Wehrlage beider slawischer Staaten, wenn auch bedingt, so doch nicht unwesentlich stärkte.

## Panflawismus und Korridorpropaganda vor dem Kriege

Der Plan, die Trennung der Nord- und Südflawen zu beseitigen und das Gebiet der heutigen Tschechoslowakei mit dem des südflawischen Staates zu verbinden, ist nicht erst während des Weltkrieges aufgetaucht, sondern reicht in seinen Anfängen in die Zeit vor dem Kriege, ja sogar ins 19. Jh. zurück. Wenn wir diese Anfänge zurückverfolgen, so müssen wir dabei streng scheiden zwischen der Zeit, in der die geistigen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, und der Zeit, in der dieser Plan zum erstenmal in bestimmter Form in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Um diese geistigen Voraussetzungen zu erkennen und zu verstehen, ist es notwendig, in die Zeit zurückzugehen, in der die slawischen Völker zur Überzeugung kamen, daß sie vom gleichen Willen und Bestreben geleitet, berufen seien, dank ihrer Kraft das Weltbild nach ihrem Willen zu gestalten und die ihnen vom Schicksal gestellte Aufgabe im Leben der Völker zu erfüllen. Dabei ist es gar nicht nötig, daß wir für diese Zeit schon eine bis ins Kleinste festgelegte Abgrenzung dieses Weltbildes nachweisen können. Maßgebend ist, daß alle slawischen Völker zusammengeschlossen werden sollten, um mit dieser geeinten Kraft ihren Machtanspruch durchsetzen zu können. Die Idee, alle slawischen Völker zusammenzufassen und sie anderen Völkern gegenüberzustellen, ist der Kerngehalt der Bewegung, die wir als Panflawismus bezeichnen.

Ist nun die Forderung nach dem burgenländischen Korridor ihrem Wesen nach auch in diese Bewegung einzureihen? Ja, denn 1. wird der Korridor damit begründet, daß er die Front der slawischen Völker von Meer zu Meer, die im Laufe des zehnten Jahrhunderts zerstört worden sei, wieder herstelle. Damit trägt er zum Zusammenschluß der slawischen Völker bei und entspricht einem Wesenszug des Panflawismus. 2. wird erklärt, daß dieser Korridor die Barriere gegen den „Pangermanismus“ bilde. Diesem also soll die Kraft aller slawischen Völker entgegengestellt werden. Zwei Bewegungen werden damit gegenübergestellt, die wesensgleich zu

sein scheinen, es in Wirklichkeit aber nicht sind. Denn der „Pangermanismus“ oder das „Alldeutschum“ bedeutet „nichts anderes als das 2000jährige Bestreben des deutschen Volkes nach einem einheitlichen, das ganze deutsche Land in der Mitte Europas umfassenden Deutschen Reich“<sup>1)</sup>. Dem kann nicht der Wille unterschoben werden, alle angrenzenden Völker des Ostens zu unterdrücken und ihr völkisches Eigenleben zu vernichten, um es dem deutschen Machtstreben dienstbar zu machen. Anders ist es beim Panflawismus. Dieser stellt bewusst die geeinte Kraft aller slawischen Völker in Gegensatz zum deutschen Volk, und da dieser burgenländische Korridor als Barriere gegen den Pangermanismus, der nichts anderes als das Streben des deutschen Volkes nach staatlicher Einheit ist, gedacht war, so rückt er damit in die feindliche Front dieser slawischen Völkergruppe gegen das deutsche Volk ein und gibt einen anderen Wesenszug des Panflawismus wieder.

Daraus ergibt sich die Folgerung zu untersuchen, wieweit der Panflawismus an dem Aufkommen des Korridorgedankens beteiligt war und ob eine Übernahme des Planes und eine Beeinflussung stattgefunden hat. Masaryk führt im „Neuen Europa“ — in dem er auf die Möglichkeit eines Korridors zwischen den Nord- und Südslawen<sup>2)</sup> und auf die Notwendigkeit einer slawischen Barriere gegen den Pangermanismus<sup>3)</sup> hinweist — an, „die kleinen slawischen Völker erwarteten von Rußland Hilfe gegen die Deutschen, Magyaren und Türken, aber einen planmäßig durchdachten, organisierten aggressiven Panflawismus recte Panrussismus hat es nicht gegeben und wird es nicht geben“<sup>4)</sup> und behauptet dann, „der von den slawischen Philosophen, Historikern und Politikern verkündete Panflawismus hat sich stets mit der literarischen und kulturellen Gegenseitigkeit begnügt“<sup>5)</sup>. Wir müssen uns fragen, ob sich der Panflawismus tatsächlich nur mit literarischer und kultureller Gegenseitigkeit begnügt hat oder ob nicht gerade die Vertreter der russischen Richtung die ersten waren, die die Idee einer geschlossenen slawischen Front von Meer zu Meer in ihre Lehre aufnahmen? Waren nicht sie es, die den Anstoß gaben und die Grundlage zu jener Lehre schufen, die dann von den Vertretern des westlichen Panflawismus übernommen und in der Form des Korridors erweitert

---

1) Madolny, Germanisierung oder Slawisierung? S. 67.

2) Masaryk, Das Neue Europa, S. 103.

3) Ebenda S. 116.

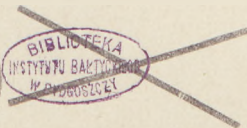
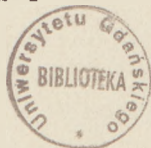
4) Ebenda S. 117.

5) Ebenda S. 118.



wurde? Es wurde schon darauf hingewiesen, daß für unsere Fragestellung nicht die Einzelheiten des Gesamtplanes entscheidend sind, weil diese im Laufe der Entwicklung sich immer wieder ändern können, sondern daß wir uns an die große Linie zu halten haben. Wir können nicht erwarten, daß man sich im 19. Jh. ein genaues Bild dieser künftigen Entwicklung gab oder daß man vielleicht gar den Korridor nach Größe und Lage bestimmte. Entscheidend ist doch, daß die Front der jungen, lebensfrohen slawischen Völker möglichst weit nach Westen vorgeschoben und von Meer zu Meer reichen sollte. Wie ist dies in der panslawistischen Lehre zum Ausdruck gekommen?

Oben wurde schon angeführt, daß der Panslawismus bewußt gegen den Westen auftrat. Die Panslawisten machten den „Pangeomanismus“ für diesen Gegensatz verantwortlich, indem sie behaupteten, er wäre früher dagewesen und er hätte erst den Panslawismus verursacht. Das ist falsch. Der Panslawismus läßt sich bis ins 17. Jh. zurückverfolgen und war von dieser Zeit an ein politisches Rüstzeug der Russen. Mit dem Einfluß der von Deutschland ausgehenden geschichtsphilosophischen Lehren (Herder) wurde das Nationalgefühl aller Slawen angeregt und sie wurden auf die Größe ihrer Vergangenheit aufmerksam; die Forschungen über ihre Sprache, Geschichte und Kultur brachten sie zum Glauben, daß sie einst eine Einheit gebildet hätten und daß es ihre Aufgabe wäre, sie wieder herzustellen. Sie begannen sich als Glieder einer getrennten Familie zu fühlen, die im Bewußtsein und in der Kraft der Gemeinsamkeit unter Führung Rußlands eine große geschichtliche Sendung vor sich habe. Dieses nationale Bewußtsein äußerte sich zunächst im geistigen und kulturellen Leben. Aus der geistigen Regsamkeit aber entsprang der Wille und der Wunsch zur politischen Einheit und Freiheit. Aus dem Bewußtsein des gemeinsamen Wollens trat, alles in sich schließend, der Panslawismus auch unter den Slawen des Westens auf. Dieser westliche Panslawismus sah zwei Möglichkeiten vor sich: entweder dem großen russischen Reich sich politisch einzuordnen oder selbständig zu bleiben und zu versuchen, ein slawisches Österreich zu errichten. Die Verfassung des Jahres 1849 brachte die österreichische Erbmonarchie und damit die Aussichtslosigkeit, in naher Zukunft zu diesem Ziel zu gelangen. Der Versuch, die Selbständigkeit in einem österreichischen Föderativstaat zu erringen, scheiterte 1867 an der Einführung der dualistischen Staatsform. So wurden die Slawen Österreichs an die Seite Rußlands abgedrängt und sie sahen im gemeinsamen Kampf den einzig gangbaren Weg.



Als Frucht dieser Zusammenarbeit entstand jenes Programm des Panflawismus, das in extrem-expansionistischer Art alle Forderungen zusammenfaßte, die von verschiedenen Gesichtspunkten aus im Rahmen dieser Bewegung gestellt und in Danilewsky's <sup>6)</sup> Buch „Rußland und Europa“ niedergelegt wurden. Danilewsky erklärte, Rußland und der übrigen slawischen Völker Bestimmung sei es, die greisenhaft gewordene germanisch-romanische Kultur zu beseitigen und ein neues Kulturideal an seine Stelle zu setzen. Rußland und das Slawentum habe die Verpflichtung, dieses Ziel im Kampf gegen Europa zu erreichen. In diesem Kampf gelte es, keine Rücksicht auf Menschlichkeit, auf andere Völker zu nehmen, denn „Rußland ist nicht gewillt, in die Lage der Untertänigkeit zu Europa zu treten, und so bleibt ihm nichts anderes übrig, als seine wirkliche, ihm durch ethnographische und historische Bedingungen bestimmte Rolle anzutreten und als Gegengewicht zu dienen, nicht diesem oder jenem europäischen Staate, vielmehr zu Europa in seiner ganzen Gemeinschaft und Ganzheit“ <sup>7)</sup>. Ein slawischer Staatenbund wäre zu schaffen, mit Zargrad als Hauptstadt. „Diese Föderation muß alle Länder und Völker umfassen vom Adriatischen Meer bis zum Stillen Ozean, vom Eismeer bis zum Archipel, unter Führung und Hegemonie eines ungetheilten und all-einigen russischen Reiches.“ Das russische Kaiserreich, die ganze Balkanhalbinsel, Rumänien, Böhmen, Mähren, zwei Drittel von Kärnten, ein Fünftel der Steiermark sollten dazu gehören. Ungarn müßte, um bestehen zu können, diesem Bunde beitreten, obwohl sich für Ungarn die Aussicht eines solchen Bundes, „der allen seinen ehrgeizigen und hochzielenden Plänen ein Ende setzt, nicht in erfreulichem Lichte offenbaren“ <sup>8)</sup> könnte. Mit voller Offenheit wurde damit zugegeben, daß die eingestreuten Völker dazu bestimmt waren, ihre nationale Eigenheit aufzugeben und den notwendigen Kitt für die Lücken zwischen den einzelnen slawischen Siedlungsräumen abzugeben. Das Magyarentum hatte nach dieser Eröffnung keine Aussicht, der Aufsaugung zu entgehen.

Danilewsky legte die politische Einigung aller slawischen Völker in einer bestimmten Form fest. Von der Ostsee bis zur Adria stehen, Glied an Glied, die Staaten dieses slawischen Bundes; die politische Trennung von Nord-

6) Danilewsky, N. J., Arzt u. Naturforscher, ließ in der russ. Zeitschrift „Zarja“ 1869 eine Folge von Aufsätzen erscheinen, die der Schriftsteller N. Strachow 1871 in Buchform herausgab.

7) Danilewsky, Rußland und Europa, S. 197.

8) Ebenda S. 202.

und Südflawern ist beseitigt, da der magyarische Keil zum Schwinden gebracht ist. Die Magyaren sind, politisch diesem Staatenbund eingegliedert, dem Druck der Slawen ausgesetzt und der Vernichtung preisgegeben. Zur Begründung dieser slawischen Front wird erklärt, „dieser all-slawische Bund würde den Drang Europas nach dem Osten hemmen“<sup>9)</sup>. Somit sollte dieser Bund nur als Gegenkraft gegen die vom Westen wirkende Gefahr dienen. Vergleichen wir damit die Begründung, die für den burgenländischen Korridor gebraucht wurde, so sehen wir, daß sie eine Parallele zu diesen panslawistischen Forderungen bildete. Hieß es bei Danilewsky, die Slawen seien in Gefahr, Europa dränge nach dem Osten, so heißt es bei der Begründung des Korridors, Deutschland dränge nach dem Osten; diesem Drang nach dem Osten könne nur dann wirksam begegnet werden, wenn die geschlossene Front von slawischen Staaten von Meer zu Meer errichtet werde, die durch den Korridor über das Burgenland verstärkt werden müßte. „An Stelle des Dranges Europas nach dem Osten“ tritt der „deutsche Drang nach dem Osten“; an Stelle des all-slawischen Staatenbundes tritt die Front der selbständigen slawischen Staaten, verbunden durch den burgenländischen Korridor. In beiden Fällen „drängt“ der Westen, wird ihm die Schuld zugeschoben: das eine Mal ist es Europa, das andere Mal entsprechend dem Zeitgeist Deutschland. Es sind also nur neue Werte an Stelle der alten gesetzt und die durch die Schwäche des Gegners bedingte Stellung ausgenützt, an der geistigen Einstellung änderte sich jedoch nichts. Wir können deshalb behaupten, daß der Plan des Korridors — des Verbindungslandes zwischen Nord- und Südflawen — aus den Gedankengängen des Panslawismus hervorgegangen ist. Danilewskys Programm ist ein Beweis dafür. Wenn er auch in keiner Weise auf den Korridor verweist, sondern ganz Ungarn als Verbindungsland nimmt, so ist hier doch die grundsätzliche Linie gegeben, die auf eine Ausschaltung des deutsch-magyarischen Keiles und damit auf irgendeine Form des Korridors hinweist.

Noch deutlicher zeigt sich dies durch eine von N. E. Zarjanko<sup>10)</sup> im Jahre 1889 verfaßte Karte der slawischen Völker, auf der die Macht der Slawen und ihres beanspruchten Raumes sinnfällig vor Augen tritt. Nach dieser Karte bildet das Slawentum eine große, einheitliche, zusammen-

9) Ebenda S. 223.

10) Zarjanko, N. E., arbeitete im Auftrag der Petersburger Wohltätigkeitsgesellschaft 1889 in den „Slawischen Mitteilungen“ (Slawjanskija Izwestija) eine Karte der slaw. Völker aus.



hängende Masse, die sich im Süden über Bessarabien, die Donaumündung, die Dobrudscha und die Balkanhalbinsel, Griechenland und Albanien ausgenommen, ausdehnt, bis Triest verläuft und von da über die slowenischen Gebiete nordwärts geht. Im Norden tritt dieser südlichen Gruppe das tschechische, slowakische und polnische Gebiet bis Danzig entgegen. Die Südslawen sind mit den nördlichen Stammesgenossen räumlich verbunden. Die Art, wie der schmale Keil deutschen Gebietes mit Ungarn und Rumänien, der in diese slawische Masse ragt, dargestellt ist, läßt keinen Zweifel bestehen, daß sie mit der Absicht geschah, auf die Möglichkeit der Überbrückung dieses Gebietes hinzuweisen.

Aus diesen Beispielen ersehen wir, daß die Forderung nach der slawischen Front von Meer zu Meer, von Danzig nach Triest, ein grundlegender Wesenszug des Panlawismus war. Indem der Panlawismus die Idee einer geschlossenen Front in ihrer Ganzheit als den Grundzug slawischer Westpolitik herausstellte, lenkte er die Aufmerksamkeit auf jene Lücke in der Front, die durch den deutsch-magyarischen Teil gegeben war. Es ist damit nicht gesagt, daß die Panlawisten schon im 19. Jh. an die Schließung dieser Lücke in einer bestimmten Form, etwa in der Art des burgenländischen Korridors, dachten. Für sie war nur das Problem vorhanden, sie irgendwie zu schließen, den Weg zu weisen und die geistigen Grundlagen zu schaffen, aus der sich dann der Plan des Korridors, in eine bestimmte Form gebracht, entwickeln konnte. Der Panlawismus war gleichsam das Sammelbecken, aus dem das Problem des Korridors als Teilstück eines großen Ganzen, zuerst noch unklar und ungeformt, emporstieg, um dann von den Tschechen, in die Gestalt des burgenländischen Korridors gebracht, als Zielpunkt aufgestellt zu werden.

Unter den westlichen Slawen waren die Tschechen die Vorkämpfer des Allslawischen Gedankens. Sie verstanden es, sich geschickt in den politischen Kampf einzuschalten und ihre Stellung innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie auszubauen. Zielsicher arbeiteten sie am wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg ihres Volkes und machten Böhmen zur „Bastion an der Brücke, über die der Weg in das Slaventum führt“<sup>11)</sup>. Da ihr Land wie ein Keil in den deutschen Raum ragt, fühlten sie sich als die Vorhut, das Bollwerk, das die Deutschen abhalten sollte. Tief saß in ihnen der Glaube, daß der Deutsche der ewige Feind sei, der ein Reich von der Adria bis zum Belt plane. Dieses drohende Reich gelte es zu bekämpfen, und um diesen Kampf wirksam zu gestalten, müsse die vorgeschobene und

11) Fischek, A., Der Panlawismus, S. 308, Havlicek.

isolierte Lage ihres Landes aufgehoben, ihre Flanken geschützt werden. Dafür genüge aber die Verteidigung allein nicht, sondern im Angriff liege die Vorbedingung zum Sieg; dem „Drang nach dem Osten“ müsse eine Kraft entgegengestellt werden, die auf ebenso breiter Front zum Angriff übergehe. Sie erkannten, daß, wenn dieser Kampf aufgenommen wurde, der Sieg jenen zufallen mußte, der sein Volkstum zielbewußt einsetzte.

Dieser Kampf um deutschen Volksboden konnte von Böhmen aus in drei Richtungen geführt werden. Maßgebend für den Einsatz war, in welcher Richtung der größte Erfolg zu erreichen war und ob diese Richtung mit der politischen Kampffront übereinstimmte. Der Vorstoß nach Westen versprach geringen Erfolg; der Stoß nach Norden schnitt sich mit der polnischen Stoßrichtung, und deshalb wich man sich aus, um so mehr, als das Einvernehmen zwischen Tschechen und Polen nicht das Beste war. Damit blieb nur der Weg nach dem Süden frei. Hier lag die Angriffsfläche, die den geringsten Widerstand und den größten Erfolg versprach und die mit der politischen Stoßrichtung: gegen Wien, übereinfließ. Der Kampf gegen Wien konnte mit Hilfe des Volkstums in den **K a m p f u m W i e n** umgestaltet werden. Dieser Kampf um Wien hat nicht erst im 19. Jh. eingesetzt, sondern reicht in seinen Anfängen vor die Entstehungszeit der österreich-ungarischen Monarchie zurück. Der geopolitische Zwang des Donaauraumes hat immer zum Zusammenschluß von Österreich, Ungarn und der Sudetenländer gedrängt. Wer eines dieser Länder besaß, trachtete danach, die anderen zu gewinnen. Schon Premysl Ottokar hatte den Versuch gemacht, Österreich seiner Herrschaft einzugliedern; denn wenn ihm dies gelang, hatte er die Möglichkeit, den Weg zur Adria einzuschlagen und die adriatische Küste zu gewinnen. Die Niederlage am Marchfeld machte zwar seinem Beginnen ein Ende, aufgegeben wurde dieser Plan jedoch nicht. In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. fand er, wenn auch unter anderen Voraussetzungen und Bedingungen, seine Wiedererstehung. Der Kampf war nun auf die vollkliche Grundlage gestellt und die Slawen sahen folgerichtig in der Eroberung das Wesen einer zielbewußten Volkstumspolitik. Die deutsche Volkstumspolitik beschränkte sich nur auf Schutzarbeit, auf die Abwehr des feindlichen Angriffs, entschied sich aber nie zu entschlossenem Vorgehen und nahm sich damit selbst die Aussicht auf den Erfolg. Dieser Unterschied der Kampfführung bedingte den Sieg auf slawischer und die Niederlage auf deutscher Seite. Die Ursache des deutschen Versagens ist aber auch auf den Umstand zurückzuführen, daß den Führern der Volkstumsarbeit von seiten der herrschenden Dynastie, deren ganzes

Denken sich in rein staatlichen Bahnen bewegte, Hindernis auf Hindernis in den Weg gelegt wurden, während die Slawen der Sammlung und Stärkung ihres Volkstums ungestört nachgehen konnten. Sie konnten ungehemmt ihre Anhänger auf deutschem Volksgebiet ansiedeln und damit nach und nach ihr Gebiet vergrößern. War ihr Zuzug vor den Jahrzehnten vor 1900 noch als natürlicher Vorgang zu bezeichnen, so trat um die Jahrhundertwende eine planmäßige Durchdringung deutschen Volkstodens ein, die im östlichen Niederösterreich ein bedrohliches Ausmaß annahm. In der Südsteiermark gingen die Slawen daran, den deutschen Einfluß möglichst auszuschalten und das Nationalbewußtsein der Slowenen zu steigern. Wurde diese Entwicklung folgerichtig zu Ende gedacht und ausgeführt, so war es nur eine Frage der Zeit, bis den Slawen von der Volkstumspolitik her die Verwirklichung des Planes, Nord- und Südslawen zu verbinden, gelang.

Aus der Tatsache, daß die Tschechen als die aktivsten Vorkämpfer des westlichen Panlawismus in der Volkstumspolitik die größten Erfolge aufzuweisen hatten, erklärt es sich, daß sie zuerst die Idee des Korridors aufgegriffen und als ein Ziel der tschechischen Politik hinstellten. Dr. Kaschin, der nachmalige erste Finanzminister des tschechoslowakischen Staates, hatte im Jahre 1900 im Freundeskreis zum erstenmal die Forderung ausgesprochen, daß für den zukünftig zu errichtenden tschechischen Staat ein Weg zur Adria geschaffen werden mußte<sup>12)</sup>. Kaschin hatte dabei noch nicht an das Burgenland als Korridor gedacht, sondern wollte das östliche Niederösterreich und die Oststeiermark in seinen Plan einbeziehen. Die Durchdringung Niederösterreichs mit Tschechen hatte bis zur Jahrhundertwende so günstige Fortschritte gemacht, daß sich für die Zukunft die besten Erwartungen für die Durchführung des Korridors rechtfertigen ließen. Seltsam ist es nur, daß Kaschin schon zu jener Zeit, die noch keine Aussicht auf eine baldige staatliche Umwälzung bot, mit diesem Plan hervortrat. War bis zu Beginn des 20. Jhs. die Slawisierung dieser Gebiete schon soweit gediehen, daß er die deutsche Abwehr und Gegenarbeit nicht mehr befürchtete? In dieser Frage liegt auch schon die Antwort: die Assimilationskraft des Slaventums war um die Jahrhundertwende so weit gediehen<sup>13)</sup>, daß eine erfolgreiche deutsche Gegenbewegung nicht mehr zu befürchten war und die tschechischen Führer sich des Sieges sicher wähn-

12) Berka, G., Die tschechische Irredenta in Deutschösterreich, S. 2.

13) Matras, Die Tschechen in Österreich, in: „Staat und Volkstum“, S. 224.



ten. War bisher der Zuzug der Tschechen in das deutsche Gebiet aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt und waren die meisten von ihnen eingedeutscht worden, so begann nun um 1900 eine bewusste und planmäßige Ansiedlung von tschechischen Landwirten, die mit Hilfe der „Zivnostenska Banka“ und anderer Unternehmungen freigewordene deutsche Bauernhöfe aufkauften und sich in jeder Beziehung als nationale Fremdkörper entwickelten. Vereine wie der Komenskyverein, „Das tschechische Wienerherz“ u. a. erfaßten auch die tschechischen Arbeiter, die schon früher aus der Heimat fortgezogen waren, und brachten sie mit den aus der national bewußter gewordenen Heimat Zugewanderten zusammen. Es ist klar, daß viele der neu Angekommenen sich der Aufgabe nicht bewußt waren, die ihnen von den Führern gestellt wurde, und daß es unmöglich war, jeden einzelnen zum nationalen Kämpfer zu formen, der, auf sich allein gestellt, seine Geltung wahren und sich durchsetzen konnte. Maßgebend war, daß die Führer das Ziel kannten und sich mit aller Kraft dafür einsetzten, daß jene Grundlage geschaffen wurde, die in Zukunft für den Anspruch auf den Korridor nötig werden sollte.

Vorerst wurde der tschechische Vorstoß auf das gemischtsprachige Gebiet um Feldsberg und längs der March gegen Wien geführt. Hier fanden sich bedeutend geringere Widerstände als in Südböhmen und Mähren, wo sich die Sprachgrenze nur geringfügig umgestalten ließ. Wien lag ja nur 60 km vom slowakischen Volksboden entfernt, und die Verbindung mit dem Hinterland konnte leicht aufrecht erhalten werden, um so mehr, als die Tschechen wichtige Verkehrs- und wirtschaftsgeographische Plätze an sich zu reißen mußten. Auf dem Wege zum Anschluß an das slowenische Volkstumsgebiet war Wien das erste Teilziel, das erobert werden sollte. Bis 1900 zeigte sich darin ein beständiger Fortschritt. 1880 gab es in Wien 40 082 = 3,72 v. H. Tschechen und Slowaken, 1900 waren es bereits 102 974 = 7,22 v. H. Die wachsende Industrialisierung brachte Industrie- und Ziegeleiarbeiter nach Wien und besonders auf das dem Burgenland benachbarte Steinfeld. Um billige Arbeitskräfte zu bekommen, holten sich die Unternehmer tschechische und slowakische Arbeiter und halfen so mit, den Zuzug des slawischen Elementes zu verstärken. Diese Arbeitskräfte hatten sich in manchen Orten in so großer Zahl angesiedelt, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten und die Durchlöcherung des Sprachgebietes vorbereiteten. Eine weitere Gefahr lag in der Unterwanderung des Marchfeldes durch slowakische Erntearbeiter, die oft nicht in die Heimat zurückgingen, sondern sich selbst einen Besitz erwarben und

festhaft wurden. Die Bezirke Marchegg, Gänserndorf, Mistelbach, Groß-Enzersdorf wurden hauptsächlich von dieser Entwicklung betroffen. Welche Bedeutung die Tschechen dieser Unterwanderung beimaßen, geht daraus hervor, daß die „Auswärtige Sektion“, eine Untergliederung des tschechischen Zentralausschusses, im Jahre 1906 den Rat gab, den Strom der tschechischen Auswanderer in „jene Gegenden zu lenken, welche eng an die Länder der böhmischen Krone“ anschließen, also ins Marchfeld nach Unter-Themenau, Hohenau usw.

Dieser nach Süden vorstoßenden tschecho-slowakischen Bewegung konnte im deutsch-slowenischen Grenzraum nichts Gleichwertiges von slawischer Seite entgegengesetzt werden. Wohl war es den Slowenen gelungen, die versprengten deutschen Sprachinseln im Innern Krains zum Schwinden zu bringen, ihr Ausdehnungsdrang nach Norden aber, dessen eine Welle längs der österreich-ungarischen Grenze gehen sollte, zeigte keinen Erfolg<sup>14)</sup>. Das hatte seinen Grund darin, daß innerhalb des slowenischen Stammes gar nicht der Wille vorhanden war, gegen die deutschen Städte, die ihre Markt- und Einkaufsplätze waren, etwas zu unternehmen. Der Angriffswille wurde erst von außen in das Volk getragen, hatte damit also nicht jene Eigenständigkeit, die stark genug gewesen wäre, die Volkstumsgrenze nach Norden auszuweiten.

Auf deutsch-österreichischer Seite waren diese Vorgänge nicht unbemerkt geblieben, aber sie wurden bei weitem nicht so beachtet, wie es nötig gewesen wäre. Die Behörden verhielten sich gegenüber dem tschechisch-slowakischen Vordringen nicht nur vollkommen gleichgültig, sondern sie behinderten sogar die deutsche Abwehr, um ja nicht die Ruhe zu stören und die Tschechen zu neuen Forderungen aufzureizen. Es kam ihnen nicht zum Bewußtsein, daß durch die Überfremdung des südöstlichen deutschen Volksbodens nicht nur dieser verloren ging, sondern daß auch das Deutschtum Westungarns, das eine Ausweitung über die österreichische Staatsgrenze hinweg darstellte, vom geschlossenen deutschen Siedlungsraum abgetrennt zu werden drohte und aller Vorteile, die sich aus seiner Lage ergaben, verlustig gehen mußte. Denn gelang den Tschechen dieser Durchstoß, so war das Deutschtum Westungarns den Magyarisierungsbestrebungen ausgeliefert, und welches Schicksal seiner harrte, das zeigte der Niedergang des deutschen Bürgertums der innerungarischen Städte. Als man sich endlich des Deutschtums Westungarns zu erinnern begann, war nicht die tschechische Bedrohung der Anlaß dazu, sondern die scharfe Sprachen- und Schul-

14) Fischel, Der Panlawismus, S. 443.

politik Ungarns, die zur Unterdrückung und Entnationalisierung der nicht-magyarischen Völker führen sollte. Die daraus entspringenden Härten und Spannungen brachten den Wunsch und die Forderung, die nationalen Verhältnisse in Österreich-Ungarn zu regeln und das westungarische Deutschtum an Deutschösterreich anzuschließen. Diese Forderung war seit 1647, wo es den ungarischen Ständen gelang, dem Kaiser die Übergabe dieses Gebietes abzutrotzen, wiederholt, aber erfolglos vorgebracht worden<sup>15)</sup>. Der magyarische Druck beschränkte sich aber nicht nur auf die Deutschen, sondern er lastete weit schwerer auf den Kroaten, die in Streusiedlungen innerhalb des deutschen Sprachgebietes Westungarns siedelten. Sie waren bisher wenig beachtet worden, da sie in keinerlei Beziehung zu den anderen Slawen standen und in ihrem Ringen um ihr Volkstum ganz auf sich allein angewiesen war. Die Einführung der Apponyischen Schulgesetze (1907) brachte ihnen zwar schwerere und ihrem völkischen Leben unerträglichere Bedingungen, aber sie entriß sie der Vergessenheit und lenkte die Aufmerksamkeit der anderen Slawen auf sie. Besonders die Tschechen, deren Slawifizierungsarbeit in Wien und Niederösterreich seit 1900 einen rückläufigen Erfolg zeigte und die Grundlage, auf die sich ihr Anspruch auf dem Korridor aufbauen sollte, schmälerte, nahmen sich ihrer an. In Wien z. B. war ihr Bevölkerungsanteil bis 1910 auf 98 461 = 5,7 v. H. gesunken. Konnte diesem Rückgang nicht Einhalt geboten werden, so mußte ein neuer Anknüpfungspunkt für den Korridor gesucht werden, und dieser schien mit dem Gebiet, auf dem die hartbedrängten Kroaten Westungarns siedelten, gegeben. Sie, die bisher von den anderen Slawen kaum beachtet worden waren, waren auf einmal in das Blickfeld der slawischen Politik getreten. Das mußte den Tschechen allerdings klar sein, daß in Ungarn Volk und Regierung im Kampf gegen die nichtmagyarischen Völker zusammengingen und daß es als ein großer Erfolg zu werten war, wenn es ihnen gelang, ein weiteres Abbröckeln des Slawentums Westungarns zu verhindern. An ein Vordringen des slawischen Volkstums in Ungarn zu denken, wäre töricht gewesen, denn Ungarn war nicht der österreichischen Regierung gleichzusetzen, die sich als Leitmotiv ihrer Slawenpolitik den Spruch gewählt hatte: „Ruh! in Ruh!“

Westungarn war somit in das Blickfeld dreier

15) Patry, Josef, Westungarn zu Deutschösterreich. Wien 1918, S. 34 ff.: Der niederöstr. Landtag versuchte in den Jahren 1647, 1671, 1716, 1717(18), 1753 (—1756), 1793 (1794) Deutsch-Westungarn durch Verhandlungen zurückzugewinnen.



Völker gerückt. Die geschichtliche Entwicklung zeigt uns, daß es immer Zerrungsfeld und durch Jahrhunderte Grenzland war, auf das Kräfte aus Ost und West einwirkten. War es bisher ein Objekt der Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Magyaren gewesen, so trat nun mit dem Auftauchen der Frage des westungarischen Kroarentums das slawische Interesse hinzu. Im Jahre 1910 trat der Bürgermeister von Agram, Amrus, an deutsche Kreise mit der Bitte heran, ihm behilflich zu sein, die slowenischen und kroatischen Siedlungen in Westungarn zu nationalisieren, um sie vor der Aufsaugung durch das Magyarentum zu retten. Dieser Bitte wurde von deutscher Seite nicht entsprochen, da man sich nicht in fremdvölkische Angelegenheiten mischen wollte. 1912 oder 1913 wurde diese Bitte vom Bürgermeister von Agram wiederholt, jedoch wieder abgelehnt<sup>16)</sup>.

Raschins Erklärung vom Jahre 1900 hatte gezeigt, in welchem Sinne das Problem des Slaventums in Deutschösterreich zu verstehen war und welchem Zwecke es dienen sollte. Die gleiche Einstellung galt, auch wenn dazu von slawischer Seite keine öffentliche Erklärung abgegeben wurde, gegenüber den Kroaten Westungarns. Öffentlich entbrannte der Streit zwischen Deutschösterreichern und Magyaren. 1906 hatte der Deutschnational Josef Patry die Veröffentlichung der Arbeit „Westungarn zu Deutschösterreich“ begonnen, in der er, von der geschichtlichen Entwicklung ausgehend, Deutschösterreichs Anspruch auf dieses Gebiet darlegte. Im gleichen Jahre erschien des Rumänen Aurel Popovici Buch „Vereinigte Staaten von Großösterreich“, in dem das von Deutschen bewohnte Westungarn in ein geplantes Deutschösterreich einbezogen wurde. Selbst im österreichischen und ungarischen Parlament kam es zu Debatten, die in der Presse beider Länder ihre Fortsetzung fanden<sup>17)</sup>. Auf deutscher Seite traten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das „Alldeutsche Tagblatt“ für die Angliederung Deutschwestungarns an Österreich ein, aber ohne Erfolg, denn gegen die Tradition der österreichischen Regierung, immer dann zu schweigen, wenn es um deutsche Belange ging, kamen sie nicht auf.

Um so mehr beschäftigten sich die Tschechen mit dieser Frage. Zäh und still, um die Aufmerksamkeit des Gegners nicht auf sich zu lenken, arbeiteten sie in den Jahren vor dem Kriege, um die Voraussetzungen zu schaf-

---

16) Diese Bitten waren an K. Wollinger, einen deutschen Vorkämpfer im damaligen Westungarn, gerichtet. Wollinger lehnte wiederholt ab.

17) Siehe Patry a. a. O., S. 10 ff.

fen, die für die Durchführung ihrer Pläne nötig waren. Diese Taktik führte dazu, daß auf deutscher Seite die Aufmerksamkeit schwand, und so erklärt es sich, daß nach dem Kriege die Ansicht bestand, der Plan des burländischen Korridors sei erst während des Krieges entstanden. Dies war um so naheliegender, als der Korridorplan tatsächlich erst gegen Ende des Krieges der Allgemeinheit bekannt wurde. Daß aber schon vor Beginn des Krieges Verhandlungen über einen eventuellen Korridor geführt wurden, wird durch einige Andeutungen von Masaryk und Benesch bestätigt. Masaryk versuchte, seine Bemühungen als unerheblich hinzustellen, denn „es war nicht mein Plan, aber viele von unseren Leuten und den Südslawen erwärmten sich dafür. Der enge, 200 km lange, die Magyaren vollständig isolierende Korridor zwischen Magyaren und Österreich schien mir nicht durchführbar“<sup>18</sup>). Diese Ausrede kann jedoch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er sich mit dieser Frage beschäftigte und mit anderen darüber sprach. Er gibt ja selbst zu, daß er, als er in Serbien war, einen Plan erhielt<sup>19</sup>), der die Möglichkeit eines Korridors aufzeigte und daß er davon wußte, daß Dr. Lorkovic, ein kroatischer Politiker, den Auftrag erhalten hatte, deswegen mit den Slowenen zu verhandeln und an die Vorbereitung einer ethnographischen Karte zu gehen, wobei er besonders die Bezirke Sdenburg und Wieselburg durchforschen sollte<sup>20</sup>). Masaryk trat dann auch mit Lorkovic in Verbindung und lud ihn sogar nach Prag ein, um mit ihm den Korridorplan zu besprechen. Lorkovic nahm die Einladung an und brachte das Ergebnis ihrer Aussprache wieder nach Agram zurück, wo er sich weiter mit diesem Problem beschäftigte<sup>20</sup>). Masaryks Interesse am Korridor ist also nicht erst während des Krieges entstanden, und wenn er so darzustellen versucht, als ob es nicht sein eigener, sondern der Wunsch anderer gewesen sei, so findet das seine Erklärung in der Art seines Vorgehens. Er wollte in dieser Frage nicht an der Spitze stehen, sondern „den Plan höchstens taktisch lancieren“<sup>20</sup>). Charakteristisch ist auch die Art, mit der er immer wieder versuchte, andere vorzuschieben — „Viele von unseren Leuten erwärmten sich dafür. An eine Verbindung denken einige. Es ist ein Antrag aufgetaucht“ —, um damit den Anschein zu erwecken, als ob er mit dem Plan nichts zu tun habe und sich damit nicht einverstanden erkläre. Demgegenüber steht aber die Tatsache, daß er, da er diese Besprechungen

18) Masaryk, Die Weltrevolution, S. 23.

19) Benesch, Aufstand der Nationen, III. Bd., S. 5.

20) Masaryk, Weltrevolution, S. 39.

bereits vor Kriegsbeginn führte, von der Möglichkeit der Verwirklichung des Korridors überzeugt sein mußte und nicht erst aus der Sphäre des Krieges und der damit bedingten seelischen Haltung dazu geführt wurde.

Gleichzeitig mit dieser Gruppe um Masaryk, der auch Benesch angehörte, beschäftigten sich rechtsstehende Kreise mit dem Korridor. Karl Kramarsch<sup>21)</sup>, der Führer der rechtsstehenden nationaldemokratischen Partei, verfaßte unter dem Datum des 7. Juni 1914 den Entwurf eines Slawischen Reiches, den er dem russischen Botschafter in Wien, Schebeko, übergab, der ihn an den russischen Außenminister Saffanow weiterleitete. Kramarsch war der Überzeugung, daß die Freiheit der Slawen der Donaumonarchie nur durch einen engen Anschluß an Rußland gewonnen werden könne. Dem entsprach auch sein Entwurf. Er dachte sich das Slawische Reich als einen Föderativstaat, an dessen Spitze der russische Zar stehen sollte. Dieses Reich sollte aus dem russischen Reich, dem polnischen Zartum, dem tschechischen Zartum, dem bulgarischen Zartum, dem serbischen und montenegrinischen Königreich bestehen. Uns interessiert an diesem Plan die räumliche Gestaltung, denn um dieses Reich aufrichten zu können, mußte Österreich-Ungarn zerschlagen werden. Österreich sollte nur mehr aus der nördlichen Hälfte der Steiermark und Kärntens, Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Nordtirol und Vorarlberg bestehen und zusammen mit Süd- und Westdeutschland unter der Herrschaft der Habsburger (!!!) ein katholisches Deutsches Reich bilden. Ungarn sollte auf Budapest und dessen deutsche Umgebung und den magyarischen Teil der Pusta beschränkt werden. „Es ist selbständig, aber durch den Einfluß der Umstände tritt es im Laufe der Zeit in gleiche Beziehungen zum Reich wie Rumänien und Griechenland“, die durch eine Militärunion an das Slawische Reich gebunden werden sollten. Dieser Entwurf ähnelte in vielem dem Staatenbund bei Danilewsky. Die Abgrenzung ist nahezu dieselbe, und was „durch den Einfluß der Umstände“ erreicht werden konnte, hätte sich nicht im mindesten von dem unterschieden, was Danilewsky erreichen wollte. In einem Punkte ist Kramarsch weitergegangen: er hat die Verbindung von Nord- und Südslawien in seinem Entwurf durchgeführt, Österreich von Ungarn durch den burgenländischen Korridor getrennt. Dieser Korridor hätte aus „Westungarn, vielleicht im Hinblick auf die stark nach Norden auslaufenden Reste kroatischer Bevölkerung bis

---

21) Kramarsch, Karl, Panlawist.



zur mittleren Donau, wo Serbien mit den Tschechen zusammenräfe“, bestanden<sup>22)</sup>. Die Grenze zwischen dem süddeutschen Reich und dem Korridor wäre in der Linie, wie sie durch die österreich-ungarische Grenze vom Jahre 1867 gegeben war, verlaufen. Im Osten sollte die Grenze des Korridors vom Zusammenfluß Großer und Kleiner Donau über Raab, Groß Kanisza bis zur Mündung Mur-Drau gehen. Kramarschs Entwurf zeigt zweierlei:

1. Er liefert einen weiteren Beweis, daß — abgesehen davon, daß die Zerreißung Deutschlands und Österreich-Ungarns, wie sie später auf Grund der Friedensdiktate durchgeführt wurde, als ein zu erstrebendes Ziel aufgestellt wurde — der burgenländische Korridor schon vor dem Kriege von den Tschechen in durchaus klarer und eindeutiger Weise als ein Teil der slawischen Westfront gesehen wurde.

2. Er gibt die erste, nach Gestalt und Größe bestimmte, kartographisch festgelegte Darstellung des Korridors, die wir nachweisen können, und stützt damit die Beweise, die für die Vorkriegspropaganda angeführt werden konnten.

---

22) Siehe Karte 1. Sie ist in der Zeitschrift „Volk und Reich“, 10. Jahrg., 1934, S. 889, dargestellt.

## Weltkrieg und tschechische Werbearbeit bei den Westmächten

Vor dem Kriege waren die Probleme, darunter auch das des burgenländischen Korridors, von einzelnen tschechischen und südslawischen Politikern mit der Losung: „Nicht radikal brüllen, nicht überflüssigerweise und vorzeitig sich in die Karten sehen lassen, sondern das Volk darauf vorbereiten, was kommt und sicher kommen wird, auch wenn wir noch nicht wissen, wann“<sup>1)</sup>, behandelt worden. Als nun das große Völkerringen hereinbrach, waren sie sich über ihre Arbeit im Klaren, denn sie brauchten nur dort fortzusetzen, wo sie in Friedenszeiten aufgehört hatten. Masaryk, der sich als Gelehrter und Politiker in den Feindbundstaaten einen Namen gemacht hatte, unternahm nach Beginn des Krieges den ersten Vorstoß in der Korridorfrage. Im Oktober 1914, als er zum drittenmal seit Kriegsbeginn nach Holland gekommen war, traf er sich in Rotterdam mit Seton-Watson<sup>2)</sup>, mit dem er die allgemeine politische Lage und im besonderen die der Tschechen besprach. Nach den Darlegungen Masaryks arbeitete Seton-Watson ein Memorandum aus, das er den Regierungen in London, Paris und Petersburg überreichte. Der Wortlaut dieses Schriftstückes ist nicht bekannt, doch läßt er sich aus dem Memorandum, das Masaryk im April 1915 dem englischen Außenminister Sir Eduard Grey übergab und das uns erhalten ist, erschließen. Denn beide Schriftstücke waren nach Masaryks Angaben inhaltlich gleich gehalten und das Memorandum des Jahres 1915 stellte nur eine Präzisierung dessen dar, was er im Oktober 1914 mit Seton-Watson kurz besprochen hatte<sup>3)</sup>. Das Memorandum des Jahres 1915<sup>4)</sup> forderte mit der Schaffung eines unab-

1) Senator Wenzel Křofac im „České Slovo“ vom 4. Dez. 1924 über die „revolutionären Vorbereitungen der Tschechen“.

2) Seton-Watson, englischer politischer Schriftsteller, beschäftigte sich in den Jahren vor dem Kriege mit den einzelnen Balkanproblemen, deren Lösung er in der Weise sich dachte, wie sie dann der Weltkrieg brachte. Während der Friedensverhandlungen trat er für die tschechischen und südslawischen Forderungen in der „Times“ ein.

3) Masaryk, Weltrevolution, S. 55.

4) Siehe auch Czákó, St., Wie entstand der Trianoner Friedensvertrag mit Ungarn? Budapest 1934, S. 41.

hängigen Böhmens auch die Verbindung mit Serbo-Kroatien. Setzen wir also die beiden Denkschriften von 1914 und 1915 als wesentlich gleich an, so ergibt sich, daß Masaryk schon in den ersten Kriegsmonaten neben anderem auch die räumliche Verbindung mit den Südslawen propagierte. Rußland äußerte sich gleich zu Beginn des Krieges als erster Staat zu dieser Forderung. In einem Kommentar der „Rußkoje Slovo“ zu dem Aufruf des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch an die Völker Österreich-Ungarns hieß es u. a. betreffs der Forderung der Tschechen nach einer Verbindung mit dem Meer: „Auf dem Wege zur Schaffung eines unabhängigen tschechischen Staates erhebt die Frage nach dem Ausgang der Tschechen zum Meer, eine Frage, die sich in den ethnographischen und historischen Grenzen der tschechischen Nation nicht lösen läßt“).

Masaryk war durch die Ereignisse der ersten Kriegsmonate in seiner Überzeugung bestärkt worden, daß von Rußland nicht viel zu erwarten war, sondern daß er das Schwergewicht seiner Werbung in die westlichen Staaten verlegen und von dort aus gegen die Monarchie arbeiten mußte. Im Dezember 1914 entschloß er sich, ins Ausland zu gehen. Vor seiner Abreise besprach er mit Benesch die Gesamtlage der europäischen Politik, gab Anweisungen und Verhaltensmaßregeln und, eingehend auf die Schwierigkeit, die sich einer Vereinigung der Südslawen entgegenstellen würden, wies er auf die Möglichkeit hin, Böhmen durch einen Korridor mit Jugoslawien zu verbinden<sup>6)</sup>. Es ist dies ein weiterer Beweis dafür, wieviel er sich für die Zukunft seines Volkes von einer Verbindung mit den Südslawen versprach.

Auf seiner Reise nach Italien machte er in Wien halt und traf sich mit Vorkovic, mit dem er schon vor dem Kriege Besprechungen wegen des Korridors geführt hatte. Vorkovic hatte die ihm übertragene Arbeit, über die kroatischen Siedlungsgruppen im Gebiet des eventuellen Korridors eine Karte und Statistik anzufertigen, ausgeführt und übergab sie nun Masaryk<sup>7)</sup>. In Rom traf Masaryk mit südslawischen Politikern, die entweder schon vor dem Kriege in Italien ansässig oder wie er erst nach Kriegsbeginn dorthin geflüchtet waren, zusammen, um mit ihnen ihre gemeinsame Arbeit zu besprechen. Das Haus des serbischen Gesandten Mihajlovic war der Ort ihrer nächtlichen Zusammenkünfte, bei denen sie über ihre künftige Arbeit Beratungen abhielten, wobei auch die Frage des Korri-

5) Ebenda S. 18.

6) Benesch, *Aufstand der Nationen*, S. 16.

7) Masaryk, *Weltrevolution*, S. 23.



dors erörtert wurde. Die Südflawen zeigten sich dafür sehr interessiert und sie beschloßen, den Plan in ihr Programm aufzunehmen. Nur Trumbic war zurückhaltend. Er hielt den Korridor für ungerechtfertigt und sah in ihm nur einen Gegenstand des Zwistes, der eher eine Schwächung als eine Stärkung ihrer Lage brachte. Überdies bot die Verwirklichung ihres Programms genug Schwierigkeiten und verlangte im Hinblick auf die kommende Auseinandersetzung mit Italien die Ausschaltung jeder Tätigkeit, die ihre Arbeit noch mehr erschwert und belastet hätte<sup>8)</sup>.

Deshalb ist es erklärlich, daß die Tschechen die Hauptverbearbeitung für den Korridor leisten mußten und sie auch geleistet haben. Masaryk aber stand darin an vorderster Stelle. Das, was bis Ende 1914 geleistet worden war, betrachtete er nur als Vorarbeit einer systematischen Werbung, deren wichtigster Teil erst nach der Übersiedlung in die Schweiz beginnen sollte. Im Jänner 1915 übersiedelte er nach Genf und nahm dort beständigen Aufenthalt. Von dort aus war es ihm möglich, die Verbindung zu bekannten Politikern der Feindbundsstaaten aufzunehmen und sie als Mittelspersonen zu den Alliierten Regierungen einzuschalten.

Im April 1915 überreichte er Sir Eduard Grey eine Denkschrift, in der er alle Gründe anführte, die nach seiner Meinung die Ursache des Krieges seien und die für eine Neuteilung Europas sprechen könnten. In dieser Denkschrift<sup>9)</sup> forderte er die Schaffung eines unabhängigen Böhmens und als das „Höchstmäß der böhmischen und serbo-kroatischen Wünsche“ bezeichnete er die „Verbindung Böhmens mit Serbo-Kroatien durch einen Landstrich an der Westgrenze Ungarns, der aus Teilen der Gespanschaften Preßburg, Sdenburg, Wieselburg und Eisenburg bestehen sollte“. Die Berechtigung dazu glaubte er darin zu sehen, daß, obwohl die Bevölkerung deutsch sei, beträchtliche kroatische Minoritäten in diesem Gebiet eingeschlossen seien und der Süden eine slowenische Bevölkerung habe. Die Übergabe dieses Gebietes sei, da bedeutende slowakische und serbo-kroatische Minoritäten Ungarn belassen würden, nur eine Gegenleistung und nicht als ungerecht zu bezeichnen. Der Korridor würde den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern erleichtern und hätte große militärische Bedeutung. Masaryk hob in dieser Denkschrift mit besonderem Nachdruck hervor, daß dieser Korridor die

8) Benesch, ebenso S. 39.

9) Übersetzung dieser Denkschrift in: K. F. Nowak, „Chaos“, S. 343.

slawische Barriere gegen Deutschlands Marsch nach Konstantinopel— Bagdad sei. Besonders England müßte daraus, daß Deutschland der Weg nach Asien versperrt sei und damit auch Ostafrika verloren gehe, große Vorteile ziehen.

Diese Art der Werbung blieb auch für späterhin charakteristisch. Masaryk brachte die angebliche Wichtigkeit und Nützlichkeit des Korridors mit den Interessen und Lebensbedingungen der einzelnen Völker, deren Regierungen er zu überzeugen versuchte, in Verbindung und suchte sie damit zu beeinflussen und zu gewinnen. Daß er dabei immer wieder auf einzelne Persönlichkeiten oder Gruppen, die er zu Trägern und Mittlern seiner Idee machte, angewiesen war, erklärt sich aus der unbedeutenden Grundlage, die ihm für seine Werbung zur Verfügung stand und die nur unter Zuhilfenahme aller Mittel ausgewertet werden konnte. Ein Beispiel dafür bietet die Karte, die Masaryk 1916 an die in den Vereinigten Staaten lebenden Tschechen schickte, um durch sie auf die amerikanische Öffentlichkeit einzuwirken. Es ist dies die Karte, „auf welcher T. G. Masaryk zum erstenmal die Grenze des künftigen tschechoslowakischen Staates eingezeichnet hat“<sup>10)</sup>. Für uns ist sie deshalb von besonderem Interesse, weil Masaryk auf ihr den Korridor dargestellt hat, und zwar als einen vom Norden nach Süden sich verengenden Vierkant, dessen Breite im Norden der Großen Schüttinsel entsprach und der sich nach Süden hin auf etwa 40 km verengte. Im Westen sollte die alte österreich-ungarische Reichsgrenze die Abgrenzung sein, die Ostgrenze sollte in einem Bogen über Raab, Esorna, Eisenburg, westlich von Zala-Egerzeg in südlicher Richtung zur Mur verlaufen. Masaryk war sich über die Zuteilung des Korridors nicht im Klaren, denn er warf die Frage auf, ob die Bevölkerung zu „Serbien oder ein Teil zu Tschechien, ein Teil zu Serbien“ gehören sollte.

Mit der gleichen Verbissenheit, mit der Masaryk für die Anerkennung und Verwirklichung seiner Pläne in den angelsächsischen Ländern warb, war Benesch, nachdem er im September 1915 aus Böhmen geflohen war, in Frankreich eingetreten. Auch er mußte sich erst mit Hilfe von Freunden die Grundlage schaffen, von der aus er seine Werbung wirksam gestalten konnte<sup>11)</sup>. Allerdings war in Frankreich die innere Bereitschaft, auf Benesch's Pläne einzugehen, bedeutend größer als in irgendeinem

10) Aus: „Cesky Svet“, Jahrg. 15, Folge 46/47, 1919. Siehe Karte 2.

11) Levée Mad.: „Les précurseurs de l'indépendance tchèque et slovaque à Paris“. Paris 1936.

anderen Lande. Dieser Einstellung trug die im Dezember 1916 herausgegebene Schrift „Détruisez l'Autriche-Hongrie“, in der er die Verbindung des tschechischen mit dem serbischen Gebiet forderte, Rechnung. Er erklärte in dieser Schrift, Franzosen und Tschechen müßten nach dem Kriege den wirtschaftlichen Kampf gegen Deutschland fortsetzen, und sie könnten dies nur dann tun, wenn aus Polen, Böhmen und Südslawien eine unüberwindliche Barriere im Osten Deutschlands gebildet würde. Diese sei aber erst dann unüberwindlich, wenn Böhmen und Südslawien durch einen Korridor, der die Deutschen und Magyaren trenne, verbunden seien. Man wird in dieser Schrift vergeblich nach einer geschichtlichen oder ethnographischen Begründung des Anspruches auf den Korridor suchen. Benesch fragte nicht danach. Auch die französische Öffentlichkeit nicht, an die die Schrift gerichtet war. Für sie wie für ihn war der Kampf gegen Deutschland gleichbedeutend mit Recht; jedes Mittel war gerechtfertigt, wenn es nur dem Zweck entsprach und zum Ziele führte.

Masaryk durfte nicht mit der gleichen Offenheit vorgehen. Einerseits aus Rücksicht auf jene Leserkreise, an die seine Schriften gerichtet waren, andererseits aber deswegen, weil seine Schriften meist den Charakter von Denkschriften hatten. In ihnen stellte er nicht nur Behauptungen auf, sondern suchte sie, wenn auch auf recht eigentümliche Art, zu beweisen. Das beste Beispiel bietet sein „Neues Europa“, in dem er alle Grundsätze darlegte, die seiner Politik als Grundlage dienten und zu ihrem Verständnis beitragen sollten. „Das neue Europa“ war 1917 und 1918, als Masaryk in Rußland die tschechischen Legionen organisierte, geschrieben worden, um den Legionären den Sinn des Krieges verständlich zu machen und sie für den Kampf für ihre staatliche Unabhängigkeit zu begeistern. Masaryk ließ diese Schrift 1918 in Buchform erscheinen und den maßgebenden Persönlichkeiten der Entente als „eine systematische Bearbeitung jener politischen Grundsätze, welche das Programm unserer auswärtigen Propaganda gebildet haben“, übergeben. (Masaryk in seiner Vorrede zur tschechischen Ausgabe, 1920.) Er hatte bei der Festlegung der einzelnen Forderungen auch den burgenländischen Korridor, dessen Berechtigung er aus der Geschichte abzuleiten und zu begründen versuchte, eingefügt. Während er jedoch auf der einen Seite mit dem Ton der Überzeugung die Begründung für den Korridor zu geben versuchte, erklärte er an anderer Stelle, daß bei einer wahren demokratischen Rekonstruktion Europas „die Nord- und Südslawen auch ohne diese Verbindung in ihrer Existenz“<sup>12)</sup>

12) Masaryk, Das neue Europa, S. 103.



gesichert seien. Um sich diesen Gegensatz zu erklären, braucht man nur an das zu denken, was schon erwähnt wurde (S. 27): Masaryk war vorsichtig. Er wählte diese Abschwächung, um sich die Möglichkeit des Rückzuges offen zu halten. Im Prinzip hielt er jedoch an der Forderung fest, selbst wenn er sie nur in Form einer Internationalisierung der Bahn von Preßburg zur Mur verlangte<sup>13)</sup>. Es besteht daher kein Zweifel, daß es Masaryk ernstlich darum zu tun war, den Korridor zu verwirklichen. Noch als Staatspräsident legte er durch seine Reden Zeugnis von seinem Willen ab und schrieb 1920 über den Wert seiner Ausführungen im „Neuen Europa“: „Heute würde ich manche Einzelheiten anders fassen, aber in grundsätzlichen Dingen würde ich dasselbe wie früher sagen.“ Das Buch ist ihm ein geschichtliches Dokument, das, weil es die Notwendigkeit des Korridors aus der geschichtlichen Entwicklung zu begründen versuchte, von uns als maßgebend angesehen und näher betrachtet werden muß.

Masaryk gibt zu Anfang seines Buches eine Darstellung des „Pan-germanismus“ und erklärt dann: „Deutschland war in seinen Anfängen (unter Karl dem Großen) nur bis an die Elbe und die Saale deutsch, der übrige östliche Teil, der ursprünglich slawisch war, wurde im Laufe der Jahrhunderte gewaltsam germanisiert und kolonisiert (S. 21). Deutschland und ganz besonders Preußen haben gegen den Osten gedrängt ... Die Habsburger haben während ihrer langen Herrschaft über Deutschland deutsche Politik getrieben, und ihr Trachten war ebenso gegen den slawischen Osten und Süden gerichtet. Sie unterdrückten die Tschechen und Slowaken (S. 61). Doch es gelang den Tschechen, dem deutschen Ansturm zu widerstehen, und die Tschechen behaupten sich gegen die Deutschen seit dem 7. Jahrhundert, seit der ersten Gründung ihres Staates bis zum heutigen Tag (S. 90). Die tschechoslowakische Nation hat gleich in ihren Anfängen gegen Deutschland und Österreich eine bedeutende Kraftentfaltung gezeigt; der erste tschechische Staat (Samo im 7. Jahrhundert) erstreckte sich gegen Süden bis zum slowenischen Territorium, und das Groß-Mährische Reich reichte im Süden auch bis zu den Jugoslawen (S. 91). Die Jugoslawen sind im Süden dasselbe, was die Tschechoslowaken und Polen im Norden — ein Damm gegen die deutsche und magyarische Angriffslust. Den Jugoslawen sind die Slowaken jetzt nicht benachbart, aber einstens grenzten die Slowaken direkt an sie, bis der Einfall der Magyaren in das gewesene Pannonien die beiden Völker trennte; jetzt reichen nur slowakische Däsen bis zu den Serben und es gibt tschechische Kolonien in Kroatien (S. 114).

13) Masaryk, Das neue Europa, S. 138.

Und es darf nicht vergessen werden, daß es auch bedeutende tschechische Minoritäten in Niederösterreich und insbesondere in Wien (eine halbe Million) gibt (S. 102). Manche tschechische und jugoslawische Politiker weisen auf die Möglichkeit hin, die Slowaken mit dem Jugoslawischen Reiche zu vereinigen: das in Ungarn längs der österreichischen Grenze sich erstreckende Gebiet hat einmal zu Böhmen, Mähren und zur Slowakei gehört; gegenwärtig ist es deutsch und teilweise magyarisches, aber es gibt dort auch slowenische und kroatische Minoritäten; dieses Gebiet würde, wenn es im Norden an die Slowakei, im Süden an Jugoslawien angegliedert würde, die Nord- und Südslawen miteinander verbinden (S. 103). Es ist auch ein Antrag aufgetaucht, die Slowakei mit Jugoslawien durch einen Korridor zu verbinden; er würde bei Preßburg beginnen und sich längs der niederösterreichischen und steiermärkischen Grenze bis zur Mur hinziehen; . . . dieser Korridor könnte, sofern er dem tschechoslowakischen oder jugoslawischen Staate zufließe, internationalisiert werden (S. 138).“

Masaryk sah das Ziel des Krieges in der Niederringung Deutschlands, Österreich-Ungarns und in der Errichtung einer slawischen Barriere gegen den „Pangermanismus“. Diese von der Ostsee bis zur Adria reichende Barriere glaubte er damit begründen zu können, daß sich einst Samo's Reich und das Groß-Mährische Reich über dieses Gebiet erstreckten, und daß es einmal zu Böhmen, Mähren und zur Slowakei gehörte. Masaryk griff damit Besitzverhältnisse auf, die es tatsächlich einmal gab, die aber weder den Beginn noch das Wesentliche der geschichtlichen Entwicklung dieses Gebietes wiedergeben. Er nimmt den Zeitpunkt, in dem die slawischen Völker am weitesten nach Westen vorgeedrungen waren (7.—9. Jh.), als ursprünglich an und leitet davon, ohne die anderen Völkerstämme, die vorher auf diesem Gebiete siedelten, zu erwähnen, das Besitzrecht ab.

Damit wendet Masaryk eine Geschichtsbetrachtung an, die jede geschichtliche Entwicklung leugnet und an ihre Stelle einen einmaligen Zustand setzt, die der Phantasie ungeahnten Spielraum läßt und Träumereien vor die Wirklichkeit stellt. Was würde Masaryk sagen, wenn das deutsche Volk auf alle jene Gebiete Anspruch erheben würde, die einst von germanischen Stämmen besiedelt wurden oder die einst zum Deutschen Reiche gehörten? Wie würde sich das auswirken, wenn alle Völker in gleicher Weise handeln und das verlangen würden, was ihnen einst gehörte und auf das sie Anspruch zu haben glauben? Ein Kampf Aller gegen Alle,

ein Chaos wäre die Folge. Ob Masaryk sich dies überlegte, als er zu dieser unmöglichen Beweisführung griff? Scheinbar nicht, denn sonst hätte er versucht, „Beweise“ anzuführen, die einen größeren Grad der Wahrscheinlichkeit für sich gehabt hätten.

Wie verhält sich nun Samos Reich, das Groß-Mährische Reich, ihre Entstehung, Dauer und die Zeit ihres Bestehens zu dem, was Masaryk anführte? Sind die kroatischen und slowenischen Siedlungsgruppen im Burgenland bzw. Westungarn die Nachkommen der Bevölkerung jener Reiche?

Die Geschichtsquellen, die über die Besiedlung Westungarns Aufschluss geben, gehen bis in die ersten vorchristlichen Jahrhunderte zurück und weisen auf eine illyrische Bevölkerung hin. Mit dem Vordringen der Römer an die Donau trat das Land in den Machtbereich des römischen Imperiums. Das heutige Burgenland war als westlicher Teil Pannoniens ein wichtiges Durchzugsland für den Nord-Südverkehr, bis der Einbruch der Hunnen das Land aus dem römischen Macht- und Kulturkreis riß und ganz Pannonien zum Mittelpunkt des Hunnenreiches machte. Von hier aus führte dies Reitervolk seine Raubzüge nach Westen und Südwesten, bis ihm die Streitmacht des Abendlandes entgegentrat und seinen Angriffen ein Ende machte. Mit Attilas Tod brach das Reich zusammen und germanische Stämme zogen darüber hinweg. Goten, Vandalen, Langobarden usw. verließen ihre Wohnsitze an der Weichsel, Oder, Elbe und zogen nach Süden. In die von ihnen aufgelassenen Gebiete, die zwar nicht ganz von ihren Stammesgenossen verlassen worden waren, drangen nach und nach die aus dem Osten andringenden Slawen ein und begannen sich anzusiedeln. Diese slawische Einwanderung ging im Westen im Gebiet der Oder und Elbe rascher vor sich als in südwestlicher Richtung gegen die Adria. Das hatte seinen Grund darin, daß die germanischen Stämme zum Teil in das heutige Rumänien und Ungarn eindrangten, sich für einige Zeit dort niederließen und damit den slawischen Zuzug verzögerten. Im Jahre 456 hatten sich die Ostgoten im Pannonischen Raum einen Staat gegründet; zu Beginn des 6. Jhs. (505—568) errichteten die Langobarden ihr Reich um den Neusiedlersee. Als nun diese Stämme, die sich in Ungarn und östlich davon bis zum Schwarzen Meer niedergelassen hatten, wieder aufbrachen und ihre Wanderung aufnahmen, war für die nachrückenden Slawen Platz geworden: die große slawische Einwanderung in die ungarische Donauebene, auf die Balkanhalbinsel und in die Alpen begann. In der zweiten Hälfte des 6. Jhs. kam, von den Avarn



vor sich hergeschoben, ein weiterer Zug von Slawen, die nun tief in die Alpen bis ins Quellgebiet der Mur und der Drau vorstießen. Die Avaren aber ließen sich in Pannonien nieder, einen feindlichen Block auf den Zuzwangerungsstraßen der Slawen bildend, der den weiteren Zuzug der Slawen in die Alpen hinderte und zwischen die Slawen im Norden und Süden einen Kiegel legte. Die Avaren begnügten sich nicht mit der Herrschaft über Pannonien, sondern dehnten sie auf die umliegenden slawischen Stämme aus und machten sie tributpflichtig. Nach schwächlichen Versuchen, sich dieser Unterdrückung zu entziehen, gelang es im Jahre 623 dem fränkischen Kaufmann Samo die Herrschaft der Avaren abzuschütteln, die Führung an sich zu reißen und ein slawisches Reich zu gründen. Die Annahme, Kärnten oder Böhmen sei der Mittelpunkt dieses Reiches gewesen, ist ebenso ungewiß wie dessen Größe und Ausdehnung. Sicher ist, daß sich dieses Reich nicht auf einen Stamm stützte, daß es kein einheitliches Volkstum zur Grundlage hatte, sondern von mehreren Stämmen getragen wurde, die nur durch die starke Führerpersönlichkeit Samos zusammengehalten wurden. Als Samo starb (660), brach auch das Reich nach kaum 40jährigem Bestand zusammen und die einzelnen Stämme kamen wieder unter die Botmäßigkeit der Avaren. Masaryk nannte dieses Reich, das von so kurzer Dauer war, den ersten tschechischen Staat<sup>14)</sup> und schloß daraus auf das Vorhandensein einer „tschechoslowakischen Nation“, um damit den Anspruch auf den Korridor zu begründen. Es ist dies aber eine völlig abwegige Geschichtsauffassung, denn es gab im 7. Jh. weder einen tschechischen Staat noch eine tschechoslowakische Nation. Die tschechoslowakische Nation ist erst eine Weltkriegserfindung des Dr. Benesch.

Nicht anders ist es mit dem Hinweis, daß dieses Gebiet einmal zu Böhmen, Mähren und zur Slowakei gehörte. 791 war Karl der Große donauabwärts gegen die Avaren gezogen und bis zur Mündung der Raab vorgestoßen, längs der er dann nach Pannonien einrückte. 795 vernichtete Erich von Friaul den „Avarenring“, 796 zog Karls Sohn Pippin von Italien aus gegen die Avaren, um die letzten Widerstände in der von Karl errichteten avarischen Mark auszurotten<sup>15)</sup>. Bayrische Siedler kamen in das Land, mit ihnen aber auch Slawen, die von den Avaren in die Randgebiete der Ostalpen zurückgedrängt worden waren, so daß die Lücke, die

14) Masaryk, Das neue Europa, S. 91.

15) Hauptmann, Ludwig, Politische Umwälzungen unter den Slowenen, S. 268.

zwischen den Slawen durch das Eindringen der Awaren entstanden war, wieder ausgefüllt wurde. Unter Ludwig dem Frommen wurde der slawische Fürst Pribina mit einem Lehen an der Zala belehnt. Die Größe dieses Lehens kennen wir nicht, wahrscheinlich jedoch ist, daß es „von der Raab bis an die Drau“ reichte<sup>16)</sup>. Damit wäre zum erstenmal zwischen Gebirge und Steppe die Verbindung von Böhmen und Mähren mit den Kroaten und Slowenen hergestellt gewesen. 870 entstand das von Masaryk angeführte, unter fränkischer Schutzherrschaft stehende Groß-Mährische Reich unter dem Mährerfürsten Zwentibald (Swatopluk). Die genaue Ausdehnung dieses Reiches ist wiederum nicht bekannt. Es war von kurzer Dauer, denn 895/96 drangen die Magyaren über die Karpathen vor, nahmen die Donau-Theiß-Ebene in Besitz, stießen von hier aus gegen Westen vor und schoben sich wie ein Keil zwischen die Slawen, sie für immer in Nord- und Südslawen scheidend. Die slawische Bevölkerung des eroberten Gebietes wurde vernichtet, nur die am westlichen Rande des Magyarischen Reiches wohnenden Slawen blieben vor dem Untergang bewahrt. Sie waren aber gezwungen, gegen die sie bedrängenden Magyaren bei den Bayern Anschluß zu suchen, wodurch das Eindringen deutscher Kultur und deutschen Volkstums begünstigt wurde. Dies führte zu einem langsamen Aufbauprozess, der im späten Mittelalter die letzten Reste der zwischen Deutschen und Magyaren siedelnden Slawen tilgte. Zu Beginn der Neuzeit gingen die letzten Nachkommen dieser im ersten Jahrtausend eingewanderten Slawen unter.

Ebenso unhaltbar wie Masaryks Behauptung, zwischen dem Reich Samojs und dem heutigen tschechischen Nationalitätenstaat bestehe ein Zusammenhang, ist sein Versuch, das Groß-Mährische Reich als Vorläufer des heutigen Staates hinzustellen. Das Groß-Mährische Reich zerfiel 905/906 unter dem Ansturm der Magyaren und steht in keinem Zusammenhang mit der im 10. Jh. sich anbahnenden Entwicklung Böhmens, das durch die Einigung einzelner Fürstentümer entstand. Böhmen ist nicht der Rechtsnachfolger dieses Reiches und der Anspruch auf das Gebiet des Korridors deshalb völlig unberechtigt.

Wie lassen sich nun Masaryks Behauptungen, slowakische Dasen reichen bis zu den Serben, tschechische Kolonien befänden sich in Kroatien, slowenische und kroatische Minoritäten in Westungarn, erklären? Daß

16) Lehmann, Zur historisch-politischen Geographie v. Österr.-Ung., Mitt. d. Geogr. Ges. Wien 1919, S. 162.

Slowenen und Kroaten im ehemaligen Westungarn siedelten, ist nicht zu bestreiten. Die Frage ist nur, wie stark diese Minderheiten und welcher Abkunft sie waren, nachdem doch die Nachkommen der ursprünglich eingewanderten Slawen ausstarben. Masaryk hütete sich, darüber irgendwelche näheren Angaben zu machen. Er wußte, daß allgemein gehaltene Hinweise weit besser den Anschein eines berechtigten Anspruches erwecken konnten als das Aneinanderreihen von bestimmten Zahlen, die nicht überzeugen, sondern eher in das Gegenteil umschlagen konnten. Denn vergleichen wir die Zahl der in dem von Masaryk beanspruchten Gebiet siedelnden Kroaten, Slowenen usw. mit der Zahl der Deutschen und Magyaren, so ergibt dies ein Verhältnis, das in keiner Weise mit dem übereinstimmt, was wir nach Masaryks Angaben erwarten mußten. Nach der Darstellung des Korridors nach der Karte, die Masaryk 1916 den Tschechen nach Amerika geschickt hatte, sollte sich der Korridor von der Donau zur Mur hinziehen und aus Teilen der Komitate Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg und aus den Kreisen Alsöldwa und Kanisza des Komitates Zala bestehen. Zum Vergleich der Bevölkerungszahlen der Komitate müssen wir, da sich eine genaue Abgrenzung des Korridors nicht ermitteln läßt, die Gesamtzählung heranziehen. Sehen wir uns nach den slowakischen Däsen und der Zahl ihrer Bevölkerung um, so betrug im Jahre 1910 für das gesamte Gebiet nur 1429 Slowaken. Die slowenische Minderheit faß im Komitat Eisenburg (50 498) und im Bezirk Alsöldwa (21 604). Das Komitat Preßburg, das Masaryk im Jahre 1915 in seinem Memorandum an den englischen Außenminister noch für den Korridor verlangte, ist auf der Karte vom Jahr 1916 bereits als ein Teil der Slowakei eingezeichnet und daher in diese Zählung nicht mit einbezogen.

Als dritte Gruppe betrachten wir nun die kroatische Minderheit, die sich bis heute im Burgenland erhalten hat. Sie hat mit der slowakischen Bevölkerung des frühen Mittelalters, die im Verlauf der Jahrhunderte bis zu Beginn der Neuzeit völlig im Deutschtum oder Magyarentum aufgegangen war, nichts zu tun, sondern stellt die Nachkommenschaft jener Kroaten dar, die im 16. Jh. vor den Türken aus Slawonien flohen und auf westungarischem Boden angesiedelt wurden. Der Verwüstungsfeldzug der Türken im Jahre 1529 hatte Westungarn arg verwüstet und unter der Bevölkerung große Lücken gerissen, so daß es notwendig war, diese wieder aufzufüllen. Geflüchtete und herbeigerufene Kroaten wurden von den Gutsherren angesiedelt, und zwar hauptsächlich an den Durchzugsstraßen, wie Preßburg, Ödenburg, Wiesel-



selburg, auf denen die Türken vorgerückt waren. Der letzte Türkensturm auf Wien (1683) zog das Land wieder stark in Mitleidenschaft, neue Ansiedler mußten herbeigerufen werden. Noch 1686 wurde ein Inpopulationspatent<sup>17)</sup> erlassen, in dem allen „Männiglichen, deme solches zu wissen vonnöten ist, aller Orten, inn und außer Lands zu vernehmen gegeben, wasgestalt höchstgedachte kaiser u. königliche Majestät . . . allergnädigst entschlossen, alle und jede was Stands, Nation und Religion inn und außer Land die seynd, welche sich in gedachten Königreich Hungarn und demselben angehörigen Landen häuslich nieder zu lassen Lust und Sinn haben, sowohl in Städten als auf dem Land für freie Bürger und Untertanen“. So entstand eine Kette von kroatischen Siedlungen, die zeitlich verschieden angelegt, von slowakischem Volksboden bis zum slowenischen im Süden reichte. Szornig nannte sie in seiner „Ethnographie der österreich-ungarischen Monarchie“ einen „Archipel, welcher Nord- und Südslawen verbindet“<sup>18)</sup>.

Im Jahre 1910 wurden in dem von Masaryk geplanten Korridorgebiet 55 502 Kroaten gezählt<sup>19)</sup>. Diesen standen 278 463 Deutsche und 450 774 Magyaren gegenüber. Es ist bezeichnend für die Geisteshaltung und Überheblichkeit der Tschechen, daß sie sogar aus diesem Verhältnis von Mehrheit und Minderheit das Recht auf den Korridor abzuleiten wagten. Es ist damit nicht gesagt, daß wir diese slawische Minderheit leugnen oder ihr Recht irgendwie schmälern wollten. Es ist selbstverständlich, daß auch ihr das Recht zustand, selbst über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden. Hätten die Kroaten einmal den Wunsch geäußert, sich einem slawischen Staate anzuschließen, so wären sie berechtigt gewesen, die Überprüfung dieses Wunsches zu fordern. Sie haben es ernstlich jedoch

17) Ungarisches Reichsarchiv Budapest: Acta publ. Fasc. 33 N. 15 (veröffentlicht in den Süddeutschen Monatsheften Jahrg. 27, 2, 1930, S. 761).

18) Szornig, Ethnographie der österr.-ung. Monarchie 1857, 2. Bd.

19) Winkler, W., Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschland, charakterisiert das zur Genüge bekannte System der ungarischen „Volkszählung“ auf S. 105: „Unter Muttersprache war dabei diejenige Sprache verstanden, die der Befragte als die feine einbekennt und am liebsten spricht“, S. 107. „Sehr auffallend und kaum methodischen Verschiedenheiten zuzuschreiben sind dagegen die Unterschiede bei den Magyaren, Deutschen und Slowaken. Es ergibt sich aus ihnen mit ziemlicher Sicherheit, daß bei der Volkszählung von 1910 die Zahl der Magyaren auf Kosten derjenigen der Deutschen und Slowaken ungerechtfertigterweise erhöht wurde.“ Damit ergibt sich auch für die Zahlenangaben dieser Arbeit kein absoluter Wert, da es aber außer den ungarischen Statistiken keine anderen aus der damaligen Zeit gibt, ist eine andere Vergleichsmöglichkeit nicht vorhanden.

nie getan, da sie wußten, daß sie durch ihr jahrhundertlanges Leben auf deutschem Volksboden Westungarns zu einem Menschenschlag geformt worden waren, der sich in seinem Charakter von den übrigen Kroaten und Slawen schied; sie standen der deutschen Kultur näher als irgendeiner slawischen und wußten die Vorteile zu schätzen, die sich aus dieser Gemeinschaft ergaben. Wegen ihrer Lage wäre für sie der Anschluß an einen slawischen Staat kein Fortschritt, sondern eher ein Zurücktreteten in schlechtere Lebensbedingungen gewesen. Wenn sie sonach ihre Zukunft mehr vom wirtschaftlichen als vom nationalen Standpunkt aus entschieden wissen wollten, so war das durchaus gerechtfertigt. Denn auch die Tschechen und Südslawen erwarteten vom Korridor in erster Linie eine Stärkung ihrer machtpolitischen Stellung. War nun auch noch eine nationale Minderheit da, auf die sie sich berufen konnten, so konnte es ihnen nur recht sein. Notwendig war dies jedoch nicht, und wenn sie es taten, so war es nur ein willkommenes Mittel zur Verschleierung ihres Machtstrebens. Nie hatten Masaryk und andere slawische Politiker das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Begründung ihrer Forderung in den Vordergrund gestellt oder gar als alleinigen Grund angegeben. Sie konnten es nicht tun, da es schlecht zu ihrem Vorhaben gepaßt hätte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche in den ihnen fremden Nationalitätenstaat zu zwingen.

Zur Zeit, als Masaryk am „Neuen Europa“ schrieb, war die Existenz des künftigen tschechischen Staates noch gar nicht gesichert. Keine der alliierten Mächte wollte sich in einer so schwerwiegenden Entscheidung zuerst zu einer klaren Stellungnahme entschließen. Lloyd George hatte am 5. Januar 1918 das Selbstbestimmungsrecht der Nationen proklamiert<sup>20)</sup>, sich für die Autonomie der Nationalitäten ausgesprochen, eine Zertrümmerung Österreich-Ungarns aber abgelehnt. Auch in Wilsons 14 Punkten vom 8. Januar 1918 war nur das Recht autonomer Entwicklung für die Völker Österreich-Ungarns gefordert. Das war weit weniger, als Masaryk, Benesch und andere durch ihre Arbeit erreicht zu haben glaubten. Masaryk beschloß, bei Wilson die Entscheidung zu suchen, dessen Ansichten über Österreich-Ungarn zu beeinflussen und ihn für seine Pläne zu gewinnen. Im April 1918 traf er in den Vereinigten Staaten ein. Durch Lanfings Vermittlung erhielt er Zutritt zu Wilson, den er zu überzeugen versuchte, daß Österreich-Ungarn zertrümmert werden mußte; denn „solange Österreich bestehen wird, hat das preußische Deutschland eine Brücke zum Bal-

---

20) Lloyd George auf dem Londoner Gewerkschaftskongress.

kan und zur Türkei, also zu Asien und Afrika“<sup>21</sup>). Ist Österreich-Ungarn aber aufgelöst, dann „werden die Deutschen und Magyaren von slawischen und romanischen Völkern umringt sein“<sup>22</sup>). Masaryks Haßgesänge auf das „beutegierige“ Deutschland verfehlten ihre Wirkung nicht. Im Laufe des Sommers 1918 änderte Wilson seine Ansichten und willigte in die Zertrümmerung Österreich-Ungarns ein. Am 2. September 1918 anerkannten die Vereinigten Staaten den tschechoslowakischen Nationalrat in Paris als Regierung de facto<sup>23</sup>). Der erste Schritt zur staatlichen Selbstständigkeit war getan. Ob Masaryk bei diesen Besprechungen im Weißen Haus die Forderung nach einer Verbindung mit Südslawien genau festlegte, läßt sich nicht nachweisen; sicher jedoch ist, daß er einen Zugang zum Meere verlangte. Denn aus einem Memorandum, das Lansing am 21. Oktober 1918 für kommende Friedensverhandlungen als Richtlinien festlegte<sup>24</sup>), geht u. a. hervor, daß „ein unabhängiger Staat, entweder Einheitsstaat oder Bundesstaat, bestehend aus Böhmen, der Slowakei und Mähren (und vielleicht einem Teil aus Schlesien) und im Besitz eines internationalen Wegerechts zu Lande oder zu Wasser nach einem freien Hafen“ zu schaffen wäre. Der Hinweis auf das „Wegerecht zu Lande“ läßt vermuten, daß zumindest Lansing über den Korridor unterrichtet war, wobei aber zugegeben werden muß, daß das Wegerecht auch auf eine Bahnlinie bezogen sein konnte. Das Memorandum selbst läßt eine Entscheidung, ob es sich beim Begriff „Wegerecht zu Lande“ um eine Bahnlinie oder einen Gebietstreifen als Zugang zum Meere handelte, nicht zu. Mit größter Wahrscheinlichkeit kann jedoch angenommen werden, daß darunter eine territoriale Verbindung mit Südslawien und dem Meer gemeint war.

Die Vereinigten Staaten hatten den tschechoslowakischen Nationalrat in Paris als Regierung de facto anerkannt, ohne aber über das Staatsgebiet nähere Zusagen zu geben. Benesch wollte nun mit Frankreich, das durch den russischen Zusammenbruch, die deutsche Frühjahrsoffensive und durch das Bestehen einer handlungsfähigen tschechischen Armee in Rußland müde gemacht worden war, einen Vertrag abschließen, der den neuen Staat anerkennen, gleichzeitig aber auch die Grenzen des künftigen Staates und sein Territorium festlegen und die einzelnen Gebietsteile auf-

21) Masaryk an Lansing, Juni 1918, in: Benesch, Dokumente, Nr. 124, S. 364.

22) Masaryk an Wilson, 31. Aug. 1918, ebenda Nr. 152, S. 419.

23) Benesch, Aufstand, S. 588.

24) Lansing, Die Versailler Friedensverhandlungen, Berlin 1931, S. 415.



zählen sollte. Wenn es nun im Abkommen zwischen Frankreich und der tschechischen Auslandsvertretung vom 10. September 1918 heißt: „... die Regierung verpflichtet sich, den Nationalrat als in Frankreich niedergelassene Regierung de facto auch weiter in der Erreichung der Freiheit und der Erneuerung des unabhängigen tschechoslowakischen Staates in den Grenzen seiner ehemaligen historischen Länder zu unterstützen<sup>25)</sup>, so war damit die Aufzählung einzelner Gebietsteile abgelehnt und nur ein allgemein gehaltenes Versprechen, die Grenzen der „ehemaligen historischen Länder“ schaffen zu helfen, gegeben worden. Es wäre aber falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß dies eine Einschränkung der tschechischen Forderungen bedeutete, sondern wir müssen eher das Gegenteil annehmen. Masaryks „Neues Europa“ ist der Beweis dafür, daß der Begriff des Historischen von den Tschechen so verstanden wurde, daß damit allen Gebietsforderungen der Anschein des Rechts gegeben werden konnte. Die gleiche Auslegung war auch durch die Formulierung dieses Abkommens geboten, denn sie ließ die Geltendmachung aller Ansprüche, die irgendwie einen „ehemaligen Zustand“ wiederherstellten, zu. Da nun der Korridor von Masaryk und von Benesch als zu den „ehemaligen historischen Ländern“ gehörig bezeichnet wurde und Frankreich sich vertraglich verpflichtet hatte, die Tschechen bei der Wiederherstellung der „historischen Länder“ zu unterstützen, war Frankreichs Hilfe für die Schaffung des Korridors gesichert. Benesch sorgte dafür, daß die Aktivisten in der Heimat davon erfuhren. Er ließ ihnen mitteilen, daß das Geschick der Monarchie bereits entschieden sei und daß die politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Tschechoslowakei außer Frage stünde<sup>26)</sup>. Um aber mit allen Forderungen durchzudringen und vor allem eine genaue Festlegung des Staatsgebietes erreichen zu können, mußten die Politiker in der Heimat durch die Tat beweisen, daß sie hinter der Politik der Auslandsrevolutionäre stünden und sie guthießen; sie mußten mit ihren Plänen und Forderungen in die Öffentlichkeit treten, um so den Verbündeten die Einheit des Wollens der Inlands- und Auslandsrevolutionäre zu zeigen.

Bis in den Sommer 1918 hatten die Inlandsrevolutionäre nichts in die Öffentlichkeit getragen, was darauf schließen ließe, daß auch sie für den Korridor einzutreten gewillt waren. Als aber am 8. August 1918 den Alliierten der erste entscheidende Durchbruch an der Westfront gelang und die deutsche Heerführung gezwungen war, die Truppen zurückzunehmen,

25) Benesch, *Aufstand*, S. 562.

26) Benesch, *Aufstand*, S. 569.

war für sie der Augenblick des Handelns gekommen. Offen traten sie mit ihren Plänen hervor. Dr. Setel, der Führer der Wiener Tschechen, erklärte in einem Vortrag in Prag, die Tschechen in Wien bildeten „die kulturelle und wirtschaftliche Brücke des slawischen Nordens mit dem slawischen Süden — vom Baltischen Meer bis zur Adria<sup>27)</sup>. Damit war das Stichwort und der Anstoß für die tschechische Presse gegeben, und sie griff den Korridor Gedanken auf und brachte ihn in Form von Diskussionen in die Öffentlichkeit<sup>28)</sup>. Und als am Balkan die Offensive der Alliierten unter der Führung des Generals Franchet d'Espèray am 27. September den bulgarischen Widerstand brach, verlor die österreich-ungarische Monarchie ihren letzten Halt. Die bisher im Verborgenen wirkenden, auseinanderstrebenden Kräfte brachen vollends durch und rissen die letzten Schranken nieder. Triumphierend trug das Slaventum seine Angriffe bis in den Reichsrat vor, denn gefallen war, was einst stark gewesen schien. Hasserfüllt griff der tschechische Abgeordnete Stanek in der Sitzung des Reichsrates vom 2. Oktober 1918 die Monarchie an und forderte mit den Worten: „Wir wollen die Front der drei slawischen Staaten von Danzig über Prag zur Adria ... Ein freies Südslawien, ein unabhängiges Großpolen und ein tschechoslowakischer Staat sind im Entstehen begriffen ... Schulter an Schulter in e i n e Kampffront gestellt“<sup>29)</sup>, den Korridor. Das, was einst vor dem Kriege geplant, besprochen und während der Kriegsjahre in den Feindbundstaaten propagiert worden war, stand nun vor den Vertretern des Reiches und drängte auf Erfüllung.

Die Saat des Hasses, die die slawischen Politiker in die Herzen ihrer Völker gesenkt hatten, brachte reichliche Früchte. Immer mehr und mehr slawische Regimenter weigerten sich, weiterzukämpfen und gefährdeten damit das gesamte Heer und die Monarchie. Krampfhaft versuchte die Wiener Regierung zu retten, was es noch zu retten gab. Um die tschechische Auslandaktion von ihrer der Monarchie schädlichen Tätigkeit abzuhalten und sie für sie zurückzugewinnen, gab die Wiener Regierung einigen tschechischen Politikern die Erlaubnis, ins Ausland zu reisen, mit dem gleichzeitigen Auftrag, Benesch und andere Politiker in einem für die Monarchie günstigen Sinne zu beeinflussen. Daß dieser Antrag gegenseitig ausgeführt werden könnte, schien die Regierung nicht zu bedenken; sie sah nicht den Freiheitskampf der Völker, sondern nur die bedrohte Herrschaft,

27) Berka, Günt., Die tschechische Irredenta in Deutschösterreich, S. 2, Aug. 1918.

28) Widenfsky Dennik, 5. Sept. 1918, 6. Okt. 1918.

29) Neue Freie Presse, Wien, 3. Okt. 1918.

zu deren Rettung ihr jedes Mittel recht war, wenn es nur irgendwie zum Erfolg zu führen schien. Kramarsch, Samal u. a. fuhren in die Schweiz und trafen sich am 28. Oktober in Genf mit Venesch. Die Zusammenkunft wurde dazu ausgenützt, zwischen den Führern der Auslandsaktion und den tschechischen Inlandspolitikern Klarheit zu schaffen und eine allgemeine Arbeitslinie festzulegen. In den Unterredungen wurde das Hauptgewicht auf die Erörterung der politischen Lage, die Ordnung des künftigen Staates und die Waffenstillstandsbedingungen für Österreich-Ungarn gelegt<sup>30)</sup>. Die tschechischen Heimatdelegierten wiesen darauf hin, daß es in der Zeit der Machtübernahme zu Unruhen kommen könnte und daß es ratsam sei, bei den Alliierten um die Absendung von Truppen vorstellig zu werden, um etwaige Unruhen zu unterdrücken und Gebiete, die der Gefahr der Besetzung durch deutsche Truppen ausgesetzt wären, zu besetzen. Als bedrohliches Gebiet bezeichneten die Delegierten auch den Korridor und forderten Venesch auf, von den Alliierten dessen Besetzung zu verlangen<sup>31)</sup>.

Am 28. Oktober war die österreich-ungarische Heeresleitung an das italienische Heereskommando mit dem Ersuchen um Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen herangetreten. Am 31. Oktober verhandelte der Oberste Kriegsrat darüber, und am 1. November wurden die Bedingungen der österreich-ungarischen Heeresleitung überreicht. Sie lauteten: Bedingungslose Kapitulation, Besetzung wichtiger strategischer Punkte, Zulassung alliierter Truppen auf dem ganzen Gebiete der Monarchie. Die Bedingungen bauten sich auf der Annahme auf, daß Deutschland weiterkämpfen werde und daß es daher notwendig sei, über Österreich und Böhmen von Südosten her den Angriff gegen Deutschland zu führen und Böhmen als Stützpunkt für den Marsch auf Berlin auszubauen. Um diesen Stützpunkt ausbauen zu können, war es dringend geboten, die Verbindung nach dem Süden nach der Adria herzustellen. Die in den von den Alliierten ausgearbeiteten Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Forderungen deckten sich also weitgehend mit den von den Tschechen in Genf gefaßten Beschlüssen, und Venesch konnte hoffen, den Korridor von den Alliierten zugebilligt zu erhalten. Berthelot, dem er am 1. November über die Genfer Beschlüsse mündlichen Bericht erstattete, vermittelte ihm die Einladung zu den Sitzungen der Hauptmächte und des Obersten Militärates. Am 2. November forderte Venesch in der Sitzung der Großmächte

30) Venesch, *Aufstand*, S. 607.

31) *Ebenda*, S. 617.



im Rahmen der Besetzung strategisch wichtiger Punkte die Besetzung des Korridors. Marschall Foch sprach sich am 4. November für die von Benesch vorgebrachten Forderungen aus, da sie in den von ihm gegen das Deutsche Reich ausgearbeiteten Aufmarschplan paßten, so daß der Oberste Militär- rat den Beschluß faßte, den Tschechen eine Verbindung nach Triest zuzusichern<sup>32)</sup>.

---

32) Benesch, *Aufstand*, S. 655.

## Das Ringen um den Korridor

### a) Vom Waffenstillstand bis zum Beginn der Friedenskonferenz

Der am 11. November 1918 zwischen Deutschland und den Alliierten abgeschlossene Waffenstillstand brachte eine völlige Änderung der militärischen und politischen Gesamtlage. Fochs Plan, das ganze Gebiet Österreich-Ungarns oder wenigstens strategisch wichtige Punkte der Monarchie zu besetzen, wurde nicht mehr ausgeführt, da es sich einerseits als nicht mehr notwendig erwies, und andererseits die Kriegsmüdigkeit der Alliierten so groß war, daß sie den Verwicklungen und Schwierigkeiten, die eine Besetzung mit sich bringen mußte, gerne aus dem Wege gingen. Dies sind auch die Gründe, daß die Besetzung des Korridors unterblieb. Solange Krieg geführt wurde und Deutschland von Süden her über ein den Alliierten feindliches, besiegtes Österreich angegriffen werden sollte, war der Korridor von großer Bedeutung. In dem Augenblick aber, da Deutschland ermattet zusammensank, traten andere, wichtigere Fragen in den Vordergrund, und die Besetzung des Korridors konnte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Damit war die Absicht der Tschechen, den Wirrwarr des Kriegsausganges noch zu nützen und mit Hilfe der Verbündeten ein weiteres Stück des südöstlichen deutschen Volksbodens an sich zu reißen, mißlungen. Dies hielt sie jedoch nicht ab, mit Entschlossenheit ihr Ziel weiter zu verfolgen; denn hinter ihnen stand Frankreich, das wie sie entschlossen war, „nach dem Kriege Deutschland an der Gurgel“<sup>1)</sup> zu bleiben. Was in vier schweren Kriegsjahren nicht erreicht worden war, sollte nach dem Waffenstillstand erpreßt werden, um die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Es ist klar, daß wir über die Bemühungen, die in der Zeit vom Waffenstillstand bis zur Friedenskonferenz und darüber hinaus von tschechischer amtlicher Seite zur Erreichung des Korridors gemacht wurden, äußerst dürftig unterrichtet sind. Daß sie vorhanden waren, ist nicht zu bezweifeln, denn wir finden Niederschläge davon in der Presse und in

1) Kuffner, Unser Staat und der Weltfriede, S. 23.

Außerungen von Persönlichkeiten, deren politische Stellung es zuließ, daß sie sich öffentlich dafür einsetzten. Sie wurden vorgeschickt, um die Erfolgsaussichten auszukundschaften und die Arbeit der verantwortlichen Politiker zu entlasten. Der Vorteil dieser Werbemethode lag darin, daß, wenn die Forderung mißglückte, ihre Verfechter später verleugnet und der Plan des Korridors als das Hirngespinnst von verantwortungslosen Elementen hingestellt werden konnte<sup>2)</sup>. Der Einfluß der amtlichen Stellen ist trotzdem deutlich zu erkennen und zeigt sich besonders in der Art der Werbung und der Begründung. Am besten sehen wir dies an der am 11. November 1918 von Arthur Chervin veröffentlichten Schrift „De Prague à l'Adriatique“. Chervin unternahm hier den Versuch, den Korridor vom geographischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus zu begründen. Sein Bemühen, daraus die Berechtigung des Korridors abzuleiten, zeitigte aber gerade das Gegenteil von dem, was er erreichen wollte: nicht der ethnische oder wirtschaftliche, sondern der rein machtpolitische Standpunkt zeigte sich am Schluß seiner Begründung als der allein maßgebende. Chervin schrieb im Vorwort: „Der slawische Korridor ist einerseits dazu bestimmt, die Verbindung der Nord- und Südslawen herzustellen und andererseits die territoriale Verbindung, die innige Verschmelzung Ungarns mit den Gruppen der deutschen Provinzen (Ober- und Niederösterreich usw.), die nach dem Verschwinden des Reiches notgedrungen übrig bleiben werden, zu verhindern.“ Wird der Korridor verwirklicht, so „ist der Sieg des slawisch-lateinischen Europas über das deutsch-magyarische Mitteleuropa“<sup>3)</sup> gesichert. Auch in der Schlußfolgerung faßte Chervin alle Vorteile, die sich aus der Verbindung Danzig-Triest ergeben würden, vom machtpolitischen Standpunkt aus zusammen und stellte fest, daß ein Volk von 47 Millionen Menschen, die 6 Millionen Soldaten stellen könnten, der Entente als Garant des Friedens zur Verfügung stünden.

Unverblümt wird damit der Korridor zum Ausbau eines starken Blocks, der als Werkzeug zur Niederhaltung Deutschlands dienen sollte, für notwendig erklärt. Die Behauptungen und Beweise, die Chervin in dieser Schrift anführt, tragen in vielen Fällen den Charakter von Benesch's Ausführungen und bringen Gedanken wieder, die zum großen Teil auf Benesch zurückzuführen sind. Chervin bestätigt dies, denn er schreibt: „Was die tschechischen Länder betrifft, so erinnere ich mich, daß mein

2) Ein gutes Beispiel dafür bildet die Verleugnung Ruffners durch Benesch (s. S. 2).

3) Chervin, De Prague à l'Adriatique, S. 100. Siehe Karte 2.



vortrefflicher Freund M. Eduard Benesch zahlreiche und sehr interessante Vorlesungen über ihre ökonomische Kraft gehalten hat, mit Tatsachen und Zahlen ausgefüllte Vorlesungen, auf die man sich mit voller Sicherheit berufen kann“<sup>4)</sup>). Die Tatsache, daß Chervin das von Benesch gegebene Zahlenmaterial benützt, auf dessen Vorlesungen hinweist und die Schrift in einer Art abgefaßt hat, die stark an Benesch's Denkschriften erinnert, bringt die Vermutung nahe, daß es sich bei dieser Schrift nicht um eine eigenständige Arbeit Chervins, sondern um eine im Auftrag Benesch's verfaßte Werbeschrift handelte.

Kennzeichnend für die Auftraggeber dieser Schrift ist auch die Art, mit der Chervin den slawischen Charakter des verlangten Korridorgebietes darzustellen versuchte. Die Zahlen für die einzelnen Nationalitäten waren der amtlichen ungarischen Statistik entnommen und richtig wiedergegeben, die Zusammensetzung und Gegenüberstellung aber so durchgeführt, daß ein völlig einseitiges Bild entstehen mußte. Denn Chervin bezog bei der Darstellung der Bevölkerung des beanspruchten Korridors Gebiete in seine Zählung ein, die gar nicht zu dem von ihm festgelegten Korridor gehörten, dessen Grenzen er wie folgt festlegte: „Im Osten ist der Fluß Marczal, im Westen ist die alte österreichische Grenze, angelehnt an die letzten Ausläufer der steirischen Grenze. Im Norden ist die Donau, im Süden die Mur und Drau“<sup>5)</sup>). Im Süden würde die Grenze des Korridors „am linken Mur-Ufer bis zum Zusammenfluß mit der Drau nicht weit von Mura Kereštür“ verlaufen<sup>6)</sup>). Chervin bezog trotz dieser genauen Festlegung der Südgrenze die zwei Bezirke Eszathurn und Perlak, die südlich der Mur, also außerhalb des Korridors liegen, mit ihren 82 829 Kroaten in seine Zählung mit ein, so daß er damit einen wesentlich höheren Anteil der Slawen an der Gesamtbevölkerung erreichte. Die vier Bezirke Balatonfüred, Kesztheli, Sümig, Tapolcza der Gespanschaft Zala kamen nach Chervins Darstellung für den Korridor nicht in Frage, da sie sich nach der Volkszählung vom Jahre 1910 als rein magyarisch erwiesen. Eszathurn und Perlak fallen, da sie außerhalb des Korridors liegen, bei der Gesamtzählung aus. Es ergibt sich somit folgendes Stärkeverhältnis der einzelnen Volksgruppen: 282 198 Deutsche, 655 723 Magyaren, 64 412 Kroaten, 72 205 Slowenen, 1 546 Slowaken und 6 802 andere (Zigeuner, Tschechen usw.).

4) Chervin, De Prague à l'Adriatique, S. 47.

5) Chervin, a. a. D., S. 33.

6) Ebenda, S. 32.

935 921 Deutschen und Magyaren stünden 139 163 Slawen und 6 802 andere gegenüber; ein Verhältnis, das wohl in keiner Weise den Anspruch auf den Korridor rechtfertigt. Aber Chervin genügte es, denn „niemand wird in der Tat darin eine Schwierigkeit sehen, weniger als 15—20 v. H. der auf dem Papier eingetragenen Magyaren als Nichtmagyaren einzuschätzen“<sup>7)</sup>. Für die Deutschen hatte er auch schon vorgesorgt: „Was die im Korridor lebenden Deutschen betrifft, so werden sie wie in Böhmen und anderswo dem politischen Geschick der Komitate, die diesen Korridor bilden, folgen“<sup>7)</sup>.

Chervin bringt im Vorwort eine andere wichtige Feststellung. Er schreibt: „Mein Plan ist im allgemeinen interessant und praktisch erschienen; er ist von den interessierten Regierungen, die ihn zu verwirklichen versprochen, gut aufgenommen worden.“ Es ergibt sich die Frage, wer unter diesen interessierten Regierungen gemeint war. Benesch hatte an den Sitzungen der Großmächte und des Obersten Militärates teilgenommen und vom Obersten Militärat die Zusicherung erhalten, den tschechischen Staat mit Triest zu verbinden. Es war dies ein von den Militärs gegebenes Versprechen, das in keiner Weise auch für deren Regierungen verpflichtend war, wenn auch die Politiker sicher davon wußten. Mit den „interessierten Regierungen“ konnte die tschechische, südslawische u. a. gemeint sein, soweit es sich um das tatsächliche Interesse am Korridor handelte. Die Antwort muß aber sofort anders lauten, wenn wir sie in Bezug auf den zweiten Teil dieser Aussage geben. Denn es war weder der tschechischen noch der südslawischen Regierung möglich, die Verwirklichung des Korridors zu versprechen, da sie ja selbst die Fordernden waren und ihnen jegliche Macht fehlte, das Versprechen einzulösen. Und weiters wäre es unsinnig anzunehmen, daß die tschechische Regierung erst von Chervin auf den Korridor aufmerksam gemacht werden mußte, wo doch ihre führenden Männer schon Jahre vorher dafür eingetreten waren.

Es konnte sich also nur um andere, Deutschland feindliche Regierungen handeln, und das war der Sachlage nach nur Frankreich. Die französische Regierung hatte in der Auerkennungsnote vom 10. September 1918 den dehnbaren Begriff von den historischen Grenzen der tschechischen Länder gebraucht und damit die Möglichkeit offen gelassen, die tschechischen Forderungen weitgehend zu unterstützen. Mittlerweile hatte sich die politische Lage in einem für die Alliierten günstigen Sinne geändert,

7) Chervin, a. a. D., S. 93.

und es ist durchaus anzunehmen, daß die französische Regierung entschlossen, für einen starken tschechischen Staat einzutreten, das Versprechen gab, den burgenländischen Korridor verwirklichen zu helfen. Wir können demnach annehmen, daß neben dem Versprechen der militärischen Führer der Alliierten, den Tschechen eine Verbindung nach Triest herzustellen, zumindest von einer Regierung der Alliierten, d. h. von der französischen als politischer Instanz die Schaffung des Korridors versprochen worden war. Diese Tatsache wird von Giannini, dem diplomatischen Sekretär der italienischen Delegation auf der Konferenz, bestätigt, der erklärt, Italiens Vertreter hätten davon gewußt, daß die Franzosen den Tschechen und Südslawen den Korridor versprochen hatten<sup>8)</sup>.

Aus den Gründen, die wir bereits anführten, unterblieb die Besetzung des Korridors durch die alliierten Truppen und es wurde von den Alliierten nichts Entscheidendes unternommen. Es war den Tschechen klar, daß das Versprechen der militärischen Hilfeleistung nicht eingelöst werden würde. Leichter schien ihnen auf der Friedenskonferenz ein Erfolg erreichbar, wenn sie die Konferenz vor vollendete Tatsachen stellten. Eine Besetzung durch tschechische und südslawische Truppen aber war bei der gespannten innenpolitischen Lage dieser neuen Staaten ein gewagtes Beginnen, das einer gründlichen diplomatischen und militärischen Vorbereitung bedurfte. Masaryk, im Dezember 1918 als Präsident des tschechoslowakischen Staates nach Prag zurückgekehrt, kannte die Schwierigkeiten, und er stellte noch einmal seine Persönlichkeit in den Dienst der Korridorpropaganda. In einer Botschaft an das tschechische Volk (21. Dezember 1918) erklärte er<sup>9)</sup> u. a.: „Ich brauche wohl nicht zu erklären, daß unser Verhältnis zu den Südslawen das allerherzlichste und durch gemeinsame Kämpfe bestimmt ist ... In unseren und den südslawischen politischen Kreisen herrscht die absolute Überzeugung über die Notwendigkeit einer direkten geographischen Verbindung. Die österreichischen Deutschen verlangen nun die betreffenden Gebiete, aber sie wurden sogar von magyarischer Seite unlängst darauf aufmerksam gemacht, daß sich in dieser Gegend zahlreiche kroatische und slowenische Teile befinden. Auf jeden Fall

8) Laut Mitteilung von Dr. Ines Heinz, die mit Giannini eine diesbezügliche Unterredung hatte.

9) Neue Freie Presse, Wien, vom 23. Dez. 1918.



haben wir mit den Rumänen und Südslawen keine territorialen Streitigkeiten. Hoffentlich werden wir uns mit ihnen über die intimste Verbindung einig. Ich verhandelte mit den Repräsentanten dieser Völker und wir haben uns verstanden. Auch die Griechen stimmen durch ihre führenden Männer dieser Einigung zu. Wenn die Unstimmigkeiten zwischen Italien und Südslawien geschlichtet werden, dann würde der Pangermanismus Mitteleuropas durch die gegenseitige Annäherung der Staaten von der Ostsee bis zur Adria und weiter über die Schweiz bis Frankreich ersetzt werden. Das wäre ein starker Wall gegen die Deutschen, solange die ihrem Eroberungsdrang nach dem Osten nicht entsagen.“

Diese Worte des höchsten Würdenträgers des tschechoslowakischen Staates gaben dem Ganzen die bestimmende Wertung: nicht nationale Heißsporne, sondern verantwortliche Politiker haben den Korridor gefordert. Daß Masaryk mit seiner Botschaft nicht für eine kleine Gruppe, sondern im Namen seines Volkes und dessen parlamentarischer Vertretung sprach, kam in der Rede, die Tomaschek, der Präsident der tschechischen Nationalversammlung, beim Neujahrsempfang bei Masaryk hielt, zum Ausdruck. Tomaschek dankte Masaryk und führte u. a. aus: „Mit Freude begrüßen wir Ihre Worte, welche die Bestrebungen nach Gründung einer Union der mitteleuropäischen Völker ankündigen und die Perspektive der Annäherung der Staaten der Ostsee bis zur Adria zeichnen“<sup>10)</sup>. Diese Erklärung ließ nichts an Deutlichkeit über das zu erstrebende Ziel zu wünschen übrig; aber auch aus ihr wie aus Masaryks Erklärung ließ sich nichts Näheres über den Beginn des tschechischen Vorstoßes erschließen, wenn nicht Tufar zur gleichen Zeit im Prager Parlament die Drohung ausgestoßen hätte, Wien werde demnächst eine katastrophale Überraschung erleben<sup>11)</sup>. Daß diese Drohung ernst gemeint war und die bevorstehende Vereinigung der tschechischen und südslawischen Truppen ankündigen sollte, bewies der Vormarsch der Tschechen auf Preßburg, das am 1. Januar 1919 besetzt wurde und als Ausgangspunkt für den tschechischen Vorstoß nach Süden gegen den Plattensee bestimmt war. Das Ziel der über die Drau vorrückenden südslawischen Truppen, die Besetzung Preßburgs und der Vormarsch der Südslawen enthüllte die Absicht der Tschechen, zwischen Deutschösterreich und Ungarn einen Korridor zu legen, und zwang die Regierungen Österreichs und

10) Neue Freie Presse vom 1. Jan. 1919.

11) Ebenda vom 29. Dez. 1918. Tufar war der erste tschechische Gesandte in Wien.

Ungarns, gegenüber dieser Gefahr zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu kommen. Besprechungen zwischen der ungarischen Regierung und dem österreichischen Vertreter in Budapest, Baron Enblosch, zeigten die Übereinstimmung beider Staaten, gegebenenfalls zusammenzuwirken, um die Schaffung des Korridors zu verhindern<sup>12)</sup>. Der Wert dieses Zusammenwirkens wäre im Ernstfall allerdings sehr fraglich gewesen, da Österreich und Ungarn nach dem vierjährigen Ringen zu erschöpft waren, um gegen die von den Alliierten unterstützten Feinde genügend starke militärische Kräfte einzusetzen zu können. Dazu brauchte es auch nicht zu kommen, denn die Tschechen und Südslawen hatten genug damit zu tun, ihren eben erst zusammengerafften Staat vor dem Zerfall zu schützen bzw. die Herrschaftsansprüche der Kroaten niederzuhalten. Es blieb ihnen nichts anderes übrig als sich mit dem Erreichten zu bescheiden und die Entscheidung über die Zugehörigkeit Deutsch-Westungarns der Friedenskonferenz zu überlassen.

Der Friedenskonferenz war eine zweifache Aufgabe zuteil geworden: die Kriegsziele der Entente und ihrer Verbündeten zu verwirklichen und Europa neu aufzubauen. Dieser zweifachen Aufgabe war sie nicht gewachsen und es zeigte sich bald, daß, je weiter der militärische Krieg zurücklag, die Gegensätze zwischen den einzelnen verbündeten Mächten eine immer tiefere Kluft zwischen den Freunden von Gestern aufrißen. Solange es um das Kriegsziel, die Niederringung und die Zertrümmerung Deutschlands und Österreich-Ungarns ging, waren sie einig; als es aber zur Aufteilung der Beute und zum Neubau Europas kommen sollte, drängten sich die einzelnen Mächte vor und wollten ihre eigenen Wünsche vor denen der anderen und der Allgemeinheit behandelt und gewahrt wissen. Die Entente und ihre Verbündeten zerfielen in Gruppen, deren Absichten und Interessen verschieden waren, nach entgegengesetzten Richtungen verliefen und damit die Verhandlungen erschwerten. Dieser Interessengegensatz war auch für die Entscheidung über den Korridor maßgebend. Ihm ist es zuzuschreiben, daß keine Einigung erzielt wurde und die Bildung des Korridors unterblieb. Um die streitenden Parteien zufriedenzustellen, wurde Deutsch-Westungarn Österreich überantwortet und damit der Wunsch der deutschen Bevölkerung Westungarns, sich mit dem Heimatland zu vereinigen<sup>12a)</sup> — wenn auch

12) Neue Freie Presse vom 4. Jan. 1919.

12a) Vgl. Smudits, Friedrich, Geschichte der Angliederung des Burgenlandes an Österreich. Ungebrachte Diss. Wien 1937 (Nr. 13 431).

ungewollt — erfüllt. Denn daran ist festzuhalten: Nicht das Selbstbestimmungsrecht war für das Schicksal des westungarischen Deutschtums entscheidend, sondern der Gegensatz zwischen Italien und den slawischen Staaten und im erweiterten Sinne das Ringen Frankreichs und Italiens um die Vorherrschaft in Mitteleuropa. Es mag übertrieben erscheinen, Frankreichs Anteilnahme im Streit um den Korridor mit der Italiens auf eine gleiche Stufe zu stellen, da sich Frankreich im Hintergrund hielt und an der Auseinandersetzung nur als unbeteiligter Zuschauer teilzunehmen schien. Tatsächlich war aber Frankreich am Korridor ebenso interessiert wie die slawischen Staaten, die es als seine östlichen Trabanten vorschickte, deren Forderungen es im Geheimen unterstützte. Denn die Ansprüche der frischgebackenen slawischen Staaten wären undenkbar, wenn sie von ihnen nicht in der Überzeugung vorgebracht wurden, daß Frankreich sie restlos decke. Aus diesem Grunde ist das Wesentliche des Streites um den Korridor nicht mit dem Gegensatz Italien=Slawische Staaten erschöpfend erfaßt, sondern erst aus dem Gegensatz Frankreich=Italien zu verstehen.

Daher ist es notwendig, auf die Gründe einzugehen, die Italien zum Widerstand gegen den Korridor veranlaßten; andererseits auf die Bedeutung hinzuweisen, die er für Frankreich gehabt hätte.

Italien hatte in den ersten acht Monaten des Krieges mit den Mittelmächten und der Entente wegen des Eintrittes in den Krieg verhandelt. Österreich hatte die Etzsch und die Inseln der Adria geboten, wenn Italien neutral bliebe; die Entente aber bot für den Fall, daß Italien an ihrer Seite in den Krieg trete, Südtirol bis zum Brenner, das Gebiet von Görz und Gradiska, Istrien, Dalmatien, Stadt und Land Balona.

Italien entschied sich für den Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente und verpflichtete sich im Vertrag von London vom 26. April 1915, den Mittelmächten den Krieg zu erklären. Als Kriegsziel schwebte ihm die Gewinnung der in österreichischem Besitz befindlichen Küstländer, der Alpenübergänge und die Alleinherrschaft auf der Adria vor. Zu diesen Wünschen kam nach Beendigung des Krieges auch noch der Anspruch auf Fiume.

Damit wäre den Slawen der letzte Zugang zur Adria genommen worden, die Adria selbst aber zum italienischen Binnengewässer geworden. Das, was Italien ersehnte und was bisher durch Österreich-Ungarn verhindert worden war, schien mit dem Zerfall der Donaumonarchie in Erfüllung



zu gehen und der Weg schien frei, auf dem Italien zur Weltmacht emporsteigen konnte. War erst die Adria sein eigen, dann lag der Weg über's Mittelmeer nach Afrika offen. Nun stand aber an der Ostküste der Adria aus den Trümmern der Monarchie unter Führung Serbiens ein neuer Staat auf. Nicht der alte, kraftlose, morsche Vielvölkerstaat, sondern der junge, südslawische Nationalstaat; klein an Raum und Bevölkerungszahl, aber mit größerer Lebenskraft und dem leidenschaftlichen Willen, die Adria ebenso wie Italien als sein Meer zu betrachten. Meinungsverschiedenheiten, die die innere Entwicklung des jungen Staates hemmten, taten dem geeinten Einsatz aller Kräfte zur Abwehr der italienischen Ansprüche keinen Abbruch. Und Südslawien stand nicht allein da, sondern an seiner Seite befanden sich die anderen, aus dem Völkerringen hervorgegangenen slawischen Staaten. Vor allem die Tschechoslowakei, deren Führer den Ausbau eines starken slawischen Blocks von der Ostsee bis zur Adria erstrebten und zu diesem Zwecke die Verbindung des nördlichen Blocks mit dem südlichen durch den burgenländischen Korridor verlangten. Italien wäre damit einer Macht gegenübergestanden, die mit weit größerer Kraft als je die Donaumonarchie es vermochte, in die politischen Geschehnisse eingreifen und ihren Verlauf mitbestimmen konnte. Frankreichs Flotte an Italiens Westküste und die Aussicht auf diesen mächtigen slawischen Block an seiner Ostküste machten Italiens Besorgnis begreiflich und erklären Sonninos Bitterkeit, wenn er sagte: „Nach einem erfolgreichen Kriege, in dem Italien 500 000 Tote und einige 900 000 Verwundete verloren hatte, zu einer ungünstigeren Situation zurückzukehren . . . würde man dem italienischen Volk nicht begreiflich machen können. Es würde nicht verstehen, warum Italien in den Krieg gezogen war<sup>13)</sup>.“ Italien war für die Zerschlagung der Donaumonarchie eingetreten, als die Westmächte davon noch nichts wissen wollten, und es hatte die Arbeit der tschechischen Auslandsrevolutionäre unterstützt. Bereits 1916 stand Benesch in sehr engen Beziehungen mit italienischen Politikern<sup>14)</sup> und 1917 verhandelte er mit Giardino und Sonnino<sup>15)</sup> über die Errichtung einer tschechischen Armee. Am 21. April 1918 wurde mit Italien der Vertrag über die Aufstellung der tschechischen Truppen in Italien geschlossen<sup>16)</sup>. Benesch sah in der Zusammen-

13) Wilson, Memoiren u. Dokumente über den Vertrag zu Versailles, Bd. 2, S. 117.

14) Papoušek, Dr. Ed. Benesch, Sein Leben, S. 44, 48.

15) Ebenda, S. 51.

16) Ebenda, S. 53.

arbeit mit Italien ein Mittel, um die Beziehungen zwischen Italien und Südslawien zu verbessern. In seinem Memorandum an Orlando vom 24. September 1918 betonte er, die Beziehungen der Tschechen zu Serbien und Rumänien und Italien werde sie nötigen, „die Südslawen zu einer maßvollen und friedfertigen Politik gegenüber ihren Nachbarn zu veranlassen, um auf diese Weise eine tatsächliche, unerschütterliche und endgültige italo-slawische Einigkeit zu erzielen“. „Man muß deshalb vor allem an das italienisch-südslawische Problem herangehen<sup>17)</sup>.“ Wenn Benesch derart an eine Mittlerrolle dachte, so Italien nicht minder; es wollte damit Einfluß auf Südslawien gewinnen<sup>18)</sup>. Wurde nun aber statt der Donaumonarchie dieser slawische Block vor Italiens Ostgrenze gesetzt, so hätte nicht Italien das Erbe der Monarchie in Mittel- und Südosteuropa angetreten, sondern die Slawen hätten sich an seine Stelle gesetzt; der Korridor hätte wohl keinen Zusammenschluß dieser mittleren Staaten zu einem zusammenhängenden Staatenbund bedeutet, aber er hätte Italiens Einfluß in Mitteleuropa geschwächt und die erstrebte Vormachtstellung in der Adria unmöglich gemacht.

Endgültiger Sieger wäre Frankreich geworden. Clemenceaus Plan einer auf starke, freundschaftlich gesinnte Staaten gestützten Defensivlinie im östlichen Europa, eines „Gesundheitskordons“<sup>19)</sup> wäre damit erreicht und ein Kontinentalbund von Satellitenstaaten geschaffen worden, der sowohl in wirtschaftlicher als in militärischer Hinsicht zur Niederrückung und Niederhaltung Deutschlands eingesetzt werden konnte. Frankreichs Beziehungen zu den Völkern dieser neuen Staaten, die in die vorigen Jahrhunderte zurückreichen, hatten der Erreichung dieses Zieles vorgearbeitet und waren besonders eng mit den Tschechen gewesen. Frankreich brauchte die vorgeschobene Stellung Böhmens, das sich wie ein Keil in den deutschen Raum zwängt und im Osten des Deutschen Reiches die Ausgangsstellung bietet, von der aus wie im Westen vom Mainzer Brückenkopf der Vorstoß in die Mitte des Reiches geführt und der nördliche und südliche Teil des Reiches voneinander abgeschnürt werden kann. Es lag im Interesse Frankreichs, dem tschechischen Staat, sofern man ihn fähig zum Widerstand gegen das Deutschtum

17) Ebenda, S. 81.

18) Kramarschs Vorlesungen über die Entstehung der Tschechoslowakei, Grazer Tagespost vom 22. Aug. 1922.

19) Wilson, Memoiren u. Dokumente über den Vertrag von Versailles, 2. Bd., S. 23, 25.

machen wollte, das Maximum an Widerstandsfähigkeit zu geben. Tibal schreibt dazu: „Wenn er ein bestimmtes Territorium forderte, so lag das nicht allein in seinem, sondern im Interesse der Ententemächte, deren Repräsentant im Donauraum er werden sollte . . . Der tschechische Staat schien dazu bestimmt, im Süden Deutschlands dieselbe Rolle zu spielen, wie Polen im Osten, und wenn Pichon ein ‚starkes, überaus starkes Polen‘ forderte, so galt es in derselben Weise eine starke Tschechoslowakei zu verlangen. Die Sympathie und Hilfe Frankreichs war ein starker Trumpf im tschechischen Spiel“<sup>20)</sup>. Dieser Gesundheitskordon, bestehend aus Polen, Südslawien und einer starken Tschechoslowakei in der Mittelstellung, war noch wertvoller, wenn der deutsch-magyarische Keil, der diesen Kordon auf 180 km durchbrach, durch den burgenländischen Korridor überbrückt wurde. Vom französischen Standpunkt aus war aber damit die Bestimmung des Korridors noch nicht erschöpft. Denn ebenso wichtig war die Tatsache, daß Österreich durch die Schaffung des Korridors von drei Seiten, Ungarn aber von allen Seiten von feindlichen Staaten eingeschlossen und dem französischen Einfluß unterworfen war. Österreich war dadurch — der Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich war ihm verboten, seine wirtschaftliche Lage aber zu elend, um sich selbst erhalten zu können — leicht zu zwingen, sich der Frankreich hörigen Gruppe der slawischen Staaten anzuschließen. Ungarn wurde durch den Korridor von Österreich abgeschlossen und damit seiner einzigen Brücke, über die der Weg aus seiner Umklammerung zu anderen, durch gleiche Interessen geleitete Staaten führte, beraubt. Österreich und Ungarn im politischen System Frankreichs aber bedeuteten das Absinken des italienischen Einflusses in Mitteleuropa und Frankreichs Hegemonie.

Ist somit der burgenländische Korridor aus seiner engeren Sphäre herausgehoben und in den größeren Rahmen der französischen und italienischen Politik in ihrem Ringen um die Vorherrschaft in Mitteleuropa gestellt, so ist es auch notwendig, die Stellungnahme Englands, das an dieser Frage zwar nicht unmittelbar interessiert war, zu betrachten.

England suchte den Raum um den Indischen Ozean als Kernstück seines Weltreiches auszubauen und mußte daher die Staaten um diesen Raum unter seine Herrschaft bringen oder sie derart schwächen, daß sie seiner Herrschaft nicht gefährlich werden konnten. Diesem Beginnen stand das unter deutschem Einfluß erstarkende osmanische Reich im Wege. Um

---

20) Der französische Historiker A. Tibal in: „Histoire diplomatique contemporaine“.



Deutschlands Einfluß im nahen Osten zu brechen und seinem wirtschaftlichen Vordringen einen Niegel vorzuschieben, unternahm England in den Jahren vor dem Kriege nichts gegen die slawischen Wühlereien am Balkan, sondern begünstigte eher das Zustandekommen eines südslawischen Blocks vom Schwarzen Meer bis zur Adria. Der Weltkrieg brachte die Verwirklichung der englischen Pläne, soweit es sich um die Ausschaltung des deutschen Wettbewerbes und Österreich-Ungarn als Brücke nach dem Südosten handelte. Damit war Englands Interessen Genüge getan und es widersetzte sich den Plänen Frankreichs, das Deutschland ganz zerrümmern wollte. Nicht, weil es Deutschland schonen wollte, sondern weil es erkannte, daß dann Frankreich und seine östlichen Bundesgenossen die Vorherrschaft am Kontinent an sich reißen und England gefährlich werden könnten. Als nun die Tschechen mit der Korridorforderung hervortraten, mußten Englands Vertreter dem verneinend gegenüberstehen, weil sie mit Recht im Ausbau einer tief nach Mitteleuropa vorgeschobenen slawischen Front das Aufkommen einer slawischen Großmacht befürchteten.

Venesch sah die Schwierigkeiten, die sich durch die Gegnerschaft Italiens und Englands der Verwirklichung des Korridors entgegenstellten, aber er ließ sich dadurch nicht beeinflussen. Seine nachträgliche Behauptung<sup>21)</sup>, der Korridor sei wegen Italiens scharfem Auftreten noch vor der Friedenskonferenz fallen gelassen worden, um weder sich noch den anderen die Lage zu erschweren, ist unrichtig und widerspricht den Tatsachen. Venesch verlangte noch durch Monate hindurch, obwohl ihm wiederholt die Nutzlosigkeit seines Beginnens klargemacht worden war, den Korridor, wie denn überhaupt die Vorbereitungen der tschechischen Delegation auch in Bezug auf den Korridor sich in nichts von denen, die für andere Forderungen getroffen wurden, unterschieden. Venesch unternahm — nachdem er im Laufe des Jahres 1918 wiederholt von Masaryk darauf aufmerksam gemacht worden war, mit den Vorbereitungen für die Konferenz zu beginnen, um nicht von Zufälligkeiten überrascht zu werden — bereits gegen Ende des Krieges die Sichtung des Materials, mit dem er auf die Konferenz kommen wollte, um bei den Verhandlungen eine klare und bestimmte Linie verfolgen zu können<sup>22)</sup>. Diese Feststellung ist notwendig, weil

21) Venesch, *Aufstand*, S. 60.

22) Venesch, *Aufstand*, Bd. III, Nr. 167, 24. Sept. 1918 an Orlando: „Wir bereiten Dossiers und Material vor, mit denen wir auf die Friedenskonferenz kommen wollen, um bei den Friedensverhandlungen eine klare und bestimmte Linie verfolgen zu können.“

Benesch für die Abfassung der Denkschriften, die er den einzelnen Delegierten überreichen ließ, geltendmachen wollte, daß sie „schnellstens, gleichsam improvisiert und ohne Hilfsmittel und Literatur“<sup>23)</sup> angefertigt wurden und daher „manche sachlichen Fehler“ enthielten, die aber „auf die Entscheidungen der Friedenskonferenz gar keinen Einfluß“ gehabt hätten. Benesch dürfte wohl selbst kaum erwartet haben, daß ihm jemand diese Ausrede glaubt oder die „sachlichen Fehler“ danach beurteilt. Denn wenn wir die Behauptungen des Memoires II, das zur Rechtfertigung des Anspruches auf den Korridor verfaßt und vor Beginn der Konferenz den Siegermächten überreicht wurde<sup>24)</sup>, mit den Tatsachen vergleichen, so kann nicht von harmlosen Fehlern, sondern es muß von groben Fälschungen und tendenziösen Auslegungen gesprochen werden. Wenn Benesch diese Vorwürfe auch als ungerecht<sup>25)</sup> und Masaryk die tschechische Propaganda als redlich bezeichnete<sup>26)</sup>, so ändern sie damit doch nichts an der Tatsache, daß sie den Anspruch auf den Korridor nach den irreführenden Angaben des Memoires II von den Vertretern der Entente beurteilt wissen wollten.

Benesch versuchte einleitend im Memoire II einen geschichtlichen und geographischen Rahmen zu ziehen. Er erklärte, Deutsche und Magyaren wären durch Jahrhunderte Verbündete gewesen und hätten die „Tschechoslowaken“ und Jugoslawen unterdrückt. Trotzdem waren „die Slawen Böhmens, Mährens und der Slowakei“ noch im 13. Jh. „Nachbarn der Südslawen“ gewesen, „die den westlichen Teil Ungarns (Pannonien, rechtes Donauufer), Kärnten, Krain und Steiermark sowie selbst einen Teil Niederösterreichs bewohnten“. Erst die Kämpfe im 13. und 14. Jh. hätten den Untergang eines Teiles dieser Slawen herbeigeführt. Neben 300 000 Deutschen und 200 000 Magyaren lebten aber 200 000 Slawen an den Grenzen Ungarns und des alten Österreich. Deshalb müßten die vier Komitate Wieselburg, Odenburg, Eisenburg und Zala den Tschechen und Südslawen zugesprochen werden. Wenn man einwerfe, diese Lösung sei künstlich und widerspreche dem Nationalitätenprinzip, so wäre zu erwidern:

23) Benesch, *Aufstand*, S. 688. Siehe dazu Bericht des Prager Redakteurs Cyrill Dusek: „Benesch hat französische und englische Publikationen herausgegeben, denen eigens ausgearbeitete Landkarten beigegeben waren. Der Zehnerrat hat sich anerkennend über den hervorragenden Fleiß und die glänzende Vorbereitung der tschechischen Delegation geäußert.“ *Neue Freie Presse* vom 26. März 1919.

24) Aus einer Mitteilung H. Nicolsons.

25) Benesch, *Aufstand*, S. 688.

26) Masaryk, *Weltrevolution*, S. 84.

„1. Alle Welt ist sich darüber einig, daß die Anwendung des Nationalitätenprinzips niemals vollkommen sein wird, und daß nationale Minderheiten in fremden Staaten einbezogen sein werden. Wenn es ein höheres Interesse gibt, das die Opferung dieser oder jener Anzahl von Bewohnern gebieterisch verlangt, ihnen aber gleichzeitig die notwendigen Freiheiten gewährleistet, so wird niemand zögern, dieses Opfer darzubringen.

Im übrigen werden, wenn diese Lösung der Nachbarschaft der beiden slawischen Völker nicht angenommen wird, die Slawen dieser Gebiete den Deutschen und den Magyaren geopfert sein.

2. Es ist richtig, daß diese Lösung künstlich und, militärisch gesehen, nicht zu verteidigen ist, was zu einem Bruch einer solcherart geschaffenen Grenze drängt.

Aber wie viele Grenzen zwischen den einzelnen Staaten sind nicht künstlich? Es gibt wenig Staaten, deren Grenzen alle natürlich und infolgedessen fast völlig dauerhaft sind.

Im übrigen handelt es sich nicht darum, hier einen Damm gegen die militärische Invasion zu errichten. Ganz im Gegenteil, es ist eine einzig und allein für den Frieden bestimmte Lösung, die gerade neue Interessen schaffen soll (infolge eines neuen Zolltarifs), neue politische Konzeption und neue Bündnisse zwischen allen Nachbarstaaten.

3. Das stärkste positive Argument zugunsten dieser Lösung ist, daß sie den Zweck hat, die Deutschen und die Magyaren zu trennen und ihr wirksames Bündnis gegen die Slawen zu verhindern, das deren Unterdrückung durch Germanen und Magyaren ermöglichte.“

Diese Nachbarschaft würde zu engen wirtschaftlichen Beziehungen führen und die „pangermanische Angriffs- und Ausdehnungspolitik“ verhindern. Das wesentliche Argument bestehe in der Trennung der Deutschen und der Magyaren. „Aber die Tschechoslowaken bestehen nicht auf dieser Lösung. Sie setzen das Problem auseinander und überlassen allen Interessierten die Entscheidung. Es ist kein örtliches Problem, kein Problem einer halben Million deutscher und magyarischer Bewohner. Es ist ein europäisches Problem.“ Als Folgerung ergebe sich daher:

„1. Will man in Mitteleuropa ein neues politisches System errichten, das einen dauerhaften Frieden gewährleistet, so muß man die Deutschen und die Magyaren voneinander trennen, zwischen Tschechoslowaken und Jugoslawen aber eine Nachbarschaft herstellen. Das ist kein örtliches Problem der Tschechen oder der Jugoslawen, es ist ein europäisches Problem.



2. Um diese Lösung zu verwirklichen, müßte man vier deutsch-magyarische Komitate Westungarns (Wieselburg, Sdenburg, Eisenburg und Zala) der tschechoslowakischen Republik und Jugoslawien einverleiben<sup>27)</sup> 28).“

Venesch wußte die Gründe und Gegengründe dieser Denkschrift so aufzubauen, daß als Schlußfolgerung nur der tschechische Standpunkt als der richtige erscheinen konnte, wobei er besonderen Wert darauf legte, den Korridor als eine den Interessen Frankreichs und Englands dienende Schöpfung hinzustellen; Frankreich helfe damit jenes neue politische System in Mitteleuropa schaffen, das den Frieden gewährleiste; England aber werde des lästigen wirtschaftlichen Nebenbuhlers im Osten los. Ein Vergleich mit der Denkschrift, die Masaryk 1915 Sir Edward Grey überreichen ließ, zeigt uns, daß im Memoire II keine neuen Gedanken, sondern die alten fadenscheinigen Begründungen gebracht werden, mit denen Masaryk schon seinerzeit das tschechische Machtstreben verdecken wollte. Venesch betrat auch bei der Darstellung der nationalen Gliederung keine neuen Bahnen, sondern folgte Masaryk, dem es auf eine kleinere oder größere Unrichtigkeit nicht ankam und der in seiner Denkschrift das Beispiel einer Statistik „verbesserung“ bot. Masaryk schrieb in seinem Memorandum, in dem er die Komitate Preßburg, Wieselburg, Sdenburg und Eisenburg als Korridor verlangte: „Die Bevölkerung ist deutsch, mit Einschluß beträchtlicher kroatischer Minoritäten; der Süden ist slowenisch.“ Die 585 369 Magyaren, die neben den Deutschen und Slawen auf diesem von Masaryk beanspruchten Gebiet siedelten, wurden damit einfach totgeschwiegen. Venesch verfuhr in derselben Weise und bezifferte die Zahl der Bewohner dieses Gebietes „das von einem Gemisch von Ungarn und Deutschen sowie von Slowaken und Südslawen bewohnt wird“, wovon die Slowaken „trotz des starken Druckes der ungarischen Behörden 20—30 v. H.“ ausmachen, mit 700 000. Von diesen 700 000 seien 300 000 Deutsche, 200 000 Magyaren und „nahezu“ 200 000 Slawen. Wie kam Venesch zu dieser Zahl von 700 000, wo er doch in der Schlußfolgerung des Memoires II die vier Komitate Wieselburg, Sdenburg, Eisenburg und Zala, die eine wesentlich höhere Einwohnerzahl haben, verlangte? Der Grund hierfür liegt darin, daß er — wie wir es aus der Karte ersehen, die er der Denkschrift beilegte — die östlichen Teile

27) Das vollständige Memorandum bei H. Raschhofer, Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920. Berlin 1937.

28) Siehe Karte 3.

der vier Gespannschaften nicht in den Korridor einbezog. Daraus ergibt sich eine wesentliche Übereinstimmung zwischen seinem und dem Chervinschen Korridorentwurf, so daß wir die Zahlen, die wir dort errechneten, auch hier zum Vergleich heranziehen können. Von 1 080 866 Bewohnern waren 655 723 Magyaren; die „nahezu“ 200 000 Slawen betrugten in Wirklichkeit nur 138 163. Und von den 20—30 v. H. Slowaken ließen sich bei der Volkszählung vom Jahre 1910 nur 1546 nachweisen. Benesch verschwieg also 457 000 Magyaren und steigerte die Zahl der Slowaken von 0,2 v. H. auf 20 v. H.<sup>29)</sup>. „Sachliche“ Fehler!!

Benesch's Ausführungen, die aus der geschichtlichen Entwicklung den Anspruch auf den Korridor begründen sollten, können wir übergehen, da sie an früherer Stelle dieser Arbeit erörtert wurden. Wir wollen uns der Betrachtung der militärischen Bedeutung des Korridors, wie sie Masaryk und Benesch sahen, zuwenden, da sie beide wesentlich anderer Anschauung zu sein schienen. Während Masaryk erklärte, „der Korridor hätte natürlich große militärische Bedeutung“, behauptete Benesch, der Korridor sei vom militärischen Standpunkt aus unhaltbar, da er nicht verteidigt werden könne. Sein Zweck sei vielmehr, dem Frieden zu dienen, neue Interessen und neue Bündnisse zwischen den verbündeten Staaten zu schaffen.

Die Frage ist nun, welche von diesen beiden Ansichten als die maßgebende tschechische anzunehmen und wie dieser Widerspruch zu erklären ist. Um dies klarzustellen, ist es nicht so sehr notwendig, den Gegensatz zwischen dem, was Masaryk sagt und dem, was Benesch erklärt, darzustellen, sondern es genügt eine Betrachtung der von Benesch gebrachten Ansichten. Benesch stellte den Korridor auf der einen Seite als militärisch wertlos hin, zog ihn aber auf der anderen Seite zur Bildung neuer Bündnisse heran. Hierin liegt der Widerspruch. Denn sollte der Korridor zur Bildung neuer Bündnisse dienen, so wird Benesch oder einer der am Friedensdiktat Verantwortlichen doch nicht behaupten wollen, daß unter diesen Bündnissen etwa Wirtschaftsbündnisse gemeint waren. Waren darunter aber Militärbündnisse gemeint, so folgt daraus, daß Benesch den Korridor doch nicht für so wertlos hielt, wie er es darstellte. Militärisch wertlose Objekte werden kaum in Militärbündnisse einbezogen, denn sie belasten diese nur. Zwischen Benesch und Masaryk's Ansicht bestand also kein Unterschied, wenn es dem Wortlaut nach auch so scheinen mochte. Die Erklärung dieses scheinbaren Widerspruches ist einfach: Benesch wollte die Bedenken Italiens zerstreuen und glaubte dies dadurch zu erreichen, daß

29) Siehe Statistik.

er den Korridor als gänzlich ungefährlich hinstellte. Daß ihm dies nicht gelang, sollte ihm die Zukunft zeigen.

Benesch unternahm auch den Versuch, die englischen Vertreter noch vor Beginn der Konferenz umzustimmen und ihren Widerstand gegen den Korridor zu brechen. Am 16. Januar 1919 sprach er mit Nicolson, dem er seine Auffassung über den Neubau Europas darlegte. Benesch vertrat die Ansicht, daß es Aufgabe und Ziel der tschechischen Politik sein müsse, den Aufbau und die Stabilität Mitteleuropas zu schaffen. Dieses Ziel könne die Tschechoslowakei aber nur dann verfolgen, wenn sie eine territoriale Verbindung sowohl mit Jugoslawien wie mit Rumänien habe<sup>30)</sup>. Der Korridor sollte also nicht nur der Damm zur Abwehr und zum Angriff gegen den „Pan germanismus“ sein, sondern als Baustein für ein geordnetes, stabiles Mitteleuropa dienen. Wir wissen aber, daß für Benesch die Stabilität Mitteleuropas in der Wahrung des durch die Friedenskonferenz zu schaffenden Zustandes bestand, in der Aufrechterhaltung einer gekünstelten, unorganisch aufgebauten „Ordnung“, von der jede Revision ferngehalten werden sollte. Wurde nun der Korridor als eine der Stützen dieser neuen „Ordnung“ herangezogen, so diente er nicht dem Aufbau einer natürlichen Lebensordnung, sondern der Wahrung eines unorganischen Zustandes; er war nicht aufbauendes Element einer gesunden, lebensvollen Entwicklung, sondern stand als hemmendes Element zu ihr im Gegensatz. Aus dem inneren Wesen des Korridors heraus war es unmöglich, ihn in die Reihe einer höheren Wertordnung zu stellen, denn er blieb doch nur eine zur feindlichen Auseinandersetzung bestimmte Barriere, die mit einem positiven Aufbau nichts zu tun hatte.

#### b) Während der Friedenskonferenz.

Die Konferenz wurde am 18. Januar offiziell von Poincaré eröffnet. Benesch hatte, wie bereits erwähnt wurde, schon vor Beginn der Konferenz das Memoire II den einzelnen Delegationen überreicht und ihnen damit eine rechtzeitige Überprüfung seiner Forderung ermöglicht. Er und Kramarsch wurden nun für den 29. Januar vor den Rat der Zehn geladen, um ihre Ansprüche mündlich vorzutragen und zu begründen. An diesem Tage kam es zu keiner Aussprache und die von den Großmächten gestellten Sachverständigen, die die Aufgabe erhalten hatten, statt des Obersten

---

30) A. Nicolson, *Peace Making*, S. 231.



Rates die einzelnen Forderungen zu überprüfen, Berichte darüber abzufassen und sie dem Obersten Rat zur Entscheidung vorzulegen, begannen mit der Begutachtung und vorbereitenden Aussprache über die tschechischen Forderungen. Am 5. Februar beschloß der Rat der Zehn, diese Sachverständigen zu einem Komitee zusammenzuberufen, um von ihnen in gemeinsamer Beratung das von den Tschechen vorgelegte Material überprüfen zu lassen. Jede Großmacht stellte zwei Vertreter: England Sir Joseph Cook und Harold Nicolson, die Vereinigten Staaten Charles Seymour und Allen Dulles, Frankreich Jules Cambon und Laroche, Italien Marquis Salvago Raggi und Stranieri. Zum Teil Männer, die nicht nur als Politiker, sondern, soweit sie die Kenntnisse hierfür hatten, als wirkliche Sachverständige an die Prüfung des vorgelegten Materials gingen und dementsprechend zu urteilen gewillt waren. Vorerst war es nicht beabsichtigt, die Entscheidungen dieses Ausschusses als bindend oder endgültig anzusehen, sondern ihr Gutachten war nur als Grundlage für spätere Verhandlungen und Vereinbarungen gedacht. Im Verlauf der Konferenz jedoch wurde ihre Arbeit immer selbständiger, ihr Einfluß stärker und ihre Tätigkeit über die einer bloßen Beratung hinausgehoben, so daß den Entscheidungen, die sie trafen, immer mehr Wert beigelegt und sie schließlich vom Obersten Rat als endgültig angesehen wurden<sup>31</sup>). Daraus erklärt sich die Tatsache, daß die Entscheidung über den Korridor nicht ausschließlich eine Angelegenheit des Zehnerrates oder einer anderen Kommission war, sondern daß sie weitgehend durch die Ablehnung des mit der Prüfung der tschechischen Forderungen beauftragten Tschechischen Komitees bestimmt war.

Venesch erhielt vom Zehnerrat die Aufforderung, am 5. Februar vor dem Rat zu erscheinen und seine schriftlich vorgebrachten Anträge zu begründen. Er brachte in dieser „weitschweifigen und anspruchsvollen Veranstaltung“ zur Begründung des Korridors nichts vor, was er nicht schon schriftlich niedergelegt hatte. Er erklärte, die Tschechen seien einer Vereinigung mit den Südslawen nicht abgeneigt, denn „dann würden die Deutschen endgültig vom Osten abgeschnitten und der neue Staat mehr Festigkeit gewinnen, indem er Berührungspunkte und Zugangswege zum Meer und gegen Italien hätte“<sup>32</sup>). Die Art, mit der Venesch, jede

31) Nicolson, Peace Making, S. 127: „Nur der polnische Bericht wurde nicht angenommen, sonst alle ohne Ausnahme.“

32) Neue Freie Presse vom 7. Febr. 1919, Frankfurter Zeitung vom 7. Febr. 1919.

Umschreibung beiseite lassend, den Korridor vom machtpolitischen Standpunkt aus als einen Teil eines mächtigen Blocks darstellte und forderte, bestärkte den italienischen Widerstand und entfachte aufs Neue die Angriffe der italienischen Presse. Dies um so mehr, als auch Belgrader Blätter erklärten, die serbische Friedensdelegation würde gemeinsam mit den Tschechen die Forderung stellen, der Tschechoslowakei und Südslawien soviel Territorium zu geben, daß sie eine gemeinsame Grenze haben könnten<sup>33</sup>). Die südslawischen Delegierten hielten sich dann allerdings nicht an die Ankündigung ihrer Presse, denn als sie am 18. Februar ihre Forderungen dem Zehnerrat vortrugen, war von einer offiziellen Stellungnahme für den Korridor keine Rede. Maßgebenden Einfluß auf diese Zurückhaltung hatte Trumbic. Er hatte schon 1914 bezweifelt, ob es für die Südslawen günstig sei, die Frage des Korridors aufzuwerfen, da es für die Südslawen ungleich wichtigere Fragen gebe, die gelöst werden müßten und die keine weitere Belastung ertragen. Trumbic konnte sich 1919 in Paris von der Richtigkeit seiner Anschauung überzeugen und sich in privaten Unterredungen über die Ansichten unterrichten, die bei den einzelnen Delegierten über den Korridor bestanden. Und als er in einer Aussprache mit Nicolson, in der er das Gespräch auf den Korridor brachte, darauf verwiesen wurde, daß diese Forderung doch zu phantastisch und unwahrscheinlich sei, als daß sie bewilligt werde, stimmte er dem bei<sup>34</sup>) und gab es auf, den Antrag vorzubringen. Damit ist nun natürlich nicht gesagt, daß die Südslawen für immer auf den Korridor verzichteten, denn das hätte ihrem Wesen, das kraftgeladen nach dem Besitz größtmöglicher Macht strebte, widersprochen. Es lag auch nicht im Sinne ihrer Politik gegenüber Italien, das seine Grenzen bis vor Laibach auf slowenischem Siedlungsgebiet vorschieben wollte und damit Südslawien zum Erwerb starker Plätze und Stellungen an seiner Nordgrenze gegen Italien drängte. Wenn die amtlichen Stellen es demnach nicht taten, so nur deshalb, weil sie bis zur endgültigen Anerkennung und Durchführung ihrer Forderungen alle Reibungen vermeiden mußten, die ihre ohnehin schwierige Lage noch verschlechtern konnten. Die offiziellen Denkschriften, die die südslawischen Forderungen bezüglich der Nordgrenze darstellten, forderten die Einbeziehung des Übermurgebietes bis St. Gotthard, aber keine Verbindung mit der Tschechoslowakei. In den offiziellen Denkschriften der südslawischen Delegation (*Travaux Ethnographiques*

33) Neue Freie Presse vom 10. Febr. 1919 (Agram, 9. Febr. 1919).

34) Aus einem Brief Nicolson's.

de la section de la délégation serbo-croate-slovène à la conférence de la paix) <sup>35)</sup> findet sich zwar in einer Abhandlung von Jovan Cvijic der Hinweis auf die slawische Minderheit Westungarns und auf den Antrag Masaryks und Chervins, die Tschechoslowakei und Südslawien durch den Korridor zu verbinden, doch keine eigene Stellungnahme. Die amtlichen Stellen überließen die Sorge um den Korridor den Tschechen, hinderten aber Persönlichkeiten, deren politische Stellung dies erlaubte, nicht, den Plan weiterzuverfolgen. Der Slowene Korosec z. B. sprach in Paris vom Korridor als einer Vereitlung der „deutsch-magyarischen Verschwörung“ <sup>36)</sup>.

Auch von kroatischer Seite wurde eine Schrift veröffentlicht: „Jugoslavija u svetlu statistike“, Agram 1919. Herausgeber war der Dozent für Statistik an der Agramer Universität und Experte der kroatischen Delegation in St. Germain Josip Lakatosch. Der Broschüre liegt eine Karte von Jugoslawien bei, auf der auch der Korridor eingezeichnet ist. Im ersten Abschnitt ist das Zahlenmaterial für den Korridor angegeben: 1648 qkm Flächeninhalt, 325 181 Einwohner, davon 104 374 Slowenen, Kroaten und Serben, 68 214 Magyaren, 148 168 Deutsche, 2238 andere Slawen, 8 Rumänen, 2179 andere. Die Ostgrenze des Korridors zieht sich von Preßburg an der Donau bis Ungarisch-Altenburg nach Neusiedl am See, das Ostufer des Sees bei Ungarn belassend, hierauf in nord-südlicher Richtung bis zur Drau <sup>37)</sup>.

Venesch ließ sich durch das, wenn auch rein äußerliche Ausschwenken der Südslawen aus der gemeinsamen Front nicht davon abhalten, weiterhin für den Korridor einzutreten, obwohl ihm der starre Widerstand der englischen, amerikanischen und italienischen Sachverständigen bekannt war. Nicolson von der englischen und Seymour von der USA-Delegation hatten sich am 6. Februar, am Tage nach Veneschs Vortrag vor dem Rat der Völkervereinigung, zur Aussprache über die tschechischen Forderungen getroffen. Im Verlauf dieser Aussprache stellten sie fest, daß der Korridor durch nichts zu rechtfertigen sei und mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden müsse.

Seymour sah im Korridor eine unmögliche Einrichtung, die in schärfstem Gegensatz zu den vom Präsidenten Wilson festgelegten Prinzipien stünde <sup>38)</sup>; Nicolson hielt den Plan für phantastisch und als Ausdruck

35) Aus dem Nachlaß von Prof. Sieger, Graz.

36) Glaise-Horstenau, Die Katastrophe, S. 474.

37) Die Schrift befindet sich im Besitz von Prof. Luz, Graz.

38) Aus einem Brief Charles Seymours.



eines mehr oder minder verworrenen Panlawismus, der trotz seiner Unausgeglichenheit auf den slawischen Block zwischen Danzig und Fiume zusteure und deshalb und wegen der fehlenden rechtlichen Begründung undurchführbar sei<sup>39)</sup>. Nicolsons Meinung war für die Einstellung der englischen Delegation entscheidend, da sich Sir Joseph Cook in dieser Frage nicht auskannte und sich dazu nicht äußerte; das Gutachten der englischen Delegation aber war bestimmend für die Ansicht des Komitees<sup>40)</sup>. Als Gegenspieler stand auf französischer Seite Laroche. Seine Ansicht — mit der er besonders während des Februars nicht zurückhielt und beunruhigend auf die englische Delegation wirkte<sup>41)</sup>, — war, daß die Frage des Korridors ernstlich erwogen werden mußte und daß seine Verwirklichung sehr wohl im Bereich des Möglichen liege. So standen sich, als am 27. Februar das Tschechische Komitee zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, vier Delegationen gegenüber, deren Ansichten bereits festgelegt waren. Der französische Delegierte stand mit seiner Ansicht allein. Unter diesen Umständen mußte bei einer Erörterung dieser Frage der tschechische Antrag abgelehnt werden. In den folgenden Tagen kam es dazu. Nach übereinstimmenden Berichten von Seymour und Nicolson kann allerdings von Erörterungen, wie sie über andere Forderungen geführt wurden, nicht gesprochen werden, weil dieser Vorschlag, obwohl er bei verschiedenen Gelegenheiten während der Diskussion des Komitees auftauchte, nie ernstlich oder ausführlich behandelt wurde<sup>42)</sup>. Dazu konnte es nicht kommen, weil die Italiener jede Erörterung von vornherein derart heftig ablehnten, daß jede weitere Unterhandlung zwecklos und unmöglich war<sup>43)</sup>. Weil es zu schwierig war, „einen Franzosen, einen Italiener, einen Amerikaner und einen Engländer unter einen Hut zu bringen<sup>44)</sup>, mußte Benesch noch einmal vor dem Tschechischen Unterausschuß er-

39) Aus einer Mitteilung Nicolsons.

40) Nicolson, Peace Making.

41) Nicolson: „I do recollect some time in February being slightly alarmed at noticing that Laroche took the Czeck claim seriously.“ Aus einem Brief.

42) Aus einem Brief Seymours: „I have a general remembrance that the proposal came up informally on various occasions during the discussions of the Commissions, but I am quite sure that the matter was never discussed with care or at great length.“

43) Aus einem Brief Seymours: „The two Italian representatives, the Marquis Salvago Raggi and de Martino, brushed the suggestion aside very hastily.“

44) Nicolson, Peace Making, S. 263.

scheinen, um über seine Forderungen nähere Aufklärung zu geben<sup>45)</sup>. In der Sitzung des tschechischen Komitees vom 8. März kam es dann zum endgültigen Beschluß, den tschechischen Antrag auf den Korridor abzulehnen und ihn nicht in dem Bericht an den Zehnerrat aufzunehmen<sup>46)</sup>. Dieser Beschluß deckte sich mit der von der Territorialkommission, bestehend aus Dr. S. E. Mezes (Amerika), Sir Ere Crowe (England), Tardieu und Marquis Salvago Raggi am 5. März gemachten Feststellung, daß an der österreich-ungarischen Grenze keine Änderung eintreten solle<sup>47)</sup>.

Das tschechische Komitee, das vom Zehnerrat den Auftrag erhalten hatte, die tschechischen Ansprüche zu überprüfen und das Ergebnis in Form eines Berichtes bis zum 8. März abzuliefern, war bis zum bestimmten Zeitpunkt damit fertig, erhielt jedoch am 9. März die Aufforderung, diesen Bericht in die Form eines Vertrages zu bringen. Damit war die Entscheidung verzögert und Benesch die Möglichkeit zu erneuter Werbung für den Korridor gegeben. Er und Kramarsch hielten vorerst an ihrer alten Taktik fest: sie versuchten, an die Sachverständigen heranzukommen, um durch persönliche Aussprache die Einwände zu beseitigen und sie für ihre Ansichten zu gewinnen. Dabei zeigte es sich, daß Kramarsch die treibende Kraft war<sup>48)</sup>. Mehr aus dem Hintergrund und auf den ersten Blick nicht erkenntlich, aber mit Entschlossenheit und Zähigkeit verfolgte er sein Ziel und schien im Gegensatz zu Benesch die Schwierigkeiten nicht zu sehen, die der Verwirklichung des Korridors entgegenstanden. Sein Glaube an die kommende große slawische Gemeinschaft, an der er trotz Rußlands Niedergang festhielt, forderte zumindest die Schaffung einer geschlossenen Westfront, um die Voraussetzung zum Bau der größeren Gemeinschaft zu besitzen. Kramarsch darf deswegen nicht als Außenseiter angesehen werden, der als Einzelner unerfüllbaren Forderungen nachjagte. Nein, denn er wie Benesch handelten im Auftrag der Heimat, im Einverständnis

45) Ebenda S. 265.

46) Nicolson bringt in seinem Buch „Peace Making“ die Wendung, „They rule out the corridor with Jugo-Slavia“. Sie wurde in der deutschen Übersetzung wiedergegeben mit „Sie legen den Korridor mit Jugoslawien fest“. Diese Übersetzung ist falsch. „Rule out“ bedeutet nicht „festlegen“, sondern „fallen lassen, ablehnen“. Herr Nicolson hat mir das brieflich bestätigt. K. v. Loesch hat in seinem Aufsatz „Der burgenländische Korridor“ die deutsche Übersetzung benutzt und damit eine Auslegung angeführt, die ein falsches Bild ergibt.

47) K. Lug, The Treaty of St. Germain, S. 265.

48) Nicolson, Peace Making, S. 309 gibt ein Beispiel der Kramarschschen Methode.

mit der tschechoslowakischen Nationalversammlung, die in der Sitzung vom 27. März in einer Antwortadresse an Masaryk erklärte, daß der Korridor geschaffen werden mußte<sup>49)</sup>. Allerdings war das Verhalten beider maßgebend für die Erklärung, die die Nationalversammlung verfaßte, denn sie taten nichts, um die überspannten Hoffnungen der heimischen Bevölkerung auf ein erträgliches Maß zurückzuführen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß es auch möglich sei, daß nicht alle Forderungen auf der Konferenz erfüllt würden. Sie hielten an der alten Taktik, Berichte aus Paris in Prag zu Entschliefungen umarbeiten und sie als Stimme des Volkes nach Paris rückübermitteln zu lassen, fest.

Das tschechische Komitee ließ sich davon nicht beeinflussen, so daß Beneš nichts anderes übrig blieb, als sich unmittelbar an den Fünfer- bzw. Zehnerrat zu wenden, um in dem Augenblick, wo die Grenze zwischen Österreich und Ungarn festgelegt wurde, seine Forderung vorzubringen und die endgültige Entscheidung zu erzwingen. Daß diese Entscheidung des Zehnerrates günstiger lauten könnte als die des Sachverständigenausschusses, war nicht von der Hand zu weisen, den der Zehnerrat stellte eine politische Körperschaft dar, in der nach politischen und nicht wie beim Sachverständigenausschuß nach sachlichen Gesichtspunkten geurteilt wurde. Bedeutend wichtiger aber war noch der Umstand, daß der Einfluß Frankreichs, in dessen Händen fast ausschließlich die militärischen und diplomatischen Angelegenheiten des östlichen Europas ruhten<sup>50)</sup>, im Zehnerrat dank der Tatkraft seiner Diplomaten ungleich größer war als der der anderen Verbündeten. Und als drittes kam hinzu, daß unterdessen die politische Entwicklung in Ungarn den tschechischen Wünschen vorgearbeitet hatte. Bela Kun, dessen Machtergreifung durch die Förderung der französischen Militärpartei mitverschuldet gewesen war<sup>51)</sup>, gab, um sich an der Regierung zu halten, der tschechischen, südslawischen und rumänischen Regierung bekannt, daß die ungarische Räteregierung alle territorialen

49) Frankfurter Ztg. vom 29. März 1919.

50) W. Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles, II. Bd., S. 23.

51) Ebenda, II. Bd., S. 24: „Der Sturm, der sich infolge dieses unbilligen Verhaltens erhob, bewirkte . . . die Erhebung Bela Kuns und die Bolschewistenherrschaft. Das gesamte Material in diesen geheimen Dokumenten liefert den klaren Beweis, daß die französischen militärischen und diplomatischen Autoritäten dies Ergebnis nicht nur willkommen hießen, sondern sogar noch beförderten, aus den Gedanken heraus, auf diese Weise militärische Aktionen und militärische Abmachungen zu erzwingen.“



und nationalen Ansprüche der genannten Regierungen anerkenne, als Gegenleistung aber die Nichteinmischung in die ungarischen Angelegenheiten fordere<sup>52)</sup>. Damit schien sich Ungarn mit den Tatsachen abzufinden und auch der Durchführung des Korridors nichts in den Weg zu legen. Konnte Benesch den Korridor nicht als Damm gegen die kommunistische Gefahr hinstellen, die Österreich von Ungarn aus zu überschwemmen drohte, um von Österreich aus auf das Deutsche Reich überzugreifen und ganz Europa erneut in den Krieg zu stürzen? Schien der Korridor nicht ein wirksames Mittel, um die Zusammenarbeit des marxistisch regierten Österreich mit dem bolschewistisch regierten Ungarn, die der Ausgangspunkt zur Bildung eines großen bolschewistischen Blocks Deutsches Reich-Österreich-Ungarn-Rußland sein konnten, zu verhindern? Würden, wenn dieser Block zustande kam, nicht alle Berechnungen und Erfolge der Entente und ihrer Verbündeten durch die Kraft dieses Blocks über den Haufen geworfen, die Tschechoslowakei und Polen zermalmt und die Friedensdiktate in Frage gestellt? Sich mit diesen Gedankengängen, wenn auch in einer weit allgemeineren Form, auseinanderzusetzen, war der Zwang der Stunde. Die Siegermächte taten es, doch für den Korridor war es nicht maßgebend.

Am 8. Mai fand am Quai d'Orsay die entscheidende Sitzung des Fünferrates, in der die österreichisch-ungarische Monarchie aufgeteilt wurde, statt. Der italienische Vertreter Sonnino warf im Verlauf dieser Sitzung die Frage auf, wie es mit der Grenze zwischen Ungarn und Österreich stehe, da sich bisher keine Kommission damit beschäftigt habe. Nach einer Aussprache über diese Frage wurde unter allgemeiner Zustimmung beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die nötigen Unterlagen sammeln sollte, um, wenn Österreich oder Ungarn den Antrag auf Änderung ihrer gemeinsamen Grenze stellte, dem Rat behilflich sein zu können. Am 12. Mai teilte Präsident Wilson in der Sitzung des Zehnerrates mit, daß er benachrichtigt worden sei, daß Österreich eine Grenzänderung gegenüber Ungarn fordern werde. Trotz dieser neugeschaffenen Lage wurde aber beschlossen, die Grenze von 1914 beizubehalten und in die Friedensbedingungen aufzunehmen, die am 2. Juni der deutsch-österreichischen Delegation überreicht wurden.

Benesch konnte mit diesem Vertragsentwurf zufrieden sein, denn er enthielt keine Bestimmungen, die irgendwie die Rechte, die er auf Westungarn zu haben glaubte, schmälerten. Da nun dieser Vertrag die Frage der Zugehörigkeit Westungarns völlig offen ließ, hielt er es für möglich,

52) Frankfurter Ztg. vom 2. Mai 1919, Le Temps vom 4. Mai 1919.

im Rahmen des Vertrages mit Ungarn die Abtretung Westungarns zu erwirken. Die Zusicherung des Obersten Militärates, eine Verbindung nach Triest herzustellen und das Versprechen Frankreichs, die Korridorforderung zu unterstützen, bestanden immer noch. Westungarn war, wie es der Führer der deutsch-österreichischen Delegation, Dr. Kenner, bestätigte, den Tschechen und Südslawen soweit sicher, daß es für Ungarn verloren und nicht mehr zurückzugewinnen war<sup>53</sup>). Tuszar, der erste tschechische Gesandte in Wien, hatte ihm auf sein ausdrückliches Befragen anfangs 1919 erklärt, daß den Tschechen und Jugoslawen eine gemeinsame Grenze (offenbar nur auf dem Boden des späteren Burgenlandes möglich) zugesagt war<sup>54</sup>).

Deutsch-Österreich mußte Deutsch-Westungarn den Slawen entreißen<sup>55</sup>). Die österreichische Delegation überreichte am 16. Juni eine Antwortnote auf den Vertragsentwurf vom 2. Juni, in der sie die Gründe anführte, die für einen Anschluß des Burgenlandes an Österreich sprechen und verlangte für Deutsch-Westungarn eine Volksabstimmung, die über dessen Zugehörigkeit entscheiden sollte. Die Einwände blieben auf die englischen und amerikanischen Vertreter nicht ohne Wirkung: Lansing befürwortete am 1. Juli die Überprüfung dieser Forderung durch die hierzu bestimmte Kommission; Balfour wies am 2. Juli darauf hin, daß die Grenze mit Ungarn erhöhte Aufmerksamkeit verdiene. Damit, daß der amerikanische und englische Vertreter dem österreichischen Standpunkt wohlwollend gegenüberstanden, war noch keine Gewähr geboten, daß der Einfluß Frankreichs und der Nachfolgestaaten gebrochen und der österreichische Wunsch erfüllt würde. Erst das starre Nein der italienischen Delegation, deren Interesse Kenner für die Frage des Preßburger Brückenkopfes und Korridors erneut aufzupeitschen wußte, schuf auch in dieser rein politisch urteilenden Körperschaft des Zehnerrates jene Front, die stark genug war, den Willen der französischen Gruppe zu brechen. Wie es Kenner möglich war, mit der italienischen Delegation in Verbindung zu treten und sogar in die Kämpfe, die zwischen diesen beiden Gruppen stattfanden, einzuwirken<sup>55</sup>), entzieht sich unserer Kenntnis. Daß

53. Dr. Karl Kenner, Staatskanzler a. D., Wie es zur Befreiung des Burgenlandes kam, S. 11 in: „Zehn Jahre österreichische Gendarmerie im Burgenland.“

54) Dr. Kenner hat mir dies brieflich mitgeteilt, allerdings mit der Aufforderung, seinen Namen nicht zu nennen. (System Schuschnigg!)

55) Kenner, Wie es zur Befreiung des Burgenlandes kam, S. 10.

diese Verbindung bestand, wird von Renner bestätigt, aber nicht aufgeklärt<sup>56</sup>).

Renner benützte als Unterlage für seine Werbung das ihm vom Amt für die Burgenlandfrage ausgearbeitete Material. Das Deutsch-Österreichische Staatsamt für Außeres hatte Prof. Luz<sup>57</sup>) beauftragt, kartographisches historisches Material über Deutsch-Westungarn herzustellen. Luz zeichnete drei Karten: ein deutsches Grundblatt, ein magyarisches und ein kroatisches Minderheitenblatt. Für den Handgebrauch wurden Abdrücke der Minderheitenkarten auch auf Meatenpapier hergestellt. Infolgedessen waren die Minderheitenkartenblätter in doppelter Ausfertigung vorhanden: das eine Mal auf durchsichtigem Papier, das andere Mal auf undurchsichtigem. Die auf undurchsichtigem sollten die Verbreitung und Stärke der Minderheiten im allgemeinen veranschaulichen, die Karten auf durchsichtigem Papier aber sollten den Vergleich mit dem deutschen Blatte ermöglichen. Prof. Luz unterwies den französischen Sprachlehrer J. B. E y b o u l e t im Gebrauch des deutschen Grundblattes und der Meaten. Zusammen mit einem der in Graz weilenden Offiziere der Militärmission fuhr er dann im Auftrag des Amtes für die Burgenlandfrage (unter Staatsrat Neunteuffel) nach Frankreich und warb dort für die Angliederung des Burgenlandes an Österreich. Sowohl dem französischen Offizier als auch Eyboulet war eingeschärft worden, die Angliederung ohne Abstimmung durchzuführen, da die ungarischen Wahlumtriebe zu bekannt waren, um eine gerechte Beurteilung erwarten zu können. Eine geheim durchgeführte Volksabstimmung hatte mehr als 90 Prozent für Deutsch-Österreich ergeben. Dieses Abstimmungsergebnis wurde dann der Botschafterkonferenz vorgelegt. (Vgl. Diss. Smudits.)

Die Folgen des österreichischen Vorgehens zeigten sich sofort: Beneš richtete aus Furcht, Frankreich könnte sich in seiner Haltung von der englisch-amerikanisch-italienischen Gruppe beeinflussen lassen, am 3. Juli an Clemenceau eine Note, worin er gegen die eventuelle Zuteilung Westungarns an Österreich protestierte und die tschechischen Vorschläge wiederholte. Die Note hatte folgenden Wortlaut<sup>58</sup>):

---

56) Ein Mitglied der österreichischen Delegation, Dr. Beer, hält es für möglich, daß dies mit Hilfe der der österreichischen Abordnung zugeteilten italienischen Offiziere Major Stopani und Hauptmann Della Rocca geschah.

57) Prof. Luz hatte schon vor dem Kriege über diese Frage gearbeitet. Seiner Ansicht nach wäre eine raschere und günstigere Lösung möglich gewesen, wenn 1919/20 nicht Parteienstreitigkeiten in Österreich mitgespielt hätten.

58) Luz: The Treaty of St. Germain, S. 415.



Tschechoslowakische Republik  
Ministerium des Äußeren  
Von: Karl Kramarsch  
An: Präsident Clemenceau

Paris, 3. Juli 1919.

Die Friedenskonferenz bereitet gegenwärtig die Antworten auf die verschiedenen Noten der österreichischen Delegation vor. Sie erwägt unter anderem territoriale Fragen und bemerkenswerterweise die Ansprüche Deutsch-Österreichs auf das im Westen des heutigen Ungarns, zwischen der Donau und der Drau längs der Westgrenze Ungarns gelegene Gebiet, wo drei verschiedene Nationalitäten vermischt sind (Slawen, Ungarn und Deutsche). Diese letzte Frage betrifft besonders den tschechoslowakischen Staat und im allgemeinen ist die Frage der Zuteilung dieses gemischten Gebietes entweder an Österreich oder an Ungarn für die tschechoslowakische Republik von sehr großer Bedeutung.

Wie Sie wissen, Herr Präsident, hat die tschechoslowakische Delegation gewisse Vorschläge, die dieses Gebiet betreffen, der Friedenskonferenz unterbreitet. Darin zeigte sich das große Interesse, das die Tschechoslowakische Republik an diesem Gebiet hat, denn gerade da wünschte sie Zugang zum Adriatischen Meer zu haben, wobei sie gewillt wäre, jede Lösung über eine Zuteilung dieses Gebietes anzunehmen, die es ihr ermöglichen würde, frei mit der See zu verkehren. Zuerst schlugen wir vor, daß dieses Gebiet der Tschechoslowakischen Republik und dem Südslawischen Staat zugeteilt werde; aber wir machten auch andere Vorschläge, vor allem daß dieses Gebiet neutralisiert oder unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt werde.

Die Gründe dafür sind zahlreich. Der neuerliche Einfall der Magyaren in die Slowakei hat noch einmal die Gefahr gezeigt, der die Tschechoslowakische Republik in ihren Verbindungen mit ihren jetzigen Verbündeten immer ausgesetzt sein wird. Im Friedensvertrag mit Österreich ist uns der Zutritt zur Adria durch zwei Bahnlinien zugesichert, von denen die eine durch Deutsch-Österreich und die andere gerade durch das Gebiet führt, von dem in diesem Schreiben zu sprechen ich die Ehre habe und das jetzt von den Österreichern beansprucht wird. Wenn dieses Gebiet Deutsch-Österreich übergeben wird, werden unsere Interessen beträchtlich bedroht sein, denn wir werden mit unserem Zugang zum Adriatischen Meer gänzlich von den Deutsch-Österreichern abhängig sein.

Für uns ist dies eine äußerst ernste Frage. Deutsch-Österreich hat vom

ethnographischen Standpunkt aus kein größeres Anrecht auf dieses Gebiet als wir, da dieses Gebiet zu einem Drittel von Slawen, zu einem Drittel Magyaren und einem Drittel Deutschen bewohnt wird.

Die tschechoslowakische Delegation betrachtet es daher als ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Konferenz auf dieses schwierige Problem zu lenken und sie zu bitten, die Argumente, die wir vorgebracht haben und die wir heute wiederholen, noch einmal zu überprüfen.

Wir nehmen uns die Freiheit, die Konferenz ganz besonders darauf hinzuweisen und sie zu ersuchen, uns zu fragen, bevor entweder die Kommission oder der Hohe Rat selbst über die Zuteilung dieses Gebietes entscheidet, so daß wir unseren Standpunkt darlegen und bestimmte Vorschläge in der Angelegenheit überreichen können. In der Tat glauben wir, daß, wenn die Konferenz unsere ersten Ansprüche nicht zu befriedigen wünscht, es im allgemeinen Interesse Europas unbedingt notwendig ist, eine andere Lösung über dieses Gebiet zu finden, als die Zuweisung an Ungarn oder Österreich. Die Arbeit des Völkerbundes und gewisse Bestimmungen der Konferenz, die in bezug auf bestimmte Gebiete, die der Lage Westungarns analog sind, getroffen wurden, lassen uns hoffen, daß die Konferenz unsere Intervention beachten wird.

Die tschechoslowakische Delegation ist bereit, alle notwendigen Erklärungen entweder der Territorialkommission oder dem Hohen Rat selbst zu überreichen.

(gez.) Eduard Benesch  
Karl Kramarsch

Diese Note ist ein schlagender Beweis dafür, wie sorgfältig sich Benesch für alle Möglichkeiten vorbereitet hatte und für den Fall, daß die Aufteilung des Gebietes auf die Tschechoslowakei und Südslawien nicht bewilligt werden sollte, als Ersatz

1. die Neutralisation dieses Gebietes

2. die Verwaltung durch den Völkerbund

vorschlug. In beiden Fällen wäre die wesentliche Funktion des Korridors — die Verbindung zwischen den beiden slawischen Staaten herzustellen — gewahrt geblieben. Denn der Hinweis auf „gewisse Bestimmungen der Konferenz, die der Lage Westungarns analog sind“, zeigt die Richtung, worauf Benesch hinauswollte: Er wies damit auf Lösungen hin, bei denen der Völkerbund zwar formell die Verwaltung übernehmen, praktisch aber die Überleitung des Besitzrechtes auf die feindlichen Staaten

erleichtern und durchführen sollte. So war auch die Neutralisierung oder Völkerbundsverwaltung Westungarns nur als Zwischenlösung und verschleierte Form der Übergabe gedacht. Denn wie die Franzosen überzeugt waren, das Saargebiet trotz Völkerbundsstatut sich dennoch anzueignen und die Polen über Danzig nicht anders dachten, so glaubten auch die Tschechen, Deutsch-Westungarn trotz oder vielmehr durch den Völkerbund oder durch die Neutralisierung an sich reißen zu können.

Eine Abart dieser Lösungsmöglichkeit war die geforderte Internationalisierung der zwei von Preßburg zur Adria führenden Bahnlinien. Venesch hatte sie schon vom Konferenzbeginn an gefordert, um im äußersten Fall zu diesem Ausweg greifen zu können. Er fand mit diesem Vorschlag keinen Widerstand, denn die amerikanische Delegation hatte schon im Februar den Antrag gestellt, die Internationalisierung der Linie Preßburg—Fiume zuzugestehen<sup>59)</sup>.

„In der Tat glauben wir, daß . . . es im allgemeinen Interesse Europas unbedingt notwendig ist, eine andere Lösung über dieses Gebiet zu finden, als die Zuteilung an Ungarn oder Österreich.“ Hieraus läßt sich eine beachtenswerte Folgerung ziehen. Venesch schreibt von einer Zuteilung an Österreich oder Ungarn und sagt damit nicht mehr und nicht weniger, als daß dieses Gebiet keinem von diesen zwei Staaten gehörte. Auch nicht Ungarn, denn sonst wäre es sinnlos, von einer Zuteilung an Ungarn zu sprechen. Es mußte also einem Dritten zugebacht, oder zumindest freigewesen sein. Damit wird das bestätigt, was Kenner über die Stellung Deutsch-Westungarns sagte: Daß es für Ungarn verloren war, „da die verbündeten Tschechen und Südslawen ihre Hand darauf gelegt hatten. Ihnen und nicht Ungarn wurde das Land durch unsere zwingende Argumentation abgezwungen“.

Die Entscheidung über die Zugehörigkeit Deutsch-Westungarns fiel in den Besprechungen unter den Alliierten und assoziierten Mächten, die vom 7. bis 11. Juli stattfanden. Am 11. Juli wurde über das Schicksal Österreichs entschieden. Schon in der Sitzordnung zeigte sich die Stellung, die der österreichischen Abordnung unter Führung Kenners zugebacht war: sie mußten an einem gesonderten Tisch Platz nehmen, von den Tschechen und Slowenen höhnisch belächelt. Als die Korridorfrage zur Besprechung kam und die Südslawen um ihre Meinung befragt wurden, da schwiegen sowohl Pasic als auch Trumbic. Pasic wandte sein Hauptaugenmerk auf die Einbe-

---

59) Frankfurter Ztg. vom 28. Febr. 1919.



ziehung aller Serben in den neuen Staat, Trumbic wieder auf die Kroaten an der Adria. Das Schweigen von Pasic und Trumbic, der Hauptvertreter Südslawiens, entzog den Tschechen und Slowenen die Gelegenheit, das Wort zur Korridorfrage zu ergreifen und die Konferenz ging zur Tagesordnung über<sup>60</sup>).

Die amerikanischen, britischen, französischen und japanischen Vertreter beschlossen, Deutsch-Westungarn mit Ausnahme der Eisenbahnlinie Preßburg—Sofna Österreich zu übergeben und die slawischen Ansprüche zurückzuweisen, während der italienische Vertreter sich der Mehrheit gefaßten Entscheidung in der Frage der Grenzziehung nicht anschloß<sup>61</sup>).

Zwei Tatsachen müssen bei dieser Entscheidung herausgegriffen werden: Frankreich stimmte für die Übergabe Deutsch-Westungarns an Österreich; Italien verweigerte seine Zustimmung und schlug eine andere Lösung, die wir nicht kennen, vor. Die Frage ist nun, warum Frankreich, dessen Vorschlag nach der Meldung des Temps (9. Juli) gewesen war, zwischen Österreich und Ungarn eine internationale Zone unter Aufsicht des Völkerbundes zu legen<sup>62</sup>), dennoch für die Zuteilung an Österreich stimmte. Hätte es nicht auch für die Rückgabe an Ungarn stimmen können, da ihm an der Vergrößerung des anschlussfreundigen Österreich doch nichts liegen konnte? Die Erklärung, daß mit der Übergabe des Burgenlandes ein Zankapfel zwischen die bisher verbündeten Staaten geschleudert wurde, der es Frankreich ermöglichte, auch an dieser Stelle Mitteleuropas den Gendarmen zu spielen, ist einleuchtend, doch sie scheint mir allein nicht zu genügen. Denn wäre es nicht denkbar, daß für Frankreichs Zustimmung der Gedanke maßgebend war, daß Österreich, dem die Heimkehr ins Reich verwehrt war, zusammenbrechen werde und aufgeteilt werden könnte? Ein durch die Angliederung des Burgenlandes vergrößertes Österreich würde bei einer Aufteilung für jeden ein größeres Beutestück ergeben, den Tschechen zumindest aber die Möglichkeit, den östlichen Teil Österreichs mit dem Burgenland zum Korridor auszugestalten. Deshalb scheint mir auch die Annahme, daß eine Entscheidung für Österreich sofort den Korridorgedanken ausschaltete, wohl für den Augenblick, nicht aber für die Zukunft ganz zutreffend gewesen zu sein<sup>63</sup>). Wäre dies tat-

60) Diese Darstellung gab Dr. Trumbic meinem nach Agram entsandten Gewährsmann Prof. Dr. Lutz.

61) Lutz, The Treaty of St. Germain, S. 146.

62) Neue Freie Presse vom 10. Juli 1919, Le Temps vom 10. Juli 1919.

63) Prof. D. Brunner im „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“,

sächlich der Fall gewesen, dann hätte wohl Italien nicht gezögert, sich in der Frage der Grenzziehung der Mehrheit anzuschließen, um so mehr, als auch die Verhältnisse im damaligen Räteungarn höchst undurchsichtig waren. So aber schien Italien in den österreichischen Verhältnissen nicht die Gewähr zu erblicken, daß mit der Übergabe die Korridor Gefahr beseitigt war, und es schlug eine andere Lösung vor. Worin nun diese bestand, konnte trotz vieler Nachfragen nicht ermittelt werden<sup>64</sup>).

Venesch und Kramarsch hatten während dieser Verhandlungstage (7.—11. Juli) Gelegenheit, in einer mehrstündigen Rede andere Wünsche noch einmal vorzubringen<sup>65</sup>). Ihr Streben ging dahin, an Stelle des nicht bewilligten Korridors neben der Internationalisierung der Bahnlagen einen Ersatz in der Gestalt eines Gebietsstreifens südlich der Donau gegenüber Preßburg zu erhalten, um einen Zugang zu den ungarischen, nach Süden führenden Bahnen zu haben. Die Bedeutung dieses an strategisch wichtiger Stelle gelegenen Brückenkopfes war von den Tschechen von Anfang an klar erkannt worden. Masaryk hatte sich in einer Unterredung mit Smuts sogar bereit erklärt, auf die Große Schüttinsel zu verzichten, wenn ihnen dieser Brückenkopf zugesichert werde<sup>66</sup>). Ein Beweis dafür, wie wertvoll er den Tschechen war. Venesch und Kramarsch ließen sich, von französischer Seite angeeifert, nicht in diesen Tausch ein, und Kramarsch forderte am 11. Juli in der Sitzung des Fünferrates den Preßburger Brückenkopf, wurde am folgenden Tag aber mit seiner Forderung abgewiesen<sup>67</sup>). Am 10. und 11. Juli wurde nun im Zusammenhang mit der Festlegung der Grenze zwischen Österreich und Ungarn auch diese Forderung behandelt und von der Kommission beschlossen, den Tschechen den Brückenkopf zu überlassen<sup>68</sup>). Weiters wurde das Wieselburger Komitat

---

Vd. 1, S. 717. Breslau 1935. — Der Anschluß des Burgenlandes an Österreich bedeutete noch keineswegs ein Aufgeben des Korridorplanes von seiten der Tschechen und Südslawen (siehe nächster Abschnitt). Als im Jahre 1922 wiederholt in den ausländischen Blättern der Gedanke der Aufteilung Österreichs auftauchte, wies man von ungarischer Seite darauf hin, daß nun doch das Burgenland den Slawen als Korridor dienen werde. (Abgeordneter Moser in der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses am 22. Aug. 1922.)

64) Der italienische Staatssekretär a. D. Giannini erklärte, über Italiens Haltung befragt, Italien sei gegen eine direkte Zuteilung des Burgenlandes an Österreich gewesen, weil es einen Eingriff von Norden oder Süden befürchtete. (Giannini gab 1936 diese Auskunft in einer Unterredung, um die Dr. Heinz in meinem Namen ansuchte.)

65) Neue Freie Presse vom 10. Juli 1919, Le Temps vom 9. Juli 1919.

66) Nicolson, Peace Making, S. 309.

67) Ebenda S. 344.

68) Luk, The Treaty of St. Germain, S. 417.

auf tschechischen Vorschlag hin zerrissen und die Grenze zwischen Österreich und Ungarn, westlich der Bahnlinie Preßburg—Gorna verlaufend, festgelegt, um den Tschechen eine über Österreich und eine über Ungarn führende Bahn zu geben. Diese von militärischen Erwägungen ausgehende Entscheidung ging von der Voraussetzung aus, daß es zu einem gleichzeitigen Krieg gegen Österreich und Ungarn nicht kommen werde, so daß im Falle eines Krieges mit einem der beiden Staaten immer noch die Bahnlinie über den anderen Staat benutzbar blieb.

Gegen diese am 20. Juli überreichten Bedingungen protestierte die österreichische Delegation am 6. und 11. August. Doch ohne Erfolg. In der Antwortnote auf diesen Protest hieß es: „In diesem Falle haben die Mächte mit Vorbedacht den Tschechoslowaken den Zugang zum Meer herzustellen gesucht. Infolgedessen haben sie gewollt, daß der große Marktplatz Mährens, Preßburg, seine Verbindung mit dem Adriatischen Meer sowohl durch das ungarische wie das österreichische Gebiet gesichert erhalte<sup>69)</sup>.“

Mit dieser Begründung wurde die getroffene Regelung als endgültig erklärt. Das slawische Ringen um den Korridor war nicht umsonst gewesen: die Tschechen erhielten den Brückenkopf von Preßburg mit seiner donaubeherrschenden Stellung und das Recht, eigene Züge über die österreichischen Teilstrecken der Linie Preßburg—Fiume zu führen. Den Südslawen wurde das Übermurgebiet zugesprochen.

---

69) Treaty of St. Germain, S. 423.



## Der Entscheidung entgegen

Benesch hatte durch seine beständigen Vorträgen und Denkschriften sowie durch sein Drängen fast alles erreicht, was er beansprucht hatte. Weit griffen die Staatsgrenzen über das tschechische Siedlungsgebiet hinaus und schufen damit die jeder vollstlichen und geschichtlichen Entwicklung hohnsprechenden „historischen Grenzen“. Der Sieg des tschechischen Machtstrebens wäre noch vollständiger gewesen, hätte das Friedensdiktat den Tschechen auch noch das Burgenland als Korridor gegeben. Daß die Entscheidung darüber anders ausfiel, war eine Tatsache, die entweder anerkannt oder abgelehnt werden mußte. Die Tschechen wählten den mittleren Weg: sie gaben ihre Unterschrift unter den Vertrag, waren aber nicht gewillt, die im Vertrag festgelegte Regelung als endgültig anzusehen, sondern betrachteten sie nur als einen zeitlichen Aufschub, der jene Lösung nicht aufhalten konnte, die einmal kommen und ihnen den östlichen Teil Österreichs und damit eine gemeinsame Grenze mit Südslawien bringen mußte. Diese Hoffnung war nicht unbegründet, denn Österreich war im Vertrag von St. Germain so zugestuzt worden und die Bestimmungen über seine Rechte und Pflichten so gehalten, daß sie zwangsläufig zu politischen Wirren führen mußten, die zum Eingreifen und zur Besetzung des Korridors ausgenützt werden konnten. Brach sich einmal aus Not und Elend die Verzweiflung Bahn und griff das Volk zu den letzten Mitteln, um sich sein Lebensrecht selbst zu nehmen, so war nach ihrer Meinung der Augenblick gekommen, in dem der entscheidende Schritt zur Durchführung des Korridors getan werden mußte. Somit war das Wollen und die Absicht der Sieger- und Nachfolgestaaten über das Objekt Österreich und über dessen Stellung im Rahmen der europäischen Politik der Maßstab für das Verhalten der Tschechen zur Frage des Korridors. Der Ablauf der Ereignisse in den Jahren nach dem Kriege und ihre Einwirkung auf die Frage des Korridors beweist den — wenn auch nicht immer unmittelbar erkennbaren — Zusammenhang und die Richtigkeit dieser Feststellung. Sei es der russisch-polnische Krieg, die Teilung Oberschlesiens, Karl

von Habsburgs Restaurationsversuche oder sei es der Bändenkrieg im Burgenland: immer waren die Ereignisse maßgebend für die jeweilige Stellung der Tschechen bzw. Südslawen zur Frage der Verwirklichung des Korridors. Und da bei allen Ereignissen der Nachkriegszeit der mehr oder minder starke Einfluß Frankreichs — das einmal den einen, dann wieder den anderen Verbündeten näher heranzog — entscheidend war, so ergibt sich daraus die Folgerung, daß das ständig sich ändernde Verhalten Frankreichs seinen Verbündeten gegenüber die Verwirklichung des Korridors bald als möglich, bald als unwahrscheinlich erscheinen ließ.

Frankreich war 1918 nicht in der Lage gewesen, den Tschechen zum Korridor zu verhelfen. Daß es dazu gewillt war, bewies sein Verhalten auf der Friedenskonferenz und seine in der Presse gezeigte Einstellung. Der „Temps“ hatte noch am 9. Juli die französische Meinung dahingehend zusammengefaßt, die Aufgabe des Vertrages mit Österreich sei, die Vereinigung der Deutschösterreicher und der Magyaren durch eine durch diese beiden Nationen zu legenden slawische Barriere zu trennen und „zwischen Wien und Budapest eine internationale Zone unter Aufsicht des Völkerbundes zu legen“<sup>1)</sup>. Diese Auffassung Frankreichs deckte sich mit seinem Plan, seine Ostpolitik statt auf die Habsburger auf den „Gesundheitsgürtel“ der Nachfolgestaaten aufzubauen. Voraussetzung war, daß sich die Nachfolgestaaten als ebenso gefügig erwiesen wie die Habsburger. Solange es etwas zu erwerben gab und dazu französische Hilfe nötig war, war dies auch der Fall. Sobald aber die Beute aufgeteilt war, zeigte es sich, daß die Nachfolgestaaten nicht gewillt waren, jeden Schachzug der französischen Politik bedingungslos mitzumachen und in jeder Lage zu Frankreich zu stehen. Diese Entwicklung zeigte sich schon zu Beginn des Jahres 1920 (Vorbereitung zum russisch-polnischen Krieg), und nichts war natürlicher, als daß sich Frankreich von seiner bisherigen Ostpolitik abwandte und sich mit dem Gedanken trug, wieder zu Habsburg zurückzukehren und Österreich und Ungarn als Kern einer Donauföderation unter Karl von Habsburg zusammenzuschließen. Voraussetzung dafür war, daß der Zwist zwischen Österreich und Ungarn wegen der Abtretung bzw. Übergabe des Burgenlandes beigelegt wurde, was nach französischer Auffassung nur dadurch geschehen konnte, daß das Burgenland bei Ungarn verblieb. Diese Änderung war für die Frage des burgenländischen Korridors von entscheidender Bedeutung: Solange Frankreich daran festhielt, Österreich und Ungarn wieder unter einem Habsburger zusammenzu-

1) Le Temps vom 10. Juli 1919.

schließen, war an die Bildung des Korridors, der beide Staaten trennte, nicht zu denken. Habsburgerrestauration und Korridor waren zwei unvereinbare Begriffe.

Österreichs Kanzler, Dr. Renner, unterzeichnete in St. Germain das Friedensdiktat in der Hoffnung, daß neben all den Ungeheuerlichkeiten wenigstens das eine, die Heimkehr Deutsch-Westungarns, bald in Erfüllung gehen werde. Seitdem sich nun Frankreich seinen Habsburgerplänen widmete und mit Ungarn in Verhandlungen eintrat, wurde es immer mehr zur Gewißheit, daß an eine baldige Übergabe des Burgenlandes nicht zu denken war. Renner sah sich Hindernissen gegenüber, die wegzuräumen für das machtlose Österreich schier unmöglich schienen. Doch nicht nur gegen die von außen einwirkenden Hindernisse galt es anzukämpfen, sondern auch gegen die von innen drohenden Gefahren, die von jenen Kräften verursacht wurden, die dem Anschluß des Burgenlandes an Österreich feindlich gegenüberstanden. So ließ z. B. der legitimistische Flügel der christlichsozialen Partei Österreichs durch den Benediktinerpater Graf Galen, Chefredakteur Bösbauer und Generalsekretär Günther in Budapest die Erklärung abgeben, daß die christlichsoziale Partei auf Westungarn keinen Anspruch erhebe<sup>2)</sup>. Wenn dann auch amtlich gemeldet wurde, daß diese drei Politiker keinen Auftrag hätten, im Namen der christlichsozialen Partei eine Erklärung abzugeben, so änderte das nichts an der Gesinnung dieser Kreise. Noch deutlicher zeigte sie sich in einem in den historisch-politischen Blättern erschienenen Aufsatz, in dem es im Hinblick auf die Übergabe Deutsch-Westungarns u. a. hieß: „Alle Schwierigkeiten sind von christlich-sozialer Seite erkannt, die deshalb seit Konstituierung der ungarischen Koalitionsregierung und der Bildung des christlich-sozialen und christlich-nationalen Parteiblocks dem Anschluß kühl gegenüberstand, weil sie auf ein freundnachbarliches Verhältnis zu einem christlich regierten Ungarn größeren Wert legt als auf die Angliederung des westungarischen Grenzstreifens, so wünschenswert derselbe vom völkischen Standpunkt erscheinen mag<sup>3)</sup>.“ Hinter diesen Zeilen versteckten sich dieselben Kreise, die durch Jahrhunderte dem deutschen Volk feindlich gegenüberstanden, die die Lostrennung des Rheinlandes förderten und in Oberschlesien zum Aufstand hetzten.

Renner sah die Gefahr, die durch das Zusammengehen von Frankreich,

2) Frankfurter Ztg. vom 17. Nov. 1919. Meldung des ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbüros.

3) Historisch-Polit. Blätter f. d. Kath. Deutschland. München 1920, B. 165.



Ungarn und den Legitimisten<sup>4)</sup> Österreichs entstanden war und zwischen dem Burgenland und Österreich eine Kluft aufzureißen drohte, und nichts war natürlicher, als daß er sich gegen die von außen und innen wirkenden feindlichen Kräfte zur Wehr setzte. Allein war Österreich zu schwach, um diplomatisch und, wenn es soweit kommen sollte, militärisch dagegen aufzutreten und die Übergabe erzwingen zu können. Renner glaubte daher keinen anderen Ausweg zu haben, als mit jenen Mächten eine Interessengemeinschaft einzugehen und sich ihrer Hilfe zu versichern, die Ungarn feindlich gegenüberstanden und dem Streitfeld am nächsten lagen. Eine mit der Tschechoslowakei oder Jugoslawien geschlossene Interessengemeinschaft schien ihm die sicherste Gewähr dafür zu sein, die Übergabe des Burgenlandes durchzusetzen. Freilich stellte eine mit diesen beiden Staaten eingegangene Abmachung keine geringere Gefahr dar, da sie den beiden Mächten die Gelegenheit bot, sich in erhöhtem Maße für ihre Ziele einzusetzen und, statt das Burgenland Österreich zu übergeben, es zu ihrem erstrebten Korridor auszubauen. Aber Renner glaubte die Vorteile höher einschätzen zu müssen als die Gefahren, und er fuhr im Januar 1920 nach Prag. Die Besprechungen mit Benesch und Tuszar, die sich u. a. auch auf das Verhältnis zu Ungarn und die Übergabe des Burgenlandes bezogen, führten zu bestimmten Abmachungen. Die Frage ist nun, wieweit sich diese erstreckten, ob sie eine Bindung Österreichs an die Tschechoslowakei darstellten oder die Tschechoslowakei verpflichteten, Westungarn mit ihren Truppen zu besetzen. Handelte es sich nur um eine diplomatische Unterstützung im Falle einer Bedrohung oder waren es weitergehende Verpflichtungen?

Die Auslegung, Renner habe den Tschechen das Burgenland als Korridor überlassen wollen, ist durch nichts bewiesen und gänzlich ausgeschlossen. Ebenso sicher ist aber anzunehmen, daß die Vereinbarungen wegen des Burgenlandes über den Rahmen einer diplomatischen Unterstützung hinausgingen. Die in der „Reichspost“ zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß dieser „Vertrag“ Österreich keine direkten militärischen Verpflichtungen auferlegte, dem Sinne nach aber die österreichischen Verkehrswege für einen tschechoslowakischen Aufmarsch in Westungarn freigab<sup>5)</sup>, trifft das Wesentliche. Denn daß es sich um militärische Vereinbarungen handelte,

---

4) Da diese Arbeit bereits im Jahre 1935 entstand, war es unter den damaligen politischen Verhältnissen nicht möglich, diese Umtriebe des politischen Katholizismus weiter zu verfolgen. Sie sind in ihrer Gesamtheit einer eigenen Arbeit wert.

5) Reichspost vom 17. Jan. 1922.

wurde in den Debatten des österreichischen Nationalrates, die im Januar 1922 um die Annahme oder Ablehnung des Schiedsvertrages von Lana, der die Abmachungen Renner-Benesch außer Kraft setzte, offenbar. Der damalige Bundeskanzler Dr. Schober erklärte in diesem Zusammenhang, daß durch den Vertrag von Lana „eine viel weitergehende Bindung“<sup>6)</sup> gelöst und „militärische Verpflichtungen und die Sicherung unseres vaterländischen Bodens gegen kriegerische Unternehmungen“<sup>7)</sup>, die das politische Abkommen Renner-Benesch darstelle, ausgeschaltet würden. Renner gab selbst in der Nationalratssitzung vom 26. Januar 1922 Aufklärung über dieses Abkommen. Er bestritt den Charakter eines Geheimvertrages, der diesem Abkommen beigelegt wurde, und stellte fest, daß es sich nur um die Abwehr der militärischen Bedrohung der Tschechoslowakei und Österreichs durch Ungarn gehandelt habe. „Und erst für den Fall eines manifesten Angriffs von Ungarn werden die Regierungen miteinander in Verbindung treten, um allenfalls über eine gemeinsame militärische Aktion zu reden“<sup>8)</sup>.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß Renner keineswegs die Absicht hatte, das Burgenland den Tschechen als Korridor zu überlassen, daß er aber durch die eingegangene Verbindung den Tschechen die Gelegenheit bot, sich in den Streit zwischen Österreich und Ungarn einzumischen und auf diesem Wege zu ihrem Ziele zu kommen. Denn darin konnte kein Zweifel bestehen, daß, wenn einmal tschechische oder südslawische Truppen als Vermittler und Vollstrecker des Friedensdiktates in das Burgenland eingerückt waren, niemand die Gewähr geben konnte, daß sie nicht im Lande verblieben und Österreich vor vollendete Tatsachen stellten.

Renners Abkommen mit Benesch war die unmittelbare Folge des sich anbahnenden französisch-ungarischen Zusammengehens in der Frage der Wiedereinsetzung der Habsburger und der damit zusammenhängenden geplanten Gebietsveränderungen. Die Tschechoslowakei war wie Österreich davon berührt und gewillt, Frankreich bei diesem Beginnen entgegenzutreten und die Durchführung zu verhindern. Als nun Frankreich im Jahre 1920 dem von Rußland bedrohten Polen helfen wollte, um es zu einem

---

6) Schober, Zu den Parlamentsberichterstattungen. Neue Freie Presse vom 4. Jan. 1922.

7) Schober, Zum Vertreter des „Alpenland“. Neue Freie Presse vom 10. Jan. 1922. Ebenso in der Nationalratssitzung vom 19. Jan. 1922.

8. Sitzung des österreichischen Nationalrates vom 26. Jan. 1922.

seiner stärksten Bollwerke im Osten des Deutschen Reiches auszubauen und dazu die Nachfolgestaaten als Werkzeuge benützen wollte, stieß es auf die glatte Absage der Tschechen und Südslaven. Nur Ungarn erklärte sich bereit, für den russischen Feldzug Truppen zur Verfügung zu stellen, wenn Frankreich gewisse Bedingungen erfülle und sie in die Bestimmungen des Friedensdiktaates aufnehme. Mitte April 1920 kam es zwischen Frankreich und Ungarn zu Verhandlungen. Ungarn sollte den Polen 100 000 Mann für den Feldzug gegen Rußland zur Verfügung stellen und sich dem französischen Wirtschaftssystem eingliedern; Frankreich versprach dafür u. a. Deutsch-Westungarn wieder an Ungarn zurückzugeben<sup>9)</sup>, Frankreich trat also für eine Revision des Vertrages von St. Germain ein, überließ das Burgenland den Magyaren und machte die tschechische „Vermittlung“, die als ihr uneingestandenes Ziel den Korridor im Auge hatte, unnötig. Frankreich, das sich noch vor einem Jahr für den Korridor eingesetzt hatte, war nun entschlossen, sich gegen diesen Plan zu stellen. Dieser plötzliche Stellungswechsel erregte die Besorgnis der Tschechoslowakei und Südslawiens, die jedweder Revision vorzubeugen gewillt waren und sich in einem gegen Ungarn gerichteten Bündnis zusammenschlossen. Auch Renner traf, durch das französisch-ungarische Zusammengehen beunruhigt, am 10. August in Prag ein, um mit Benesch über die allgemeine Entwicklung Mitteleuropas Besprechungen zu führen und im besonderen auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus der französisch-ungarischen Zusammenarbeit für das Burgenland ergaben. Für „den Fall eines manifesten Angriffs von Ungarn“ bestanden die Abmachungen vom Januar 1920, die nun — besonders in Restaurationsangelegenheiten — erweitert wurden<sup>10)</sup>.

Frankreich sah mit Besorgnis, wie die Nachfolgestaaten, durch seine Beziehungen zu Ungarn verärgert, seiner Führung zu entgleiten drohten.

9) Grazer Tagespost vom 10. Aug. 1920, Berliner Tageblatt vom 7. Aug. 1920. In der Maur, Jugoslawien Einst und Jetzt, „Mitte April 1920 ließ der Quai d'Orsay durch den ungarischen Legationsrat Grafen Andreas Schemsey der Regierung Simonyi-Semadam wissen, daß Paris abschlussbereit sei. Zuerst müsse Ungarn jedoch eine kleine Formsache erfüllen, nämlich den Friedensvertrag unterzeichnen. Am 4. Juni 1920 geschah dies in Trianon. Am 24. Juni überreichte Herr Fouchet, der damalige französische Hochkommissär in Ungarn, im Auftrage der französischen Regierung eine an die ungarische Regierung gerichtete förmliche Note, deren Ursprung mit Sektion IX ex 4, 1920/6725 gekennzeichnet wurde, vom 15. April datiert, vom Generalsekretär Paologue und dem Engländer Sir Francis Baker unterschrieben.“ S. 390.

10) In der Maur, Jugoslawien Einst und Jetzt, S. 370 u. 390.



Diese Gefahr konnte nur dadurch vermieden werden, daß es von Ungarn abrückte. Der Sieg der Polen über die Russen, der die ungarische Hilfe, wie sie im „Göddöllö-Pakt“ vorgesehen war, unnötig machte, ermöglichte diesen Stellungswechsel. Frankreich rückte von diesem Pakt ab und wandte sich wieder der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien zu. Es konnte aber das Verhalten dieser drei Staaten während des russisch-polnischen Krieges nicht vergessen und wollte bei der nächst sich bietenden Gelegenheit Klarheit schaffen.

Ungarn stand allein. Seine Hoffnungen auf das Jahr 1920 hatten sich nicht erfüllt. Unter dem Zwang der Sieger mußte es das Diktat von Trianon unterzeichnen. Da die Bestimmung über die Abtretung des Burgenlandes nicht aus dem Vertrag gelöst worden war und nach der Ratifikation ausgeführt werden mußte, bestand die einzige Möglichkeit, diesem Verlust zu entgehen, darin, die Zwischenzeit auszunützen und Frankreich zum Nachgeben zu bewegen. Der erste Versuch schien mit dem „Göddöllö-Pakt“ geglückt, als durch das Dazwischentreten der Tschechen und Südslawen die Unterzeichnung dieses Paktes verhindert wurde. Auch für Österreich war das Jahr vorübergegangen, ohne es zu seinem rechtmäßigen Besitz zu bringen. Und daß schließlich den Tschechen außer der Möglichkeit, sich bei einer kommenden Auseinandersetzung zwischen Österreich und Ungarn wegen des Burgenlandes auf Grund der Abmachungen vom Januar und August 1920 einzumischen, nichts gelang, gab der Stellung des Burgenlandes das entscheidende Gepräge: Rechtlich zu Österreich gehörend, tatsächlich noch im ungarischen Staatsverband, lag es im Spannungsfeld der deutschen, magyarischen und slawischen Kräfte.

Über allem aber stand Frankreich, das Klarheit schaffen und ernstlich die Restauration der Habsburger durchführen wollte. Zu kraß hatte sich im russisch-polnischen Krieg die Unverläßlichkeit der Nachfolgestaaten gezeigt, während Ungarn unter der Herrschaft eines Habsburgers vorbehaltlos auf seiten Frankreichs zu stehen versprach. Karl von Habsburg sollte nach Ungarn zurückkehren und das Burgenland, frei von der Bestimmung, an Österreich übergeben zu werden oder den Slawen als Korridor zu dienen, als Morgengabe des heimkehrenden Herrschers an sein Land mitbringen. Die Verbindungen zwischen Frankreich und den Legitimisten, die nie ganz zu bestehen aufgehört hatten, wurden erneut ausgebaut und die Rückkehr Karls nach Ungarn beschlossen. Auch die österreichischen Legitimisten setzten sich dafür ein, obwohl sie wußten, daß der Preis, den Österreich in diesem Falle zu bezahlen hatte, im Verlust des Burgenlandes bestand. Für sie

galt die Heimkehr deutscher Menschen in ihr Heimatland nichts, weil für sie nicht das Volk, sondern die Dynastie und ihre eigene Stellung das Höchste war. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß Funder<sup>11)</sup> schrieb: „Österreich befindet sich in der Lage eines Mannes, der beraubt und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden ist und von seinen Besiegern gezwungen wird, einen Bissen aus ihrer reichen Beute hinunterzuwürgen, damit er mit diesem Anteil am unrechten Gut nicht sagen kann, daß er besser sei als sie. Er wehrt sich, aber es hilft ihm nichts. Man steckt ihm den Bissen mit Gewalt in den Mund, und wenn er nicht daran ersticken soll, so muß er ihn hinunterschlingen<sup>12)</sup>.“

Dies war die Stellung der Legitimisten zum Burgenland, als Karl von Habsburg auf Frankreichs Wunsch, das ihn durch Briand aufforderte, „die Zügel der Regierung in seiner Heimat wieder zu ergreifen“<sup>13)</sup>, am 26. März 1921 in Steinamanger eintraf. Briand versicherte Karl, der auf Grund des Versprechens des französischen Kabinetts nach Ungarn gekommen war, der Unterstützung Frankreichs, wenn es ihm gelänge, ein *Fait accompli* zu schaffen<sup>14)</sup>. Der Putschversuch Karls von Habsburg war so wohl für Österreich als für die anderen Anrainerstaaten von größter Bedeutung. Die österreichische Regierung erkannte, daß das Burgenland im Falle des Gelingens dieses Putsches für Österreich verloren war. Deshalb tauchte bei ihr, die die inneren Zusammenhänge und den Anteil der französischen Regierung am Putsch nicht erkennen konnte, der Gedanke auf, die Besetzung des Burgenlandes durch Ententetruppen, sei es als Mandatäre des Völkerbundes, sei es im Auftrag der Votschasterkonferenz, zu erbiten<sup>15)</sup>. Wurde dies durchgeführt, so entstand daraus die Gefahr, daß das Burgenland mit in den Strudel eines internationalen Streites gezogen wurde und den Tschechen als Nachbarn die Möglichkeit bot, das Land zu besetzen. Benesch war dazu bereit, da er noch kurz vorher erklärt hatte, die Vereinbarungen, die vor einem Jahr geschaffen wurden (mit Renner), seien noch in Geltung<sup>15)</sup>. Jugoslawien drohte nicht lange mit irgendwelchen Maßnahmen, sondern stellte einen Teil seiner Truppen, den

---

11) Es ist dies derselbe Dr. Funder, der in den Jahren 1933 – 1938 wesentlichen Anteil am deutschfeindlichen Kurs der österreichischen Regierung hatte.

12) Dr. Funder im „Luzerner Vaterland“ vom 5. Jan. 1921.

13) Madar v. Borovitzgeny, Der König und sein Reichsverweiser, S. 111.

14) Sitzung der Verwaltungsstelle für das Burgenland am 31. März 1921. Neue Freie Presse vom 1. April 1921.

15) Bundeskanzler Dr. Mayr in einer Unterredung mit Benesch. Neue Freie Presse vom 8. März 1921.

Grenzschutz, im Raum gegen Groß Kanisza-Zala Egerszeg auf <sup>16)</sup>, von wo aus sie in kürzester Zeit, von niemandem gehindert, den Fangstoß in Richtung Preßburg führen und den Korridor hätten herstellen können. Jugoslawien konnte es um so leichter tun, da es nicht durch Italien im Rücken bedroht war, das ebenfalls gegen Karl Stellung nahm und mit Südslawiens Haltung, soweit sie den Habsburger Putsch betraf, einverstanden war. Der Korridor war in greifbare Nähe gerückt, und die Entscheidung, ob das Land von den Slawen besetzt oder nicht besetzt wurde, lag bei der ungarischen Regierung, die sich für oder gegen Karl von Habsburg entscheiden mußte. Sie hatte schon einmal Gelegenheit gehabt, französische Versprechungen mit der Entschlossenheit der Tschechoslowakei und Südslawiens, Ungarn niederzuhalten, vergleichen zu können, um daraus den Wert französischer Zusagen zu ermessen. Sie lehnte das Unternehmen ab und verhinderte damit das Eingreifen der slawischen Nachbarn, die den „Frieden“ dadurch erhalten wollten, daß sie Ungarn besetzten und Deutsch-Westungarn für sich behielten. Wieder war das von Frankreich begünstigte Unternehmen am Widerstand der beiden slawischen Staaten gescheitert. Und wieder wechselte Frankreich, ohne Rücksicht auf eingegangene Bindungen von der schwächeren zur stärkeren Partei, von Ungarn zur Kleinen Entente über. Die slawischen Politiker wiesen auf die Dringlichkeit hin, der Wiederholung des Restaurationsversuches zielbewußt entgegenzutreten, da eine Wiederkehr der Habsburger nicht nur für die ungarischen Verhältnisse eine große Bedeutung hätte, sondern auch aufs engste die Stellung Österreichs, das in die Unruhen mit hineingezogen werden könnte, berühre. Um Österreich der Gefahr, in den Strudel der Ereignisse hineingezogen zu werden, fernzuhalten, sei es das beste, Österreich von Ungarn durch den Korridor abzufondern. Kalina, der tschechische Gesandte in Belgrad, verlangte, als er nach dem Osterreichputsch mit Pasic und Simons, dem französischen Gesandten in Belgrad, Verhandlungen führte, mit dieser Begründung neuerdings den Korridor <sup>17)</sup>. Für Frankreich wäre es sehr einfach gewesen, sich zu entscheiden und eine eindeutige Haltung einzunehmen und jeden Zweifel auszuschließen. Es tat dies aber nicht, sondern kam dem tschechischen Wunsch halb und halb entgegen, indem es mithalf, den Schwebezustand, in dem sich das Burgenland befand, bestehen zu lassen und die Entscheidung über den Zeitpunkt der Übergabe hinauszuz

16) In der Maur, Jugoslawien Einst und Jetzt, S. 379.

17) Steier, Ungarns Vergewaltigung, S. 919. Meldung des „Džbor“ und „Narodni Listy“ vom April 1921.



schlehen. Es tat zwar so, als ob es an der Durchführung der Übergabe interessiert sei und ließ offiziell erklären, daß Ungarn die Hoffnung aufgeben müsse, die Frage der Zuteilung der Komitate von neuem aufzurollen<sup>18)</sup>. Andererseits wurde aber auch Österreich darauf aufmerksam gemacht, daß an eine baldige Übergabe nicht zu denken sei, da Österreich seit einiger Zeit der Schauplatz von Verletzungen des Vertrages von St. Germain geworden sei und nichts gegen die Werbung für den Anschluß an Deutschland unternehme<sup>19)</sup>. Gegenüber dieser Anschlußbewegung mußte ein Gleichgewicht geschaffen werden, und zu diesem Zwecke sei die bewaffnete Besetzung des westungarischen Gebietes bis zur endgültigen Entscheidung der Anschlußbewegung in Erwägung zu ziehen<sup>20)</sup>. Wer die Besetzung durchführen sollte, wurde zwar nicht näher bestimmt, doch es war damit zu rechnen, daß die Slawen diese durchführen würden<sup>20)</sup>. Frankreich kam den Bestrebungen der Kleinen Entente noch weiter entgegen, wie ein Artikel des „Temps“ zeigt. Darin wird erklärt, es sei eine Albernheit, Ungarn ein Stück Land wegzunehmen, um es dem anschlusssuchenden Österreich zu geben und die Grenzen der deutschen Länder Budapest näherzubringen. „Briand hat sich dieser Frage gut entzogen, indem er keine bindende Erklärung abgab. Für die französische Politik liegt kein Grund vor, sich ständig in diesem Teil Europas an die erste Stelle zu drängen. Italien und die Regierungen der Kleinen Entente haben dort größere Sorgen als wir und Aktionsmöglichkeiten, auf die Frankreich keinen Anspruch erhebt<sup>21)</sup>.“ Dieses Nichtbinden Frankreichs und seine unklare Haltung verursachten jene Unsicherheit, die die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn belastete und es möglich machte, sie gegenseitig auszuspielen. Österreich hoffte auf Frankreich, das sich als Wächter der Verträge ausgab; Ungarn wiederum glaubte, auf die französische Duldung rechnen zu können, wenn es sich gegen die Übergabe an das „ungehorsame“

---

18) Aus dem Ergänzungsbericht des französischen Abgeordneten Guernier über den Vertrag von Trianon in der französischen Kammer am 24. Mai 1921. Neue Freie Presse vom 26. Mai 1921.

19) St. Meldung der „Ungarischen Rundschau“ aus Budapest. Neue Freie Presse vom 4. Juni 1921.

20) Der österreichische Bundeskanzler Dr. Mayr teilte dem Salzburger Landeshauptmann mit, daß in einer Note Italiens Österreich als der Störenfried bezeichnet und von einer anderen Seite angedroht wurde, daß, wenn die Abstimmung (in Salzburg) stattfinde, Westungarn verloren gehen dürfte, wobei mit einer Besetzung durch die Slawen zu rechnen wäre.

21) Neue Freie Presse vom 10. Juni 1921. Aus einer Besprechung des Temps.

Osterreich zur Wehr setzte und auf westungarischem Gebiet den bewaffneten Aufstand organisierte. Tschechen und Südslawen aber waren auf die „Aktionsmöglichkeiten“ aufmerksam gemacht worden, und der „Temps“ stellte ihnen das Zeugnis aus, daß sie „in Wirklichkeit die wirklich Interessierten an der ganzen Angelegenheit“ seien<sup>22)</sup>. Konnten sie denn darunter etwas anderes verstehen, als daß sich Frankreich mit ihren Bestrebungen, die es bereits auf der Friedenskonferenz unterstützt hatte, einverstanden erklärte?

Während auf der einen Seite die französische Presse die Tschechen und Südslawen weiterhin im Glauben beließ, sie seien dazu ausersehen, die Ordnung im Burgenland wiederherzustellen und berechtigt, dabei ihr eigenes Ziel zu verfolgen, war die französische Regierung mit Italien in Verbindung getreten, dessen Unterstützung es in der oberschlesischen Frage benötigte. Wie weit nun von einem Interessentenverteilungsvertrag<sup>23)</sup> zwischen Frankreich und Italien, der im Juli 1921 abgeschlossen und in Paris schriftlich niedergelegt worden sein soll, gesprochen werden kann, ließ sich nicht überprüfen. Nach diesem Vertrag wurde Europa in zwei Zonen geteilt und bestimmt, daß das ganze Gebiet der Kleinen Entente, Osterreich und Ungarn in die Interessensphäre Italiens falle. Dafür verpflichtete sich Italien zur wohlwollenden Unterstützung der französischen Politik gegen Deutschland. Die politische Entwicklung ist dann tatsächlich in dieser Linie verlaufen: Italien unterstützte Frankreich bei den Verhandlungen über die deutschen Wiedergutmachungszahlungen und bei der Teilung Oberschlesiens. Frankreich aber ließ Italien freie Hand im Burgenlandkonflikt. Frankreich hatte es verstanden, die gegensätzlichen Interessen zweier Parteien auf einen Streitgegenstand zu lenken. Die Tschechoslowakei und Südslawien dachten im Namen Osterreichs das Burgenland zu besetzen; Italien war der Überzeugung, für sich allein vermitteln zu können.

Die Votschasterkonferenz hatte bestimmt, daß die Übergabe des Burgenlandes in der Form vor sich gehen sollte, daß die interalliierte Generalkommission das Land von Ungarn übernehme und an Osterreich übergebe. Daß dabei auch Schwierigkeiten entstehen konnten, deren Auswirkungen sich nicht übersehen ließen, war von der Votschasterkonferenz nicht für möglich gehalten worden. Oder sie tat wenigstens so. Schon Wochen vor dem 28. August 1921, an dem die Übergabe stattfinden sollte, war von nationalen Verbänden und namhaften Politikern Ungarns erklärt wor-

---

22) Le Temps vom 10. Aug. 1921.

23) Grazer Tagespost vom 7. Nov. 1921. Nach dem Berliner „Morgen“, der diese Nachricht aus einer unbedingt verlässlichen Quelle haben wollte.

den, lieber das Schwert zu ziehen und dem Verhängnis männlich in die Augen zu schauen, als das Land freiwillig herauszugeben<sup>24</sup>). Zahlreiche Äußerungen dieser Art zeigten, daß die Drohungen kein leeres Gerede, sondern ernst gemeint waren. Die österreichische Regierung handelte danach. Sie wußte, daß die Gendarmeriekräfte, die für die Besetzung des Landes bestimmt waren, nicht ausreichen würden, und sie trat an die Ententemächte mit dem Ersuchen heran, Militär verwenden zu dürfen. Am 10. August kam von der Botschafterkonferenz die ablehnende Antwort. Sie erklärte, jede militärische Aktion sei ausgeschlossen und die Beurteilung, welche Exekutivmittel zur Durchführung des Vertrages und zur Aufrechterhaltung der Ruhe notwendig seien, obliege der militärischen Kommission, welche souveräne Rechte habe<sup>25</sup>). Als der 28. August, der als Tag der Übergabe bestimmt war, gekommen war, ließ die österreichische Regierung geringe Gendarmeriekräfte in das der Entente „übergebene“ Gebiet einrücken. Der Vormarsch der Gendarmen geriet noch am gleichen Tag ins Stocken, da sie überall auf vollständig ausgerüstete, überlegene ungarische Freischärlerabteilungen stießen, die ein weiteres Vorrücken unmöglich machten. Ein von beiden Seiten mit Erbitterung geführter Kleinkrieg, der sich auf 3 Monate hinziehen sollte, begann.

Damit war der Zustand erreicht, der der Kleinen Entente die Möglichkeit bot, sich in dem Burgenlandkonflikt, der ihr nicht unerwartet kam, einzumischen und sich als Hüter des Vertrages aufzuspielen. Daß sie dazu gewillt war, bewies Jugoslawien, das noch vor Ausbruch des offenen Konflikts drei Gemeinden in dem Österreich vertragsmäßig zugesprochenen Gebiet besetzte<sup>26</sup>), während die tschechische Regierung sich beeilte, der österreichischen Regierung zu versichern, daß sie entschieden und folgerichtig an dem Standpunkt festhalten werde, der bei der Hallstätter Zusammenkunft zwischen Hainisch und Masaryk sowie Schober und Benesch in der burgenländischen Frage vereinbart worden war. Sollte eine Störung in der Übergabe eintreten, so sei sie gewillt, alle ihre Machtmittel zur Herstellung des durch die Verträge garantierten Zustandes einzusetzen<sup>27</sup>). Da nun durch den ungarischen Widerstand der Anlaß zum Einschreiten gege-

24) Arbeiterzeitung Wien vom 8. Aug. 1921, aus einem Artikel des „Magyarország“.

25) Schober gab im österreichischen Bundesrat die ablehnende Antwort vom 10. Aug. bekannt. Neue Freie Presse vom 7. Sept. 1921.

26) Bundeskanzler Dr. Schober im Ausschuß für Äußeres am 27. Aug. 1921. Neue Freie Presse vom 27. Aug. 1921.

27) Meinungsaustrausch zwischen der tschechischen und österreichischen Regierung am 29. Aug. 1921. Neue Freie Presse vom 30. Aug. 1921.



ben war, ließ die tschechische Regierung, um ihre Bereitwilligkeit zu zeigen, eingegangene Versprechen zu halten, die Besetzung der Grenze zwischen Pressburg und Wieselburg verstärken und ihre Pariser Vertretung anweisen, dem Obersten Rat mitzuteilen, daß sie und die südslawische Regierung entschlossen seien, mit militärischen Mitteln einzugreifen, falls der Rat keinen entscheidenden Entschluß fasse und nicht selbst vermittelnd eingreife<sup>28)</sup>. Dem Schein nach schien es den Tschechen um die Herstellung geordneter Verhältnisse zu tun zu sein, tatsächlich konnte es ihnen aber nur recht sein, wenn der Streit nicht beigelegt, sondern nur noch verwickelter wurde, denn dann konnten sie Österreich zu „Hilfe“ eilen und Ungarn als Vertragsbrüchigen ganz zu Boden zwingen.

Ungarn nahm die Drohung nicht ernst und erklärte sich außerstande, die Banden, die ihre Angriffe fortsetzten und selbst vor der alten österreich-ungarischen Grenze nicht halt machten, zum Rückzug zu bewegen. Die Bildung des Korridors schien den Magyaren im Hinblick auf den Gegensatz zwischen Italien und der Kleinen Entente ein Ding der Unmöglichkeit; ja sie dachten diesen Gegensatz bis zum Äußersten auszunützen. Je mehr sich ihr Widerstand versteifte, desto lauter würde die Kleine Entente drohen und desto stärker mußte sich Italien gegen die slawischen Einmischungsversuche und Korridorbestrebungen stellen. Wollte Italien Ruhe und die Angelegenheit beigelegt haben, so sollte es die ungarischen Wünsche befürworten. Italien war, um die Einmischung der Slawen zu verhindern, gezwungen, den ungarischen Wünschen weitgehend entgegenzukommen. Zunächst schien es allerdings im scharfen Gegensatz zu Ungarn zu stehen, denn die Note der Botschafterkonferenz vom 6. September an die ungarische Regierung, in der diese für alle Folgen des Vorgehens der Banden verantwortlich gemacht wurde, war auf Betreiben Italiens in scharfem Ton gehalten und hatte den Eindruck erweckt, als habe Ungarn von Italien nichts zu erwarten. Italiens Haltung ließ die Annahme, daß es Ungarn helfen wolle, durch sein scharfes Auftreten unwahrscheinlich erscheinen. Doch nur scheinbar. Denn hinter dieser Schärfe verbarg sich seine Absicht, den Druck der Kleinen Entente auf Ungarn durch den eigenen stärkeren aus dem Felde zu schlagen und damit den Tschechen und Südslawen die Grundlage ihrer Einmischungsversuche — das Pochen auf die Wahrung des Friedensvertrages — zu entziehen. Gelang dies, so war dem slawischen Begehren Halt geboten.

---

28) Neue Freie Presse vom 31. Aug. 1921. Meldung der Korrespondenz Herzog aus Prag.

Die Wichtigkeit und die Wirkung des italienischen Vorgehens zeigte sich bald. Zur gleichen Zeit, als Italiens Außenminister Marchese della Toretta in Wien mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober wegen der Beilegung des Burgenlandkonflikts Besprechungen führte (12. September 1921), lief bei der Votschasterkonferenz in Paris eine Note der tschechischen Regierung ein, worin sie nicht mehr mit eigenmächtigem Vorgehen und mit der Besetzung des Burgenlandes drohte, sondern mit dem Ausdruck der Besorgnis auf die Entwicklung hinwies, die Schaffung geordneter Zustände verlangte und sich an die Weisungen der Votschasterkonferenz zu halten versprach. Der verdächtige Eifer, mit dem sich die Tschechen für Österreich einsetzten, machte einer vorsichtigen Haltung und Ausdrucksweise Platz.

Italiens Presse gab deutlich zu verstehen, daß Italiens scharfes Auftreten nur wegen der Korridor Gefahr zu erklären sei. Es hatte den Vorteil des Handelns an sich gerissen, die Kleine Entente hinter sich gewiesen und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es allein vermitteln wolle, denn Ungarn solle nicht durch die Kleine Entente, sondern durch die Große Entente zur Vernunft gebracht werden<sup>29)</sup>, wobei Italien im Namen der Großen Entente zu handeln gedachte. Der französischen Zustimmung war es gewiß, denn Frankreich wollte in der oberschlesischen Frage Klarheit schaffen. Die französische Diplomatie fühlte sich allein zu schwach, d. h. allein schien es ihr zu gewagt, Oberschlesien, das sich durch Abstimmung für das Deutsche Reich entschieden hatte, nun Polen zu übergeben. So suchte sie einen Helfer, und fand ihn in Italien (s. S. 90). Italien erhielt dafür das uneingeschränkte Recht, nach seinem Gutdünken im Streit um das Burgenland vermitteln und vorgehen zu können, ohne auf Frankreich Rücksicht nehmen zu müssen, dessen Burgenlandpläne wohl anders als die Italiens beschaffen waren. Denn daß Frankreich und Italien über die Stellung des Burgenlandes nicht derselben Meinung waren, hatte sich auf der Friedenskonferenz erwiesen. Noch deutlicher ist dies aus einer Äußerung Torettas zu ersehen: Er hatte einem Vertreter des „Corriere della Sera“ erklärt, nach anfänglichem Schwanken seien jetzt alle Entente-mächte einstimmig entschlossen, die Unverletzlichkeit des Vertrages zu wahren<sup>30)</sup>.

---

29) Italienischer Ministerrat am 14. Sept. 1921. Neue Freie Presse vom 15. Sept. 1921.

30) Unterredung Torettas mit einem Vertreter des Corriere della Sera. Neue Freie Presse vom 18. Sept. 1921.

Italien lag in der Führung. Nachdem Toretta am 12. September den österreichischen Standpunkt kennengelernt hatte, trat am 14. September auch Ungarn mit der Bitte an ihn heran, die Vermittlung zu übernehmen. Benesch schien völlig übergegangen zu sein, als eine Woche nach Beginn der italienischen Vermittlungsaktion die Vertreter Ungarns sich ihm gegenüber bereit erklärten, Westungarn zu übergeben, wenn Österreich auf die Übergabe Sdenburgs verzichte. Benesch ließ dieses Vermittlungsangebot nicht ungenützt vorübergehen, denn wenn schon der Korridor durch ein militärisches Einschreiten nicht zu erreichen war, so wollte er sich wenigstens Österreich und Ungarn durch seine Vermittlung verpflichten und dem italienischen Einfluß den Boden abgraben. Vielleicht ließen sich daraus weitere Ansatzpunkte für seine Pläne gewinnen.

Am 22. September traf er mit Schober in Hainburg zusammen und unterbreitete ihm den ungarischen Vorschlag. Benesch kam aber zu spät, denn sofort kam aus Italien der Mahnruf, Österreich solle die von der Kleinen Entente gemachten Vorschläge nicht annehmen, sondern Italiens Schritte abwarten<sup>31</sup>). Rom und Prag suchten sich also gegenseitig auszustechen, und die Vermittlung artete in einen Wettlauf aus, der das Gemeinsame hatte, daß Österreich in beiden Fällen die Kosten zu tragen hatte. Italien blieb in diesem diplomatischen Ringen Sieger. Am 2. Oktober wurden Österreich und Ungarn eingeladen, ihre Vertreter nach Venedig zu entsenden, um den Streit zu schlichten und eine Einigung zu erzielen. Unter dem Druck Italiens, das auf den Zusammenhang der Burgenlandfrage mit der Kreditaktion hinwies, und dem Zwang der anderen Ententemächte mußte Österreich am 13. Oktober seine Zustimmung zum Protokoll von Venedig geben. Eine Abstimmung, die von vornherein nicht ernst gemeint war und nur eine bessere Form des Verzichtes darstellte, sollte über die Zugehörigkeit Sdenburgs und acht Umgebungsgemeinden entscheiden. Die tschechischen Absichten waren durchkreuzt. Die Gefahr, die vom politisch aktiven tschechischen Außenminister drohte, war geringer gewesen, als die sich vorbereitende südslawische Einmischung; der Tschechoslowakei fiel ein wirksames militärisches Eingreifen wegen der schwierigen innenpolitischen Lage weit schwerer als den an der ungarischen Grenze stehenden serbischen Divisionen<sup>32</sup>). Mit der in Venedig erzielten Einigung jedoch, durch die ein das Burgenland in zwei Teile zerschneidender Keil bei

31) Neue Freie Presse vom 24. Sept. 1921.

32) Nach einer Meldung des Ceske Slovo (Neue Freie Presse vom 20. Sept. 1921) standen drei Divisionen zum Einmarsch bereit.



Ungarn verblieb, glaubte Italien der Gefahr des Korridors für immer ein Ende bereitet zu haben. Verstimmt mußten sich die Tschechoslowakei und Südslawien mit dieser Tatsache abfinden und zusehen, wie sich zwischen sie der immer mehr von Italien geleitete österreich-ungarische Block einschob.

Da brach plötzlich der zweite Restaurationsversuch Karls von Habsburg herein und drohte das von Italien mühsam aufgebaute Schlichtungswerk zu zerstören und der Kleinen Entente erneut die Möglichkeit zu bieten, die Frage des Burgenlandes und des Korridors aufzurollen. Karl von Habsburg wollte, von den ungarischen Legitimisten gerufen, den Streit zwischen Legitimisten und freien Königswählern beenden und mit Hilfe der in Westungarn stehenden militärischen Verbände die Macht in Ungarn an sich reißen. Nach geglücktem Putsch sollte das Protokoll von Venedig umgestoßen und die Herausgabe des Burgenlandes verweigert werden. Karl war am 20. Oktober aus der Schweiz abgeflogen und am gleichen Tage bei Deneşfa in Westungarn gelandet. Sein Marsch auf Budapest fand durch die Niederlage bei Budabrs ein rasches Ende, er selbst wurde gefangen. Die ungarische Regierung war stark genug, mit eigenen Kräften die Entscheidung herbeizuführen, um die Einmischung der Kleinen Entente zu verhüten. Trotzdem riefen die Tschechoslowakei und Südslawen vier bzw. drei Jahrgänge zu den Waffen und erklärten, sich nicht eher zufrieden zu geben, bis die Habsburger des Thrones verlustig erklärt und der Vandenkrieg in Westungarn beendet sei. Sie stellten somit eine Verbindung zwischen der Habsburger Frage und dem Burgenlandkonflikt her, und zwar mit der Begründung, daß dies Land der Ausgangspunkt für Karls Abenteuer gewesen sei<sup>33)</sup>. Es war gewiß berechtigt, von einem Zusammenhang zu sprechen, aber einer der Hauptgründe für diese Auslegung war doch der, den Lärm um Habsburg zur Ausführung ihres alten Korridorplanes zu benützen. Einzelne südslawische Blätter boten den Beweis dafür, denn sie forderten in diesem Zusammenhang die Annullierung des Venediger Protokolls, das den Vertrag von Trianon verlege und in keiner Weise die Tätigkeit der Vanden im Burgenland unterbinde, die auch während des Habsburger Putsches ihren Kampf nicht aufgegeben und sogar vor der alten österreich-ungarischen Grenze nicht halt gemacht hätten.

Die ungarischen Freischärlerabteilungen, von regulären militärischen Verbänden unterstützt und kriegsmäßig ausgerüstet, waren stark genug,

33) Meldung der südslawischen Korrespondenz aus Belgrad. Neue Freie Presse vom 27. Oktober 1921.

die für die Besetzung des Burgenlandes bestimmten österreichischen Gendarmeriekräfte anzugreifen und sie an der Grenze zu binden; für die Abwehr der südslawischen Truppen, von denen sieben Divisionen auf den Stand der Marschbereitschaft gebracht worden waren, hätten sie aber nicht genügt. Und die Divisionen drohten zu marschieren, wenn diesen ständigen Unruhen nicht ein Ende gemacht wurde. Die Entschlossenheit, mit der die Tschechoslowakei und Südslawien ihren Willen kundtaten, und die durch den Habsburger Putsch begünstigte politische Lage bot ihnen noch einmal die Möglichkeit, Teile Ungarns, besonders Westungarn, zu besetzen.

Die Große Entente schien ins Hintertreffen geraten zu sein. Besonders Italien war beunruhigt, da es nicht nur das Venediger Protokoll bedroht sah, sondern auch Rückwirkungen auf die Korridorfrage befürchtete. Die amtliche Erklärung des italienischen Gesandten in Belgrad, die italienische Regierung sei mit allen Maßnahmen einverstanden, die Jugoslawien zur Abwehr eines Habsburger Regimes unternehme, hatte nichts mit einer Stellungenänderung oder gar mit der Preisgabe der italienischen Interessen in der Burgenlandfrage zu tun, denn sie bezog sich allein auf die Habsburger, nicht aber auf die Regelung über das Burgenland. Darin blieb Italien fest und fand auch die Unterstützung Englands und Frankreichs, die in Belgrad vorsprachen und die Einstellung aller militärischen Interventionen verlangten. In einer Note der Votschafterkonferenz vom 27. Oktober wurde Ungarn aufgefordert, Karls Thronverlust zu proklamieren, widrigenfalls die Konferenz jede Verantwortung in Bezug auf die Einmischung der Nachbarstaaten ablehne. Ungarn stand dem einheitlichen Willen der Großmächte gegenüber und mußte die Bedingungen annehmen. Die ungarische Regierung hatte bis dahin jeden Zusammenhang mit den Banden geleugnet und sich außerstande erklärt, sie zum Rückzug zu bewegen. Unter dem Druck der Großmächte — der Besitz Ödenburgs war ihr durch das Protokoll von Venedig gesichert — war sie nun auch dazu fähig. Am 7. November begann der Rückzug der Freischärlerabteilungen, am 13. Oktober begannen Abteilungen des österreichischen Bundesheeres mit der Besignahme des Burgenlandes, das als selbständiges Bundesland an Österreich überging.

Damit war den Tschechen die Grundlage entzogen, dank der es ihnen möglich gewesen war, als Schützer der Rechte Österreichs aufzutreten. Karls von Habsburg zweiter Putschversuch schien ihren Bemühungen, den Korridor zu schaffen, noch einmal Erfolg zu verheißen und damit der Auftakt für den Beginn eines neuen Abschnittes ihres staatlichen Lebens

zu sein. Es war aber nur der beschleunigte Abschluß eines Gärungsprozesses, dessen Entwicklung und Ergebnis als Vollendung dessen gedacht war, was sie auf der Konferenz nicht erreicht hatten. Die Zeit, die für die Tschechen arbeiten sollte, hatte sich gegen sie entschieden, und mit der Übergabe des Burgenlandes an Österreich und dem Verbleiben Sudenburgs bei Ungarn war der von staatlichen tschechischen und südslawischen Stellen betriebenen Korridorpropaganda ein Ende gesetzt. Die fortschreitende Festigung der territorialen Verhältnisse im Nachkriegseuropa machte es den beiden Staatsführungen unmöglich, sich weiterhin mit dem aussichtslos gewordenen Kampf um den Korridor zu belasten, und damit blieb die Propaganda auf rechtsstehende, durch keinerlei Staatsnotwendigkeiten gehemmte Kreise beschränkt. Aber auch ihre Tätigkeit verlor von Jahr zu Jahr immer mehr an Boden, so daß sie mit dem Jahre 1927 als abgeschlossen gelten kann<sup>34</sup>). Die Korridorgefährdung ist volkspolitisch und machtpolitisch überwunden. Volkspolitisch deshalb, weil die kroatische Minderheit des Burgenlandes sich mehr und mehr dem sich aus der Kraft seines Volkstums erneuernden deutschen Volk anschließt und sich nicht den anderen Slawen anschließen will; machtpolitisch, weil Adolf Hitler die Ostmark und das Sudetenland, die viele Jahre vor den Toren des Reiches warten mußten, heimgeholt hat ins große Reich der Deutschen und damit dem deutschen Volke die Freiheit und die Kraft wiedergab, sich seinen Lebensraum selbst zu gestalten und zu beschützen.

34) G. Verka, Die tschechische Irredenta in Deutschösterreich führt Beispiele an S. 5. Der Tscheche Zahradnik am 21. Jan. 1922 in der Halle des Wiener Rathauses (!): „Der slawische Korridor von Prag nach Triest muß geschaffen werden.“ Widenkydennik vom 26. Jan. 1926: „Die Tschechen in Wien bilden einen Teil des Korridors zwischen der Tschechoslowakei und Südslawien“ usw.

~~BIBLIOTEKA  
UNIWERSYTETU GDAŃSKIEGO  
W BYDGOSZCZY~~  
P 3009 II





## Literaturverzeichnis

- Adriaticus, Das Fenster zur Adria. Ztschr. f. Geopol. 1926.
- Akademiker-Zeitung, Deutsche, Jahrg. 1923, Berlin.
- Albin, A., Le Protocole de Venice, in: Monde Nouveau, Juni 1928.
- Andreas, Willy, Österreich und der Anschluß. Berlin, Verlag für Politik und Geschichte, 1927.
- Derselbe, Österreich und das Reich. Südd. Monatshefte, 29. Jahrg. 1932.
- Arbeit, Deutsche Monatschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Prag, 27.—33. Jahrg. 1928—33.
- Academia, Berlin, 44. Jahrg. 1931/32.
- Batthyany, Für Ungarn — gegen Hohenzollern. Wien-Zürich 1930.
- Bekennnis zu Österreich, in: „Volk und Reich“, 8. Bd., Heft. 3, Berlin 1932.
- Benesch, Ed., Aufstand der Nationen (Svetova Valka a nasé revoluce). Prag, Orbis 1931/32. 2 Bde, Deutsch. Berlin 1928.
- Derselbe, Détruisez l'Autriche-Hongrie! Paris 1916.
- Berka, G., Die tschechische Irredenta in Deutsch-Österreich. Graz 1928.
- Bessedowsky, Im Dienste der Sowjets. Deutsch 1930.
- Bibl, W., Der Zerfall Österreichs. 2 Bde, Wien 1922—24.
- Blätter, Historisch-politische, für das katholische Deutschland, München 1920, Bd. 165.
- Bleyer, Jak., Heimatblätter, Deutsch-ungarische. Jahrg. 1—4, Budapest 1929 bis 1932.
- Boehm, Max, Europa Irredenta. Berlin 1923.
- Boroviczeny, Adar von, Der König und sein Reichsverweser. München 1924.
- Breu, Josef, Die Kroatensiedlung im südostdeutschen Grenzraum. Ungedruckte Diss. Wien 1937.
- Brunner, Otto, Geschichte des Burgenlandes im Rahmen der deutsch-ungarischen Beziehungen, in: Deutsche Hefte für Volks- und Bodenkultur 1, 1930/31.
- Buday, Lad., La Hongrie après le traité de Trianon. Paris 1929.
- Burgenland, Vierteljahresschrift für Landeskunde, Heimatschutz und Denkmalpflege. Amtliche Nachrichten des Landesarchivs. Eisenstadt, Jahrg. 1—4.
- Burgenland, 10 Jahre. Seine politische, kulturelle, wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1921—31. Wien 1931.
- Chervin, Arthur, De Prague à l'Adriatique. Considérations géographiques, ethnographiques et économiques sur le territoire (corridor) faisant communiquer les Tchèques avec les Yougo-Slaves. Paris 1919.
- Cholnoky, Jenoe, Critique des nouvelles frontières de la Hongrie. Budapest 1921.
- Czakó, Stefan, Wie entstand der Trianoner Friedensvertrag mit Ungarn. Budapest 1934.

- Czoernig, E. v., Ethnographie der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wien 1857, Bd. 1—3.
- Dami, Aldo, La Hongrie de demain. Paris 1929.
- Danilewsky, Rußland und Europa. Übers. v. K. Nökel. Stuttgart 1920.
- Délégation tchécoslovaque. Congrès de la Paix. Mémoire 1—11.
- Deutschland und der Korridor. Volk- und Reich-Verlag, 8. Jahrg., 1933.
- Fischel, Alfred, Das tschechische Volk. Breslau 1928/29, 2 Bde.
- Derselbe, Der Panславismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart 1919.
- Gallian, Otto, Die wehrpolitische Lage Österreichs. Graz 1933.
- Glaise-Horsstenau, Die Katastrophe. Die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und das Werden der Nachfolgestaaten. Wien 1929.
- Gragger, Robert, Ungarische Jahrbücher. Jahrg. 1926—34.
- Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Herausg. von Petersen & Scheel. Breslau 1933.
- Hanteh, Maurice, Diplomacy by Conference. London o. J.
- Hafas, Emile, La révision du Traité de Trianon et les difficultés suscitées par la Hongrie en ce qui concerne son application. Paris 1928.
- Hassinger, Hugo, Die Tschechoslowakei. Wien 1925.
- Hauptmann, Ludw., Politische Umwälzungen unter den Slowenen. Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichtsforschung, 36. Bd. Wien 1915.
- Hefste, Deutsche, für Volks- und Kulturbodenforschung. Langensalza. Jahrg. 1, 1930/31.
- Heimatblätter, Burgenländ., Mitteilungen des burgenländischen Heimat- und Naturschutzvereins. Eisenstadt Jahrg. 1/2, 1932/33.
- Hettner, A., Geographische Zeitschrift. 35. Jahrg. Leipzig 1929.
- Höglle, E., Die sudetendeutsche Frage in Versailles. Auslandsdeutsche Volksforschung I. Stuttgart 1937.
- Houfe, Edward, Mandell und Charles Seymour, What Really Happened at Paris. London 1921.
- In der Maur, Gilbert, Jugoslawien einst und jetzt. 1935.
- Raindl, Raimund, Das Deutschtum im Osten. Leipzig 1916.
- Derselbe, Des deutschen Volkes Weg zur Katastrophe und seine Rettung. München 1920.
- Klement, Anton, Der tschechische Imperialismus. Südd. Monatshefte, Heft 7.
- Karolyi, Michael, Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden. München 1924.
- Krebs, Norb., Die Ostalpen und das heutige Österreich. Zweite wesentlich verbesserte Auflage der Länderkunde der österr. Alpen. Stuttgart 1928.
- Kuffner, Hanus, Unser Staat und der Weltfrieden. Übers. der tschechischen Broschüre „Nas stat a svetovy mir“ von H. W. Wien, verlegt bei Ed. Strahe, Warnsdorf 1922.
- Langing, Die Versailler Friedensverhandlungen. Berlin 1930.
- Legrady, Gerechtigkeit für Ungarn. Budapest 1930.
- Lehmann, Zur historisch-politischen Geographie von Österreich-Ungarn. Mitteilungen der Geograph. Gesellschaft Wien. 1919.
- Levée, Madelaine, Les précurseurs de l'indépendance tchèque et slovaque à Paris. Paris 1936.

- Litschauer, G. F., Bibliographie des Burgenlandes. Arch. v. Bibliographie. Beiheft 8, Linz 1933.
- Loesch, Karl. v., Der burgenländische Korridor, in: Volk und Reich. Politische Monatshefte, 13. Jahrg. 1937, Heft 6.
- Loucarevic, Dusan, Jugoslawiens Entstehung. Wien 1929.
- Lorenz, Reinh., Das Burgenland in mitteleuropäischer Schau, in: Der Weg in die Freiheit. 1930.
- Lukas, Georg, Deutsch-Westungarn, ein Elsass-Lothringen der Ostmark. Geograph. Anzeiger, 23. Jahrg. 1932.
- Derselbe, Das Verkehrsnetz der deutschen Südostecke. Zeitschr. f. Geopol. Jahrg. 32. 1926.
- Luž, R. A., The Treaty of St. Germain. Documentary History. Hoover War Library Publications. Nr. 5, Mina Almond, R. A. Luž. Stanford 1935.
- Machatschek, Fr., Die Tschechoslowakei. Bd. 8 der weltpolitischen Bücherei. 1928.
- Malýuš, Elemér, Sturm auf Ungarn. Volkskommissär und Genossen im Ausland. München 1931.
- Markomanus, Brennpunkt Böhmen. Potsdam 1935.
- Masaryk, T. G., Das neue Europa. Der slawische Standpunkt. Berlin 1922. Übers. von Emil Saudek.
- Derselbe, Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914—1918. Berlin 1927. Deutsch von Camill Hoffmann.
- Matras, Die Tschechen in Österreich, in: Staat und Volkstum. Bücher des Deutschtums. 2. Bd. Berlin 1926.
- Memorandum presented to the Peace Conference of Paris, concerning the claims of the Serbians, Croatians and Slovenes. Paris 1919.
- Miller, David Hunter, My Diary of the Conference of Paris. 22 Bde. New York 1924.
- Miltschinský, B., Das Verbrechen von Ödenburg. Wien 1922.
- Missury-Krug, Lajos, A nyugatmagyarországi felkelés. Ödenburg 1935. (Der westungar. Aufstand.)
- Mitteilungen, Ungarische statistische, Bd. 61, 64. Budapest.
- Molisch, Paul, Vom Kampf der Tschechen um ihren Staat. Wien 1929.
- Monatshefte, Süddeutsche, 25.—32. Jahrg., 1927—1934.
- Morocutti, Camillo, Großdeutschland — Großsüdslawien. Wien 1928.
- Nadolny, Rud., Germanisierung oder Slawisierung? Berlin o. J.
- Nagy, vitéz Iván, Nyugatmagyarország Austriában. 1937.
- Nicolson, Harold, Peace Making 1919. Deutsch, Berlin 1933.
- North, Frontier, Paris 1919.
- Nouvelle Revue de Hongrie. II. Budapest 1937.
- Novotny, Ernst, Die Kroaten im Burgenland, in: Deutsche Arbeit, 27. Jahrg. 1927/28.
- Nowak, K. F., Chaos. München 1923.
- Opocensky, Jan, Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der Kleinen Entente. Hellaerau 1932.



- Derselbe, Der Untergang Österreichs und die Entstehung des Tschechoslowakischen Staates. Prag 1928.
- Dfinot, Süddeutsche, Volk- und Reich-Verlag, 8. Bd., 2. Beiheft. 1932.
- Papoušek, J., Dr. Eduard Benesch, sein Leben. Prag 1937.
- Derselbe, Der Kampf um die tschechoslowakische Selbständigkeit. Prag 1928.
- Patry, Jos., Westungarn zu Deutschösterreich. Wien 1918. 2. Auflage.
- Pfister, Jos., Pannonien in politisch-geographischer Betrachtung, in: Ungar. Jahrb. 8. Bd.
- Politik, Deutsche, Bd. 6/2, 1921.
- Popovici, A. E., Die Vereinigten Staaten von Großösterreich. 2. Aufl. Leipzig 1906.
- Raschhofer, H., Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920. Berlin 1937.
- Renner, Karl, Wie es zur Befreiung des Burgenlandes kam, in: Die Gendarmerie, Zeitschr. f. d. allgemeine und fachliche Fortbildung der Gendarmeriebeamten Österreichs. Sonderheft: 10 Jahre Gendarmerie im Burgenland. Wien 1931.
- Riddel, Lord, Intimate Diary of the Conference and after. 1918—23. London 1923.
- Riedel, Franz, Der österreichisch-slowakisch-tschechische Grenzraum, in: Volk und Reich, 8. Jahrg., Beiheft 3. Berlin 1932.
- Rohrbach, Paul, Chauvinismus und Weltkrieg. 1. Bd.: Die Brandstifter der Entente. Berlin 1919.
- Rundschau, Neue, Jahrg. 33, 1/2, 1922.
- Schmidt-Pauli, Edgar v., Graf Stephan Bethlen. Berlin 1931.
- Steier, Jajos, Ungarns Vergewaltigung. Zürich 1929.
- Schmittbenner, P., Krieg und Kriegsführung im Wandel der Geschichte. 1929.
- Derselbe, Weltgeschichte seit dem Frankfurter Frieden. 1933.
- Derselbe, Die Auseinandersetzung Asiens und Europas in ihrer Bedeutung für den Krieg. Histor. Zeitschr. Bd. 140.
- Smogorzewski, Casimir, La Pologne, l'Allemagne et le Corridor. Paris 1919.
- Smudits, Friedrich, Geschichte der Angliederung des Burgenlandes an Österreich. Un- gedruckte Diff. Wien 1937 (Nr. 13 431).
- Springenschmid, K., Der Donauraum. Österreich im Kraftfeld der Großmächte. Leipzig 1935.
- Stolberg, D., Graf zu, Die Tschechen auf der Friedenskonferenz. Nach unveröffent- lichten Akten, in: Südd. Monatshefte, Jahrg. 22. 1925.
- Strauß, E., Die Entstehung der tschechoslowakischen Republik. Prag 1934.
- Szemere und Czéch, Die Memoiren des Grafen Tamás Erdödy. Habsburgs Weg von Wilhelm zu Briand. Leipzig-Wien 1931.
- Temperley, Harold, History of the Peace Conference of Paris. London 1920.
- Temps, Le, Paris 1919.
- Territorial Claims of the Czecho-Slovak Republic. Paris 1919.
- Times, The. London 1919, 1922.
- Traeger, Ernst, Die Volksabstimmung in Sopron. 14.—16. Dez. 1921. Aus den Tagen der Zuversicht, Trauer und Treue. Odenburg 1928.

- Trampler, Kurt, Deutschösterreich 1918/19. Ein Kampf um Selbstbestimmung. Berlin 1935.
- Uebersberger, Hans, Rußland und der Panflawismus, in: Deutschland und der Weltkrieg. Berlin 1915.
- Volksgrenze, Die süddeutsche, in: Volk- und Reich-Verlag. Berlin 1934.
- Wambaugh, J., Plebiscites since the World War. With a collection of official documents. Vol. 1/2, Washington 1935.
- Wendel, Herm., Südosteuropäische Fragen. Berlin 1918.
- Derselbe, Die Habsburger und die Südflawenfrage. Leipzig 1924.
- Werner, Das Deutschtum des Übermurgebietes, in: Geograph. Jahresbericht aus Österreich. Bd. 17, 1933.
- Wichtl, Dr. Karl Kramarsch, Der Aufstiz der Weltkrieger. München 1918.
- Derselbe, Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltkrieg. München 1921.
- Wilson, Woodrow, Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles. Anno 1919. 3 Bde. Hgg. v. St. Baker. Leipzig 1933.
- Windischgräß, Vom roten zum schwarzen Prinzen. Berlin 1920.
- Wiskemann, Mitteleuropa eine deutsche Aufgabe. Berlin 1933.
- Wotowa, Aug., Flugblätter für Deutschösterreichs Recht. Wien 1919.
- Zeitschrift für Geopolitik, 8. u. 9. Jahrg. 1931/32. Berlin.
- Zeitschrift, Geographische, 25. Jahrg. 1919, 29. Jahrg. 1925.
- Zingarelli, J., Das Erbe von Versailles. Leipzig 1929.
- Arbeiterzeitung, Wien 1919—1922.
- Frankfurter Zeitung, 1919—1921.
- Neue Freie Presse, 1919—1922.
- Tagespost, Graz, 1919—1922.

# Statistik nach der ungarischen Volkszählung

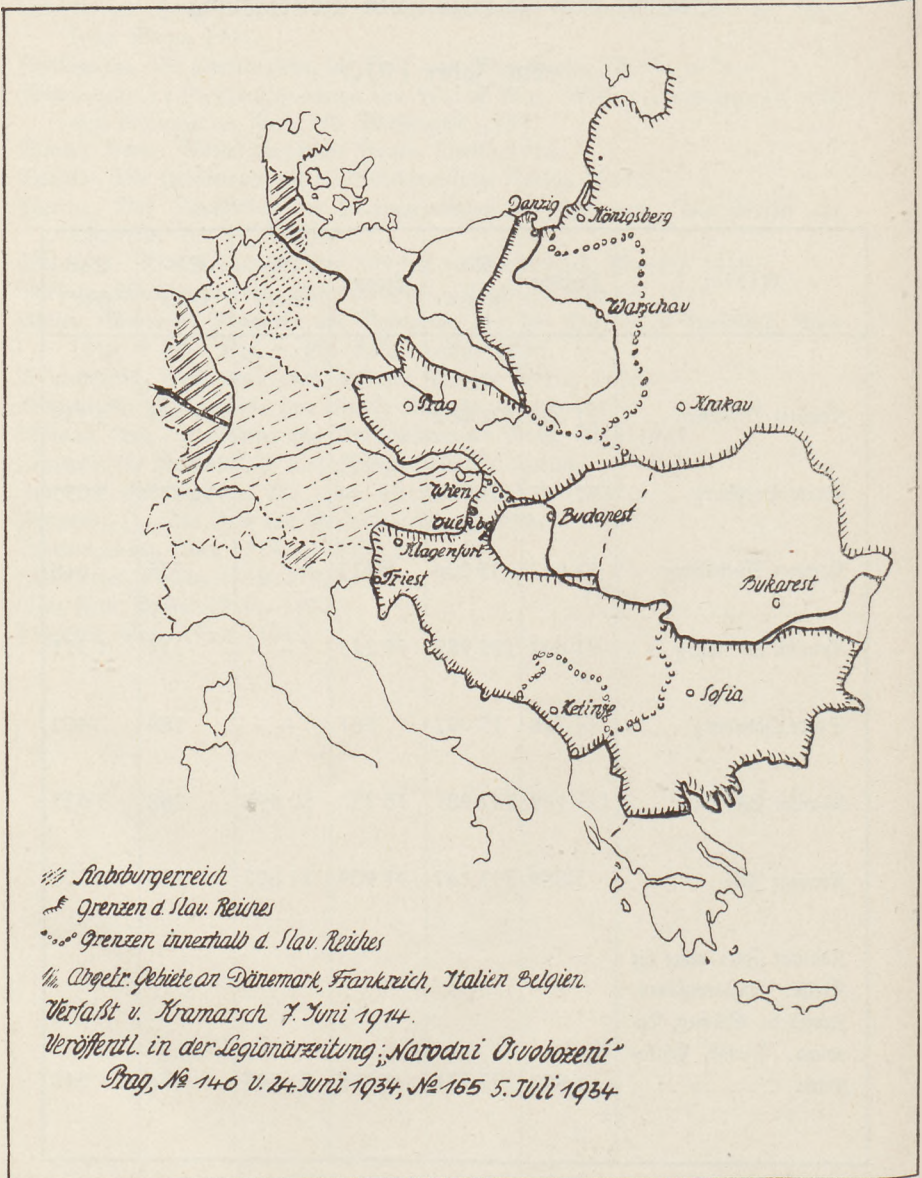
vom Jahre 1910

Gebiet	Deutsche	Ma- gharen	Kroaten	Slow- enen	Slow- aken	Son- stige*)
Komitat Pressburg . .	21 032	131 662	—	—	154 344	4 539
Stadt Pressburg . . .	32 790	31 705	—	—	11 675	2 055
Komitat Wieselburg . .	51 997	33 006	8 123	—	735	618
Komitat Odenburg . .	91 842	125 989	50 223	—	213	1 311
Stadt Odenburg . . .	17 318	15 022	781	—	184	402
Komitat Eisenburg . .	117 169	247 985	16 230	50 498	288	3 623
Komitat Zala . . . . .	3 889	347 167	91 909	21 827	233	1 308
Komitat Zala ohne die Kreise: Balatonfüred, Keszthely, Sümeg, Za- polya, Perlat, Csaka- thurn . . . . .	1 872	233 721	9 055	21 707	126	848

\*) Zigeuner, Tschechen usw.

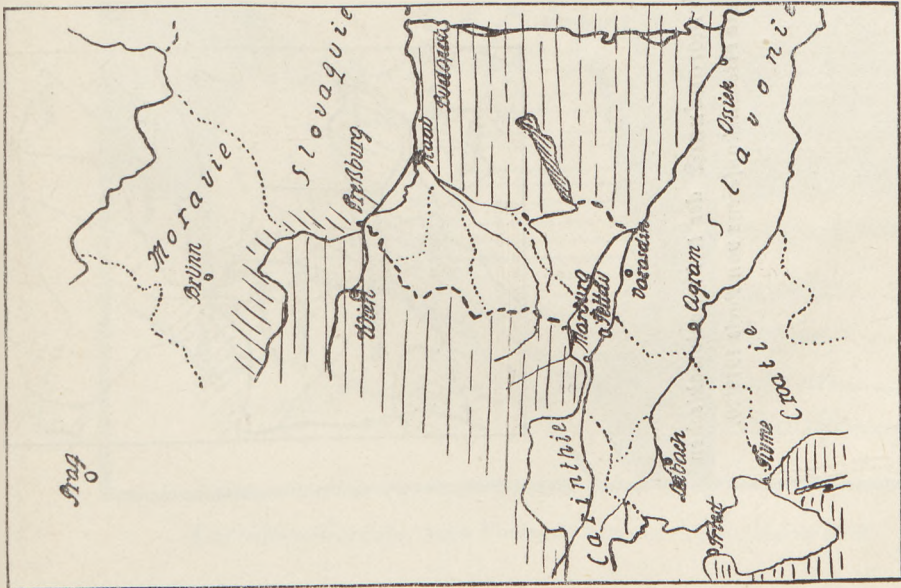
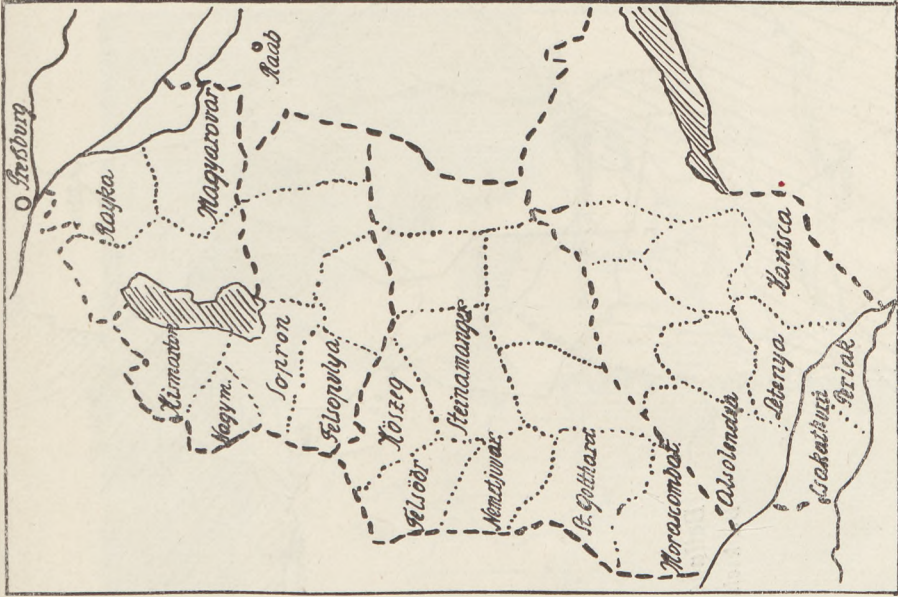


KARTE 1



Karte des Slawischen Reiches von Kramarsch.

KARTE 2



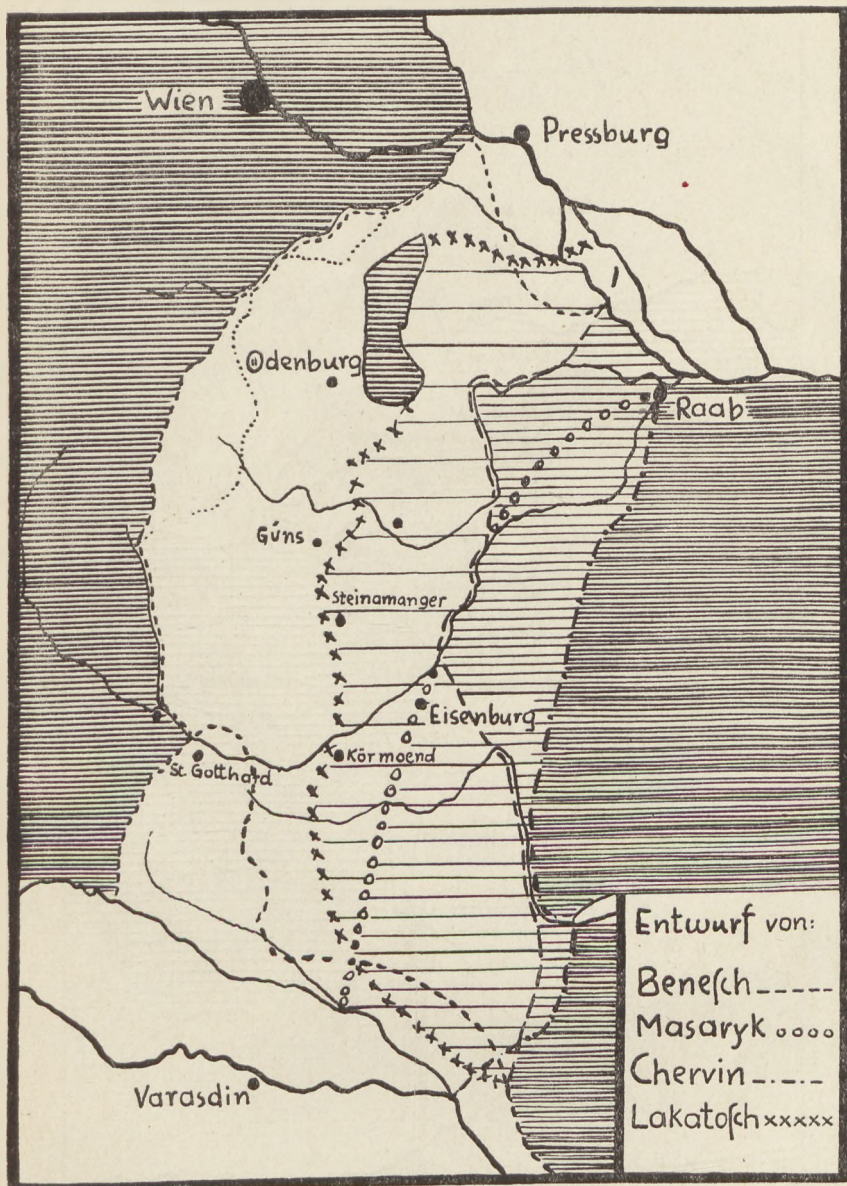
Karten zu Arthur Chervin „De Prague à l'Adriatique“.







KARTE 4



Korridorentwürfe, nach Vorlagen zusammengestellt von Falk.









Nie wypożyczaj się do domu

BIBLIOTEKA  
UNIwersytecka  
GDAŃSK

410459

*Faint handwritten text, possibly "Książka 3"*